

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Oskar Weggel

Moskau und Peking:
Die ersten Jahre
der zweiten Eiszeit

Marie-Luise Näth

Die Außenpolitik
der Volksrepublik China

B 43/73

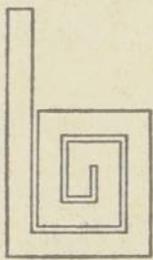
27. Oktober 1973

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935 in Passau; Studium der Rechtswissenschaften (1954—1958) in München und Erlangen; 1962 zweites juristisches Staatsexamen in München, nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt Studium des Chinesischen an der Universität Bonn und anschließend (1965—1967) zwei Jahre Sprachausbildung in Taiwan; seit August 1968 China-Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg, einem Institut des Auswärtigen Amtes.

Veröffentlichungen: Die chinesischen Revolutionskomitees, Hamburg 1968; Zentralregierung und Provinzverwaltung auf Taiwan, Hamburg 1968; Der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/1970; Massenkommunikation in der VR China, Hamburg 1970; Die Parteausschüsse als Widersacher der Revolutionskomitees, siegt Lenin oder Rosa Luxemburg?, Hamburg 1970; Die Gesetzgebung in der VR China, Hamburg 1970; Der Kommunismus in Asien, Bonn 1970; Band V der Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten (Mitherausgeber), Wiesbaden 1971; Kontrolle in der VR China, Hamburg 1971; China und das Völkerrecht, 21 Jahre Vertragspraxis, Hamburg 1972.

Marie-Luise Näth, geb. 30. 1. 1944; 1963—1968 Studium der Politologie an der Freien Universität Berlin; 1968 dreimonatiger Forschungsaufenthalt in Ostasien; 1969—1970 Studium der chinesischen Sprache an der T'aiwan Normal University/T'aipei; 1972 Diss.: „Konzeptionen der nationalen und außenpolitischen Durchsetzung Chinas im 20. Jahrhundert — Sun Yat-sen, Chiang Kai-shek und Mao Tse-tung“ (ersch. 1974) und dreimonatiger Forschungsaufenthalt in Ostasien; seit April 1973 Assistenzprofessor an der FU.

Veröffentlichungen: Neben einigen Aufsätzen zur Theorie und Praxis der Außenpolitik der VR China sowie Übersetzungen chinesischer Dokumente zusammen mit Jürgen Domes: Die Außenpolitik der Volksrepublik China. Eine Einführung. Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik Bd. 7, Düsseldorf 1972.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Moskau und Peking: Die ersten Jahre der zweiten Eiszeit

Wer noch vor wenigen Jahren geglaubt haben mochte, daß das Eis zwischen den beiden Weltmächten China und Sowjetrußland über Nacht wieder wegschmelzen könnte, sobald die schlimmsten „Mißverständnisse“ beseitigt seien, sah sich spätestens seit 1968, als die UdSSR ihre Truppen in Prag einmarschieren ließ, eines Besseren belehrt. Von diesem Zeitpunkt an begann eine zweite politische Eiszeit, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Immerhin scheint heute der Punkt erreicht zu sein, da beide Mächte die meisten ihrer Positionen abgesteckt haben. Es gibt heute fast kein Gebiet mehr, sei es militärischer, politischer oder rein ideologischer Natur, auf dem die Kontrahenten nicht bis in die letzten Verästelungen hinein ihre unvereinbaren Auffassungen artikuliert hätten.

Ziel der vorliegenden Darstellung ist es, zunächst — in einem aktuellen Teil — eine einigermaßen geschlossene Zusammenstellung der so vielfältigen und verwickelten Konfliktstatbestände zu liefern (I—III), und diese Phänomene sodann in den historischen Gesamtzusammenhang (IV) einzuordnen. Mit einem solchen Vorgehen hofft der Autor, seine oben aufgestellte Hypothese von einer langen zweiten Eiszeit wenigstens in groben Umrissen verifizieren zu können.

In den Abschnitten I—III sollen zunächst jene Streitkomplexe behandelt werden, die für die aktuelle Diskussion von Bedeutung sind.

Dazu gehören:

Die Grenzstreitigkeiten, die in ihrer Substanz zwar schon alt sind, deren Problema-

tik aber mit immer wieder neuen Argumenten umschrieben wird (Teil I).

Sodann ist der „Kampf Pekings gegen Moskaus Seewegestrategie“ ausführlicher zu erläutern (Teil II), und

schließlich geht es darum, die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking auf einigen außenpolitischen Gebieten darzustellen, die in der internationalen Diskussion einen besonders hohen Stellenwert einnehmen, wie z. B. Fragen der Sicherheit und Abrüstung, des Handels, der Entwicklungshilfe u. ä.

Ideologische Fragen, die vor allem während der ersten Hälfte der sechziger Jahre im Mit-

Marie-Luise Näth

**Die Außenpolitik der Volksrepublik
China S. 30**

telpunkt der sino-sowjetischen Auseinandersetzungen standen, bleiben hier aus zwei Gründen unberücksichtigt:

Einmal spielen sie heute keine entscheidende Rolle mehr, da beide Mächte sich gegenseitig ja nicht mehr als Träger des Sozialismus betrachten und deshalb den anderen auch nicht mehr einer ideologischen Diskussion für wert befinden.

Zum zweiten aber hat der Autor den ideologischen Konflikt zwischen Moskau und Peking in seiner ganzen Breite bereits in einem früheren Heft dieser Reihe (Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/70 vom 11. Juli 1970) ausführlich dargestellt.

I. An der Nordflanke Chinas: Grenzprobleme, Truppenaufmärsche Suche nach einem neuen Gleichgewicht

Die heutigen Grenzprobleme zwischen China und der Sowjetunion sind das Ergebnis einer ständigen russischen Expansion, die in der Mitte des 16. Jahrhunderts begann. Innerhalb von nur 100 Jahren hatte Rußland mit Hilfe

einer straff geführten, hauptsächlich von Kosaken getragenen Ausdehnungspolitik etwa ein Drittel der asiatischen Landmasse unter seine Herrschaft gebracht und den Pazifik erreicht.

Am Amur gerieten die Russen zum ersten Male in den Einflußbereich des chinesischen Reiches, das damals gerade von den Mandschus erobert worden war, die von 1644 bis 1911 als Ch'ing-Dynastie regieren sollten. Im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte kam es zu häufigen Spannungen und militärischen Auseinandersetzungen, die China schließlich dazu veranlaßten, sich mit Rußland auf die Abgrenzung der beiderseitigen Machtbereiche zu einigen. So kam es 1689 und 1727 zu den Verträgen von Nertschinsk und Kiachta, den ersten völkerrechtlichen Vereinbarungen Chinas mit einer westlichen Großmacht. Ungeachtet dieser Abgrenzungsvereinbarung besiedelte Rußland gleichwohl immer noch gewaltige Gebiete.

Vor allem mit der Ernennung von Nikolaus Murawjew zum Gouverneur von Ostsibirien im Jahre 1847 begann die systematische Besetzung des linken Amurufers. Russische Siedlungen und Garnisonen entstanden ohne Rücksicht auf chinesische Proteste. Durch eine geschickte Kombination von militärischem Vorgehen, diplomatischen Interventionen in Peking, intrigantem Zusammenspiel mit anderen europäischen Mächten und mit Hilfe regelrechter Betrugsmanöver¹⁾ gelang es Petersburg, dem durch den Opiumkrieg geschwächten und von den Wirren der T'aip'ing-Revolution zerrissenen Reich die drei berühmten ungleichen Verträge von Aigun (1858: 600 000 qkm an Rußland abgetreten), von Peking (1860/64: Verlust von 440 000 qkm) und von Livadia/St. Petersburg (1879/1881: 70 000 qkm verloren) aufzuzwingen. „Niemals wurde ein großartigeres Herrschaftsgebiet billiger oder schlauer gewonnen“²⁾ als dieser gewaltige Landkomplex, der durch weitere Verträge in den Jahren 1896 und 1901 schließlich auf 1,5 Mio qkm erweitert wurde, eine Fläche, die z. B. sechsmal so groß ist wie die der Bundesrepublik Deutschland.

Daß diese Verträge „ungleich“ (d. h. nicht zwischen gleichberechtigten Staaten geschlossen wurden) sind, wird nicht erst von der heutigen chinesischen Regierung behauptet

¹⁾ Einzelheiten bei Horst Pommerening, Der chinesisch-sowjetische Grenz-Konflikt. „Chinas Ansprüche auf Sowjetland — das Erbe der ungleichen Verträge — Ein Streit zweier Weltmächte“, Olten und Freiburg i/Breisgau, 1968, S. 109 f.

²⁾ G. N. Curzon, Problems of The Far East, London 1894, S. 222, 227.

tet³⁾, sondern war bereits von Marx, Engels und Lenin⁴⁾, vor allem aber offiziell vom ehemaligen stellvertretenden sowjetischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo Karachan, festgestellt worden. Diese Erklärung, die die feierliche Ankündigung, alle ungleichen Verträge annullieren zu wollen, enthielt, wurde von der Sowjetunion in ihren praktischen Auswirkungen nie befolgt⁵⁾, und zwar auch dann nicht, als es am 31. Mai 1924 zum sowjetisch-chinesischen Generalabkommen kam, in dem die damals noch junge Sowjetmacht ihre Beziehungen zum bürgerlich-revolutionären China Sun Yat-sens auf eine neue Grundlage zu stellen versuchte. In den Artikeln 3 und 4 dieses Abkommens hieß es, daß die Grenzverträge mit der zaristischen Regierung annulliert und durch neue Verträge ersetzt würden. Außerdem sah Artikel 5 vor, daß die Außenmongolei als integrierender Bestandteil Chinas anerkannt würde⁶⁾.

Doch all diesen Versprechungen folgten keine Taten. Der Grund dafür lag wohl nicht zuletzt in den Enttäuschungen, die die Sowjetunion bei ihrer China-Politik in den späten zwanziger Jahren hinnehmen mußte. Immerhin hatten sich für die Sowjetrevolutionäre während der frühen Komintern-Periode im China Sun Yat-sens ganz neue und unerwartete Perspektiven eröffnet, nachdem die „Weltrevolution sich in den engen Gäßchen der deutschen Städte totgelaufen hatte“⁷⁾. Auch im Fernen Osten scheiterten freilich die revolutionären Pläne, nachdem es unter der Führung Chiang Kai-sheks in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu immer größeren Spannungen und schließlich zum Bruch mit Moskau gekommen war.

In einer solchen Situation dachte die Sowjetunion gar nicht daran, sich an ihre Zusagen

³⁾ Erklärung der Regierung der VRCh vom 24. Mai 1969, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1969.

⁴⁾ Zitiert ebd., S. 14 ff.

⁵⁾ Näheres zu den beiden Karachan-Erklärungen bei Pommerening a. a. O., S. 150. In der zweiten Erklärung von Karachan wurden nur die Abkommen von 1896 und 1901 erwähnt, nicht jedoch die eigentlich für das zaristische Rußland besonders „gewinnträchtigen“ drei ungleichen, im Text erwähnten Verträge!

⁶⁾ Im einzelnen vgl. dazu Rönnefarth-Euler, Konferenzen und Verträge, Würzburg 1959, Band 4 S. 82 ff.

⁷⁾ Heinz Brahm, Die China-Politik Rußlands und der Sowjetunion, in: Boris Meißner, Gotthold Rhode (Hrsg.), Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1970, S. 106.

von 1920 und 1924 zu erinnern. Weit davon entfernt, die alten zaristischen Landgewinne rückgängig zu machen, nahm sie schließlich ihre Expansion auf Kosten Chinas wieder auf und setzte sie zielbewußt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fort. Sie unterwanderte weitgehend Sinkiang, das der Zentralregierung in Nanking praktisch aus den Händen gegliitten und ganz dem jeweiligen Provinzgouverneur überantwortet worden war, dessen politisches Schicksal wiederum von seinem Verhältnis zur Sowjetunion abhing⁸⁾.

Erst nach 1941, als die deutsche Wehrmacht ihren Angriff auf Rußland begann, war Stalin gezwungen, den Griff um Sinkiang zu lockern und die im dortigen Grenzgebiet stationierten Truppen an die Westfront zu werfen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte die Sowjetunion freilich nicht nur Sinkiang unterwandert, sondern darüber hinaus schrittweise das 170 000 qkm große Gebiet von Tannu Tuwa annektiert, das von 1757 bis 1911 unbestrittenermaßen chinesisch gewesen war⁹⁾. Darüber hinaus verhalf Moskau auch der Äußeren Mongolei zur „Unabhängigkeit“ eines sowjetischen Satellitenstaates.

Noch größere Gewinne freilich erzielte Moskau im Jahre 1945, als es ihm gelang, auf der Konferenz von Jalta sowie aufgrund des Freundschafts- und Bündnisvertrags mit dem China Chiang Kai-sheks vom 14. August 1945 nicht nur den Status quo in der Äußeren Mongolei zu sichern, sondern auch die früheren Rechte Rußlands, „die durch den verräterischen Überfall der Japaner 1904 verletzt

⁸⁾ Zur Politik um Sinkiang während der Zeit der chinesischen Republik vgl. Gavin Hambly (Hrsg.), Zentralasien, aus der Reihe „Fischer's Weltgeschichte“, Band 16, Frankf. a/Main 1966 S. 312—320.

⁹⁾ 1921 hatte sich Tannu Tuwa zu einer Republik konstituiert, doch die Sowjetunion begann bereits in diesem Jahr ihre Salamtaktik zur Annektion des Staates. Die 1922 gegründete Tuwenische Volkspartei sorgte für enge Beziehungen zur kommunistischen Partei der Sowjetunion. 1926 wurde auf sowjetisches Drängen in einem Vertrag zwischen der Mongolischen Volksrepublik und der Volksrepublik Tannu Tuwa der Verzicht auf Anschluß und Einmischung von beiden Seiten abgegeben. Ein kleiner tuwenischer Bezirk ging an die Mongolische Volksrepublik. I. ü. aber wurde Tannu Tuwa am 13. Oktober 1944 von der UdSSR auch formell annektiert. Nach sowjetischer Darstellung erfüllte Moskau hiermit lediglich den „Wunsch des tuwenischen Volkes, sich der Sowjetunion enger anschließen zu dürfen“ Einzelheiten s. Horst Pommerening, a. a. O., S. 171—174.

worden waren“, wiederherzustellen. Der Sowjetunion sollten demnach Sachalin und die umliegenden Inseln „zurückgegeben“ werden. Ferner sollte die Sowjetunion die Kurilen sowie Sonderrechte an den nordostchinesischen Häfen Port Arthur und Dairen sowie an den beiden Eisenbahnlinien Nordost-Chinas, der „Ostchinesischen Eisenbahn“ und der „Südmandschurischen Eisenbahn“ erhalten. Angesichts des Drängens der USA, die den Kriegseintritt der UdSSR so schnell wie möglich hatten herbeiführen wollen, war der Regierung Chiang Kai-sheks nichts anderes übriggeblieben, als den Wünschen der Sowjetunion nachzugeben¹⁰⁾.

So kam es, daß Moskau im Jahre 1945 am Ziele fast aller Wünsche war, die sich schon das zaristische Rußland bereits vor 1904 gesteckt hatte.

Nach Lage der Dinge mußte sich die Sowjetunion auf scharfe Kontroversen mit dem China der Nachkriegszeit einrichten. Doch da geschah etwas Unerwartetes. Aus dem chinesischen Bürgerkrieg, ging nicht — wie Stalin angenommen hatte — Chiang Kai-shek, sondern Mao Tse-tung als Sieger hervor. Das China Maos aber lehnte sich von Anfang an „nach einer Seite“ und strebte ein gutes Verhältnis zu Moskau an. Stalin, der nun plötzlich unter dem Siegel des „proletarischen Internationalismus“ angesprochen war, ließ sich 1950 auf neue Verhandlungen und sogar auf Kompromisse in Grenzfragen ein, wobei er einige der wichtigsten irredentistischen Forderungen der Chinesen erfüllte, freilich nicht, ohne auch von den Chinesen Opfer gefordert zu haben.

Am 14. Februar 1950 wurde nach längeren Verhandlungen in Moskau ein umfangreiches Vertragswerk unterzeichnet, in dem neben einem Vertrag über Freundschaft und Beistand, einem Kreditabkommen und einem geheimen Militärabkommen auch folgende Gebietsfragen angesprochen waren:

— Die Marinestützpunkte Port Arthur und Dairen sollten an die VR China zurückgegeben werden.

— Die beiden mandschurischen Schienenwege, die pauschal als „Ch'ang-Ch'un-Eisen-

¹⁰⁾ Zum Abkommen von Jalta mit den hier einschlägigen Bestimmungen vgl. Rönnefarth-Euler, a. a. O., S. 241—246; zum Chinesisch-Russischen Vertrag von 1945, ebd. S. 277—280.

bahn" bezeichnet wurden, sollten 1952 an China zurückgegeben werden¹¹⁾).

— Die Sinkiang-Frage wurde dagegen nicht behandelt. Man rekurrierte hier auf den mit Chiang Kai-shek geschlossenen Freundschafts- und Bündnisvertrag vom August 1945 und den damit verknüpften Notenwechsel zwischen Molotow und der chinesischen Zentralregierung. In dieser Note hatte es u. a. geheißen: „Was die jüngsten Ereignisse in Sinkiang angeht, so hat die sowjetische Regierung keineswegs die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen“¹²⁾. Ohnehin war ja die Situation in Sinkiang nach dem Sieg und Einmarsch der sino-kommunistischen Armeen stabilisiert worden.

— Das größte Opfer, das den Chinesen abverlangt wurde, war ihr Verzicht auf die Äußere Mongolei. Im gemeinsamen sowjetisch-chinesischen Kommuniqué vom 14. Februar wurde nämlich festgestellt, „daß der unabhängige Staat der Mongolischen Volksrepublik infolge der Volksabstimmung von 1945 und der inzwischen mit der VR China angeknüpften diplomatischen Beziehungen völlig gewährleistet ist“¹³⁾.

Weitere Grenzfragen blieben trotz der zwei-monatigen Verhandlungen Maos in Moskau ausgeklammert. Sollte diese Problematik damals aufgehoben oder nur aufgeschoben worden sein? Es war klar, daß das Problem solange von der Tagesordnung verschwinden würde, als es um die Beziehungen zwischen Moskau und Peking gut bestellt war. Von diesem Kalkül her gesehen war es kaum verwunderlich, daß die Grenzfragen in dem Augenblick wieder aufs Tapet kamen, als das Klima zwischen beiden Staaten sich zu verschlechtern begann. Den entscheidenden, auch für das Ausland erkennbaren Wendepunkt brachte das Jahr 1963. In der Volkszeitung erschien am 8. März dieses Jahres ein Hinweis auf die „Ungleichheit“ der Verträge von 1858, 1860, 1881 und 1901. Am 6. September beschuldigte

¹¹⁾ Zum einschlägigen Abkommen vgl. Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Band XII, Teil 5: Verträge mit kommunistischen Staaten, bearbeitet von Wolfgang Mohr und Oskar Weggel, Wiesbaden, 1971, S. 356 ff. (fortan zitiert als V.S. 5) — tatsächliche Übergabe erst im Jahre 1955, vgl. ebd., S. 369 f. (Grund dafür: ebd. S. 360 f.).

¹²⁾ Näheres in: Rönnefarth-Euler, a. a. O., S. 279; vgl. ferner auch Artikel V des Sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrages vom Februar 1950 in V.S. 5, a. a. O., S. 355.

¹³⁾ V.S. 5, S. 360.

die VR China Moskau ferner verschiedener Grenzverletzungen in Sinkiang, und am 7. September kam es zu dem berühmten „Zwischenfall von Nautschki“, bei dem 92 Chinesen von sowjetischer Polizei festgenommen wurden, nachdem sie im Transsibirien-Express „antisowjetisches Material“ verteilt hatten.

Abermals war damit die alte Wunde des Grenzproblems aufgerissen, und so kam es im Februar 1964 zu erneuten Grenzgesprächen in Peking, die unter strenger Geheimhaltung stattfanden, aber trotz aller Bemühungen offensichtlich keine befriedigenden Ergebnisse zeitigten.

In dieser Atmosphäre explodierte eine Zeitbombe, die schon lange getickt hatte. Mao gab nämlich sein berühmtes Interview für eine japanische Sozialisten-Delegation, in der er u. a. erklärte, daß „die Gebiete, die die Sowjetunion an sich gerissen hat, allzu zahlreich sind. Aufgrund des Jalta-Abkommens hat sie sich unter dem Vorwand einer Unabhängigkeitsgarantie in der Mongolei etabliert. . . . Als Chruschtschow und Bulganin 1954 nach China kamen, brachten wir die Frage (gemeint ist das Problem der Mongolei und der japanischen Kurilen, d. V.) aufs Tapet, aber sie verweigerten jegliche Diskussion darüber. Sie haben sich auch Stücke von Rumänien angeeignet. Nachdem sie auch aus Ostdeutschland einen Teil herausgerissen hatten, vertrieben sie die dortigen Einwohner in die westlichen Gebiete. Auch von Polen schluckten sie einen Teil und veranlaßten die dortigen Bewohner, sich dafür an Ostdeutschland schadlos zu halten. Dasselbe ereignete sich in Finnland. Wo sie etwas wegnehmen konnten, griffen sie zu. Nicht wenige Leute meinen, daß auch die Provinz Sinkiang und die Territorien nördlich des Amur in Gefahr seien, von der Sowjetunion einverleibt zu werden. Immerhin hat sie an der dortigen Grenze massive Truppenansammlungen konzentriert. . . . Die Gegend östlich des Baikalsees wurde vor etwa 100 Jahren russisches Territorium, und seit dieser Zeit gehören Wladiwostok, Chabarowsk und Kamtschatka zum Territorium der Sowjetunion. Wir haben unsere Rechnung für diese Gebiete noch nicht präsentiert. Was die Frage der Kurilen anbelangt, so gibt es für uns gar keinen Zweifel: Sie müssen an Japan zurückgegeben werden.“¹⁴⁾ Mit diesem Inter-

¹⁴⁾ Das Interview ist abgedruckt in: Chinese Law and Government, Fall, 1969, Volume II, Nr. 3 (JASP-Serie), S. 33—37 (37).

view waren die Grenzprobleme zum erstenmal offen vor aller Welt auf den Tisch gelegt worden.

Nach den zahlreichen Grenzzwischenfällen in den Jahren 1964—1969 haben die beiden Kontrahenten an der 7 000 km langen sowjetisch-chinesischen-mongolischen Grenze seit 1969 gewaltige Militärkolonnen aufmarschieren lassen. Wie das Londoner „International Institute for Strategic Studies“ in seinem Jahresbericht für 1971 mitteilt, hat Moskau bis 1971 ein Viertel seiner aktiven Landstreitkräfte entlang der chinesischen Grenze stationiert. Nach Angaben des Instituts standen 1971 44 (1972 bereits 47) sowjetische Divisionen an der Grenze zum chinesischen Nachbarn. Noch 1970 waren es nur 30 Divisionen gewesen. Welche Bedeutung Moskau der Konfrontation mit Peking beimißt, wurde u. a. auch daraus ersichtlich, daß zur gleichen Zeit an seinen Westgrenzen nach Osteuropa nur 31 Divisionen aufmarschiert waren.

Bis 1967 hatte die Sowjetunion im chinesischen Grenzraum nur über 15 Divisionen verfügt. Seitdem hat sich ihre Truppenstärke in Fernost also verdreifacht.

Auch die Chinesen verstärkten ihre Streitkräfte. Mitte 1971 belief sich ihre Präsenz entlang der Grenze auf etwa 67 Divisionen, die von starken Miliz-Einheiten, insbesondere aber auch von sogenannten Produktions- und Aufbaukorps, also Pioniereinheiten im Grenzgebiet, flankiert waren.

Schwerpunktmäßig sind die chinesischen Kräfte auf die Militärregion von Shenyang und Peking konzentriert. Umgekehrt wurden die sowjetischen Panzer und mechanisierten Truppen hauptsächlich mit Stoßrichtung auf die industrialisierte Mandschurei, den Raum um Peking und auf die fernwestliche Provinz Sinkiang ausgerichtet.

Die strategische Antwort Chinas auf die sowjetische Herausforderung lautet grundsätzlich „Volkskrieg“. Sollte der Feind angreifen, so würde er, falls es ihm nicht nur um eine kurze taktische Operation mit Nuklearwaffen zu tun wäre, alsbald im „Meer des Volkes“ ertrinken. Zu diesem Zweck betreibt China unter der Parole „Vorbereitung für den Verteidigungsfall, Vorbereitung gegen Naturkatastrophen, alles für das Volk“ seit Ende 1969 intensive vorbeugende Maßnahmen. 1973 kam eine neue Losung hinzu: „Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie

nach Hegemonie trachten.“¹⁵⁾ Vor allem erfuhr die Milizarbeit in den letzten Jahren wieder einen gewaltigen Aufschwung. Der 10. Jahrestag der Weisung Maos über den organisatorischen, politischen und militärischen Aufbau der Miliz (19. Juni 1962) führte vor allem in der Grenzregion Innere Mongolei, die auf 2 600 km an die Mongolische Volksrepublik und an die UdSSR angrenzt, zu umfangreichen Kampagnen im Milizaufbau.

Mitte 1972 wurde aufgrund verschiedener Recherchen des Pentagons bekannt, daß China sich nicht mehr nur auf den Volkskrieg verlassen will, sondern sein strategisches Konzept auch nuklear zu flankieren beabsichtigt. Es sollten künftig mehr Atombomben, und zwar taktische Atomwaffen, eingeplant werden, um den potentiellen Eindringling nicht erst nach unsagbaren Opfern im Meer des Volkes ertrinken zu lassen, sondern ihn, soweit möglich, durch gezielte nukleare Schläge gegen seine Panzerwaffe schon im Grenzgebiet abzufangen. Zu diesem Zweck ist China Anfang der siebziger Jahre verstärkt dazu übergegangen, F-9-Bomber zu bauen, die sich auch für den Nuklear-Einsatz eignen. 200 dieser Flugzeuge waren bereits 1972 einsatzbereit, und 15 weitere kamen von da an monatlich hinzu. Nach amerikanischen Schätzungen besaßen die Chinesen Mitte 1972 auch rd. 100 Atomsprengköpfe. Freilich wird es nach denselben Schätzungen noch bis etwa 1975 dauern, ehe die Chinesen die zur Verteidigung ausreichende Zahl von rd. 110 Mittelstreckenraketen einsatzbereit haben¹⁶⁾.

Schon jetzt besitzt China etwa 50 Raketen mit Reichweiten bis zu 4 000 km. Nur eine kleine Anzahl dieser Geschosse befindet sich in Silos. Die meisten werden in „weichen“ Unterkünften über der Erde aufbewahrt. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Chinesen die Mehrzahl ihrer Raketen in Gruppen von nur 2—3 Stück verteilen, während beispielsweise die typischen sowjetischen und amerikanischen Raketenkomplexe aus einer Zusammenfassung zahlreicher Geschosse bestehen¹⁷⁾.

China wird in Kürze auch über Interkontinentalraketen verfügen. Der erste Prototyp soll bereits Mitte Februar 1973 startbereit gewesen sein, wurde dann aber offensichtlich wegen technischer Pannen wieder abgebaut. Als

¹⁵⁾ Peking Rundschau (fortan zitiert als PRu) 1973, Nr. 1, S. 10.

¹⁶⁾ Näheres C. a. (China aktuell, Monatszeitschrift, hg. vom Institut für Asienkunde Hamburg) Juli 72, S. 2.

¹⁷⁾ International Herald Tribune, 5. 3. 1973.

Testzentrum wird nicht Lop Nor, das chinesische Cape Kennedy, sondern ein Gebiet nahe Peking dienen. Sobald China nachgewiesen hat, daß es im Besitz einer globalen Artillerie ist, wird es nicht nur als drittstärkste Atommacht, sondern auch als dritte Raketenmacht dastehen; denn Großbritannien und Frankreich sind, trotz ihrer Mitgliedschaft im nuklearen Klub, keine Besitzer von Fernwaffen mit globaler Reichweite. Mit einer einzigen Interkontinentalrakete hat China freilich auf diesem Gebiet noch keinen Weltmachtstatus errungen, immerhin aber gezeigt, daß es möglich ist, bei konzentriertem Forschungseinsatz technologische Entwicklungszeiten schrumpfen zu lassen.

Das Volkskriegskonzept ist also nunmehr durch Raketen und Atomwaffen flankiert worden. Chinas Abwehr steht damit „auf zwei Beinen“.

Neben der militärischen Situation an Chinas Nordgrenzen ist in diesem Zusammenhang noch der Stand der Argumentation in der Grenzfrage zu erläutern:

Die Sowjetunion wünscht lediglich „Konsultationen“, um eventuelle „Grenzklärungen“ an einzelnen Sektoren vorzunehmen und damit die Lage an der sowjetisch-chinesischen Grenze zu „normalisieren“. Die Existenz einer regulären „Grenzfrage“ dagegen wird mit folgenden Argumenten geleugnet¹⁸⁾: Jene Abkommen, die den Russen im 19. Jh. nicht weniger als 1,5 Mio. qkm eingebracht haben, seien durchaus „gleiche Verträge“, wie die historische Entwicklung zeige: Im 17. Jh. hätten die russischen Siedler in Sibirien und auch an der Pazifik-Küste nichts anderes vorgefunden als verlassene Taiga, wo kleine Stämme ohne staatliche Organisation ein Nomadenleben führten. Weder die Mandschus noch die Chinesen hätten dort irgendwelche Herrschaftsrechte ausgeübt. Die Russen waren daher Kolonisatoren im ursprünglichen Sinne, als sich Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts das Kräftegleichgewicht zugunsten Chinas veränderte, weil die Russen gezwungen wurden, in den Verträgen von Nertschinsk (1689) und Kiachta (1728) wieder Gebiete abzugeben. Nicht China, sondern Rußland sei damals durch ungleiche Verträge zur Aufgabe von Boden gezwungen worden. Erst im 19. Jh. habe Rußland einen Teil jenes Gebietes, das die Mandschu-Dynastie im 17. und 18. Jh. an sich gerissen hatte, ohne Gewaltan-

wendung wieder zurückerhalten. Das sei die Bedeutung der Abmachungen von Aigun (1858) und Peking (1860). Diese beiden Verträge seien also nichts anderes gewesen als Rückerstattungsakte. Warum sich Peking zu dieser Rückgabe entschlossen habe? Weil es angesichts des englisch-französischen Vordringens seine Flanke gegenüber Rußland durch großzügige Konzessionen habe absichern wollen! Von ungleichen Verträgen könne nicht die Rede sein! Die Sowjetunion habe unter diesen Umständen keinerlei Anlaß, Gebiete größeren Umfangs zurückzugeben. Es gehe lediglich um „Konsultationen mit dem Ziele, die Demarkation der Staatsgrenze in einzelnen Abschnitten zu klären“.

Ganz in diesem Sinne ging die Sowjetunion Anfang der siebziger Jahre dazu über, ursprünglich chinesische Namen in den umstrittenen Grenzgebieten am Ussuri in russische abzuändern. Die Namensänderungen wurden in der ersten Nummer des „Bulletins des Obersten Sowjets“ für 1973 bekanntgegeben. Die Stadt Suchan wurde in „Partisansk“, also „Stadt der Guerilla“ umbenannt. Hsinhua¹⁹⁾ will diese Änderung noch hingehen lassen, nimmt aber mit Empörung weitere Umtaufaktionen zur Kenntnis. Einige frühere chinesische Besiedlungen seien in so verwerfliche Ortsnamen wie „Nikolajewsk“ (nach dem berüchtigten Zaren Nikolaus) und „Chabarowsk“ (nach Chabarow, dem „Hauptwortführer der Aggressionspläne der Kolonialpolitik des zaristischen Rußland im Fernen Osten“) umgetauft worden. Trotz dieser Machenschaften lasse sich der Landraub der Zaren jedoch nicht vertuschen. Es gebe auf dem vom zaristischen Rußland besetzten Territorium so viele chinesische und mandschurische Namen und Sprachen anderer Völker, daß es ganz unmöglich sei, sie alle auszulöschen.

Im übrigen erschien in Hongkong Ende 1972 ein Weltatlas, auf dem nicht weniger als 1,5 Mio. qkm sowjetischen Territoriums als chinesisches Gebiet ausgewiesen waren. Die Moskauer Iswestija, die hinter diesem Atlas Peking als Urheber vermutete, griff die „absurde Geographie à la Mao“ an und meinte, daß solche Machwerke keinen anderen Zweck haben könnten, als Feindseligkeiten zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk erneut anzufachen²⁰⁾.

¹⁹⁾ NCNA (Hsinhua, Peking: „New China News-Agency“) 7. 3. 1973.

²⁰⁾ zitiert in Le Monde, 8. 8. 1972

¹⁸⁾ C. a., Nov. 72 — U 9

Für die Volksrepublik China andererseits sind die umstrittenen 1,5 Mio. qkm nach wie vor — da die „ungleichen Verträge“ mit den Zaren ja null und nichtig sind! — chinesisches Territorium. Es geht also nicht nur um einzelne kosmetische Grenzkorrekturen, sondern prinzipiell und global um die „Grenzfrage“ als solche. Dieses Problem ist vertraglich zu regeln, und zwar seien die alten ungleichen Verträge durch einen neuen gleichen Vertrag zu ersetzen, wenn der ungerechtfertigte Besitzstand der Sowjets nicht ewig dauern soll²¹⁾.

Wie der Inhalt eines solchen neuen Vertrages aussehen soll, wird in den Regierungserklärungen vom 24. 5. 1969 und vom 8. 10. 1969 näher präzisiert. Danach hat Moskau einzuräumen, daß die Grenzverträge des chinesischen Kaiserreichs mit dem zaristischen Rußland „ungleich“ sind. Gleichzeitig aber sollen eben diese ungleichen Verträge Diskussionsgrundlage für eine endgültige und umfassende chinesisch-sowjetische Grenzregelung sein. China erhebt in diesem Zusammenhang keinen Anspruch auf Gebiet, das vom zaristischen Rußland mit Hilfe der ungleichen Verträge annektiert worden ist. „Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die sowjetischen Werktätigen lange Zeit in diesen Gebieten gelebt haben, sind die chinesische Regierung und das chinesische Volk, erfüllt von dem Wunsch der Aufrechterhaltung der revolutionären Freundschaft zwischen beiden Völkern, noch immer bereit, die China vom zaristisch-russischen Imperialismus aufgezwungenen ungleichen Verträge als Grundlage für die Festsetzung des gesamten Grenzverlaufs zwischen den zwei Ländern gelten zu lassen und einen neuen gleichberechtigten Vertrag zu schließen. Aber das bedeutet absolut nicht, daß diese Verträge gleichberechtigte Verträge sind.“²²⁾ Soweit eine von beiden Parteien — und gemeint ist mit dieser Bemerkung selbstverständlich die Sowjetunion — diese Grenzen überschritten hat, muß sie die betreffenden Gebiete zurückgeben.

Bis zu einer endgültigen Regelung sollten sich beide Parteien zur Einhaltung des Status quo verpflichten und bewaffnete Zusammenstöße dadurch vermeiden, daß sie ihre Truppen aus dem unmittelbaren Grenzbereich abziehen.

²¹⁾ Regierungserklärung vom 24. 5. 1969, a. a. O., S. 38 f.

²²⁾ PRu 1969, Nr. 26, S. 14

Die bisherige Entwicklung der Grenzverhandlungen hat gezeigt, daß die Sowjets auf diese Bedingungen nicht einzugehen bereit sind. Allzu hart ist die chinesische Forderung, daß Moskau die Ungleichheit der Verträge anerkennen und damit nicht nur die prinzipielle Kontinuität chinesischen Eigentums an 1,5 Mio. qkm anerkennen, sondern überdies einen Präzedenzfall schaffen solle, der sich vor allem auf ihre Gebiets-„Erwerbungen“ in Europa und in Zentralasien ungünstig auswirken könnte.

Diese präsumptiven Bedenken der Sowjets können den Chinesen nicht unbekannt gewesen sein. Wenn sie auf ihren „Anerkennungs“-Forderungen trotzdem bestehen, so beweisen sie damit nur, daß sie eine Strategie des Abwartens unter dem Aushängeschild konkreter — aber unerfüllbarer — Grenzregelungsvorschläge verfolgen.

Vom juristischen Standpunkt aus gesehen, befindet sich die Sowjetunion bei den Grenzverhandlungen in einer etwas paradoxen Situation: Besitzt sie doch die umstrittenen Gebiete nach den Maßstäben westlicher Jurisprudenz zu Recht, während sie ihrer eigenen Rechtsauffassung zufolge eben diese Gebiete anstandslos zurückgeben müßte.

Das traditionelle westliche Völkerrecht läßt sich hierbei von dem Grundgedanken leiten, daß Verträge aus der Vergangenheit, die schon über Generationen zurückliegen, im Interesse des Rechtsfriedens selbst dann geachtet werden müssen, wenn sie — wie es zur zaristischen Zeit gegenüber dem damals geschwächten China der Fall war — unter dem Druck einer Kriegsdrohung zustande gekommen sind. Das westliche Völkerrecht hat zwar kein eigenes Theoriengebäude zur Problematik der „ungleichen Verträge“ aufgebaut. Gleichwohl ergeben sich die hier angedeuteten Forderungen aus einer Abwägung zwischen den beiden „Rechtsideen“ der „Gerechtigkeit“ und der „Rechtssicherheit“²³⁾.

Nach dem Grundsatz der „Gerechtigkeit“ wäre es zwar geboten, Verträge, die durch Zwang oder rechtswidrige Drohungen zustande gekommen sind, als nichtig zu betrachten und damit dem Zedenten eines Gebietes einen Rückgabe-Anspruch einzuräumen. Die Idee

²³⁾ Gustav Radbruch, Rechtsphilosophie, Stuttgart 1956, S. 168—174, unterscheidet die drei „Rechtsideen“ der Gerechtigkeit, der Zweckmäßigkeit und der Rechtssicherheit, die häufig miteinander kollidieren und das gesamte Rechtsgefüge damit in einer gewissen Spannung halten.

der „Rechtssicherheit“ verbietet es jedoch andererseits, einen solchen Rückgabeanspruch auch nach mehreren Generationen noch als verbindlich zu betrachten ²⁴⁾.

Ganz anders ist die Lage demgegenüber nach sowjetischem Recht. Die „ungleichen Verträge“, ein bedeutsamer Bestandteil sowjetischer Völkerrechtslehre, bilden dort von jeher nach offizieller Auffassung die einzige Stelle, an der die „Heiligkeit der Verträge“ durchbrochen ist. Sowohl nach ihren Voraussetzungen (Art des Zustandekommens, Inhalt, politische Situation) als auch nach ihren Wirkungen (Nichtigkeit von Anfang an, keine Verjährung oder Verwirkung der Rückgabeansprüche!) wurden die „ungleichen Verträge“ immer schon äußerst extensiv ausgelegt ²⁵⁾.

Wäre die sowjetische Politik demnach so konsequent gewesen wie die vom etablierten sowjetischen Völkerrecht vertretene Theorie, so hätte sie zu keinem Zeitpunkt eine andere Wahl gehabt, als umgehend den Gebietsansprüchen der Chinesen stattzugeben.

Freilich ist sich sowohl die sowjetische als auch die chinesische Seite darüber im klaren, daß es bei den Grenzstreitigkeiten letzten Endes weniger um Rechtsauffassungen als vielmehr um eine Frage der allgemeinen Politik geht. Da die Lehren zum ungleichen Vertrag so schillernd — und vielseitig interpretierbar — sind, kann man sich in der Tat fragen, ob angesichts eines „derart politisierten Propagandabegriffs überhaupt noch von Recht die Rede sein kann“ ²⁶⁾. Auch ist die Grenzfrage im Grunde genommen nur ein Teilaspekt der chinesisch-sowjetischen Gesamtproblematik, die beim ideologischen Schisma beginnt und bis zum Wettbewerb auf fast jedem Gebiet und in fast allen Teilen der Welt führt. Die Grenzfrage läßt sich demnach kaum ohne Lösung des gesamten Streitpaketes erledigen. Die „Politik“ absorbiert mit anderen Worten die juristischen Aspekte.

Die Geschichte der Grenzverhandlungen, auf denen Fragen dieser Art ventiliert werden, ist lang und kompliziert. Schon Anfang der sechziger Jahre suchte man das Problem der durch die zaristischen „ungleichen Verträge“

²⁴⁾ Eine andere Interpretation wäre nur für solche „ungleichen Verträge“ angebracht, die nach 1945 geschlossen wurden. Seitdem gibt es nämlich die UNO-Satzung, die jede Gewaltanwendung, vor allem auch Annexionen mit den Rechtsfolgen der Nichtigkeit bedroht; näheres hierzu bei Pommerning, a. a. O., S. 54.

²⁵⁾ Ebd., S. 55—66.

²⁶⁾ Regierungserklärung vom 24. 5. 1969, a. a. O.

im 19. Jh. geschaffenen Grenzen zu lösen. Doch wurden Gespräche dieser Art, wie bereits erwähnt, im Frühjahr 1964 ergebnislos abgebrochen. Nach dem überraschenden Blitzbesuch Kossygin am 11. Sept. 1969 in Peking begannen am 20. Okt. desselben Jahres erneut reguläre Grenzverhandlungen, und zwar in der chinesischen Hauptstadt. Grundlage sind nach wie vor die sowjetische Regierungserklärung vom 13. 6. 1969 und die beiden chinesischen Regierungserklärungen vom 10. 3. und 8. 10. 1969.

Neben diesen Grenzverhandlungen bestehen reguläre Verbindungen auch noch in Form der „Gemeinsamen Chinesisch-sowjetischen Kommission für Schifffahrt auf den Grenzflüssen“, die zuletzt vom 15. Januar bis 5. März 1973 in Heiho (Provinz Heilungkiang) ihr 18. reguläres Treffen abgehalten hat, wobei man, wie dies seit Jahren üblich ist, wieder einmal nur darin übereinstimmte, daß man zu keinem Konsens gekommen sei.

In unmittelbarem Zusammenhang mit den Verteidigungsüberlegungen und -vorbereitungen Pekings gegenüber der Sowjetunion steht auch die neue chinesische Politik gegenüber der EG und der NATO.

Die kopernikanische Wende der chinesischen Politik gegenüber Europa kam im August 1968, als Truppen des Warschauer Pakts in Prag einmarschierten. Bis zu diesem Zeitpunkt war die EWG als typisch kapitalistischer Wirtschaftsblock betrachtet worden. Auch in den nächsten Jahren wurden zwar ihre einzelnen Mitglieder durchaus negativ betrachtet, wenn Peking etwa auf die EWG-abhängigen assoziierten afrikanischen Staaten zu sprechen kam.

In einem ganz anderen Licht erschienen freilich die EWG-Länder von nun an, wenn sie vor dem Hintergrund der beiden Supermächte porträtiert wurden. Diese Doppelnatur der EWG wird nur verständlich, wenn man sie im Rahmen der antisowjetischen Politik Pekings betrachtet. In diesem Augenblick erscheint sie nicht mehr um ihrer selbst willen wertvoll, sondern nur noch in ihrer instrumentalen Funktion als Gegengewicht zur sowjetischen „Supermacht“. Die EWG wurde aus dieser Sicht zu einem wichtigen Bestandteil der „Zweiten Zwischenzone“, mit der China sich „maximal zu vereinigen“ hatte, wenn das Ziel, die Sowjetunion „maximal zu isolieren“, erreicht werden sollte.

So nahm Peking seit 1968 jeden weiteren Schritt zur europäischen Selbststärkung mit

Beifall zur Kenntnis. Positiv bewertete es u. a. die Erweiterung der EWG von 6 auf 9 Mitglieder, die mit dem 1. Januar 1973 wirksam wurde. Die beiden Supermächte seien bisher in einen gefährlichen Machtkampf verwickelt gewesen. Was hätte Westeuropa unter diesen Umständen Vernünftigeres tun können, als das Gleichgewicht zu seinen Gunsten zu verschieben, indem es seine Ressourcen zusammenlegt und Stärke in der Einheit sucht²⁷⁾?

Mittlerweile wurde im chinesischen Außenministerium auch ein Referat für europäische Angelegenheiten eingerichtet. Besonders intensiv haben sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Westeuropa entfaltet. 1970 waren nach Japan (mit 822 Mio. US\$) die EWG-Staaten (mit 606 Mio. US\$) wichtigster Handelspartner noch vor Hongkong (358 Mio. US\$); der Handel mit EWG und EFTA (335,8 Mio. US\$) zusammengenommen übertraf sogar den mit Japan.

Anfang 1973 trieb die Volksrepublik China ihren antisowjetischen Kurs so weit vor, daß sie — über den von der Welt inzwischen bereits als selbstverständlich hingegenommenen Applaus für die EG hinaus — nun sogar der NATO und der japanischen Aufrüstung ihren Beifall zollte.

So brachte die Nachrichtenagentur Neues China am 23. 1. 1973 gar einen breit angelegten unpolemischen Bericht über das NATO-Manöver „Reforger IV“ in Südwest-Deutschland. Es handle sich hier um Vorbereitungsmaßnahmen gegen einen „potentiellen Angriff aus dem Osten“.

Zwischen China und Westeuropa gab es zu dieser Zeit eigentlich nur ein einziges düsteres Thema, nämlich die Europäische Sicherheitskonferenz, von der China eine politische und vor allem militärische Entlastung der Sowjetunion in Europa befürchtet. Am deutlichsten kam Peking's Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz in der Rede Chiao Kuan-huas vor der UNO-Vollversammlung zum Ausdruck²⁸⁾. Die Konferenz dürfe nicht den organisatorischen Vorwand für die endgültige Abgrenzung und Formalisierung der Einflußsphären zwischen den beiden Supermächten abgeben. Vielmehr sollten sich die europäischen Staaten zusammentun und entschieden gegen das Hegemonie-Streben der beiden „Supermächte“ auftreten. Vor allem müsse verhindert werden, daß die beiden

Großen sich über die Köpfe der Europäer hinweg verständigten.

China befürchtete also eine Art „Finnlandisierung“ Europas im Zuge der — so titulierten — „europäischen Unsicherheitskonferenz“. Am Ende könnte ein unbewaffnetes Europa den Sowjets gegenüber ähnlich wehrlos dastehen wie das heutige Finnland — und Moskau wäre dann in der Lage, sein militärisches Potential voll gegen den östlichen Nachbarn einzusetzen.

In demselben emanzipatorischen Sinne, in dem es die Entwicklung der EG betrachtet, möchte Peking auch die NATO verstanden sehen: Das Bündnis, das heute als antisowjetisches Verteidigungsinstrument interpretiert wird, soll sich, wenn es nach den chinesischen Wünschen geht, auch weitgehend vom bisher so dominierenden US-Einfluß befreien und immer mehr zu einem regional bestimmten militärischen Zusammenschluß werden. Von einem „aggressiven NATO-Block“ oder von „westdeutschem Expansionismus und Militarismus“ war von nun an kaum noch die Rede.

Noch erstaunlicher vielleicht als der chinesische Europa- und NATO-Kurs entwickelte sich die Haltung Pekings gegenüber der japanischen Aufrüstung, die noch Mitte 1972 — als Erneuerung eines alten Traumas — auf schärfste Ablehnung gestoßen war. Davon war Anfang 1973 keine Rede mehr. Dies machte Chou En-lai gegenüber dem liberaldemokratischen Abgeordneten Takeo Kimura deutlich: China habe Verständnis für den japanischen Wunsch, eine glaubhafte Selbstverteidigung aufzubauen, die allerdings nicht die Schwelle zum „Militarismus“ überschreiten dürfe. Japan möge vorerst auch den amerikanischen Atomschild beibehalten, könne also einstweilen durchaus darauf verzichten, den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag zu liquidieren. Chou kam dann auf den immer spektakulärerem sowjetischen Aufmarsch an der chinesisch-mongolischen Grenze zu sprechen. Der Zusammenhang war deutlich!²⁹⁾

Ende 1972 war die alte Theorie von den „Zwischenzonen“ (die Dritte Welt gehört zur Ersten, Westeuropa, Japan, Kanada und Australien zur Zweiten Zwischenzone) wieder offiziell verbreitet worden³⁰⁾. Peking gestand diesen „Zwischenzonen“ nun also auch ihren militärischen Arm zu und redete damit der Stärkung des antisowjetischen militärischen Potentials das Wort.

²⁷⁾ NCNA, 5. 1. und 7. 1. 1973.

²⁸⁾ PRu 1972, Nr. 41, S. 8.

²⁹⁾ Näheres in C.a., Febr. 73 — U 24.

³⁰⁾ Näheres mit Nachweisen C.a., Nov. 72 — U 37.

II. An der Südflanke Chinas:

Der Kampf Pekings gegen Moskaus Einkreisungsstrategie

Die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking haben sich seit dem Ende der sechziger Jahre an einem neuen Ansatzpunkt kristallisiert. Immer nachdrücklicher wurden nun nämlich die chinesischen Bemühungen, den Moskauer Expansionsbestrebungen jetzt auch auf den Seewegen von Europa nach Ostasien entscheidende Hindernisse in den Weg zu legen. Vor allem Süd- und Südostasien, aber auch das Mittelmeer, rücken damit weiter in den Vordergrund.

Nach chinesischer Auffassung hat die sowjetische Führung ein „Erbe der alten Zaren“ wiederaufgenommen, indem sie mit immer deutlicher zu Tage tretender Konsequenz die Absicht verfolgt, eine „bogenförmige Seeroute . . . vom Schwarzen Meer über das Mittelmeer, das Rote Meer, den Indischen Ozean und den westlichen Pazifik bis zum Japanischen Meer zu schaffen“, also einen Seeweg vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok einzurichten, der Europa, Asien und Afrika miteinander verbinden soll ³¹⁾.

Bei der Verfolgung dieses Plans „bahnt sich der Sowjetrevisionismus die Route von zwei Seiten her: Im Osten fädelt er sich vom japanischen Meer durch den Westpazifik über die Malakka-Straße in den Indischen Ozean ein. Von Westen arbeitet er sich, ausgehend vom Schwarzen Meer, durch das Mittelmeer in den Indischen Ozean vor. Der Kreml plant, bei der Schaffung des östlichen Abschnittes dieses Seebogens auf folgende verbrecherische Art und Weise vorzugehen: Seine in Wladiwostok stationierte Pazifik-Flotte soll sich durch das japanische Meer, den westlichen Pazifik und durch die Straße von Malakka zwischen Malaysia und Indonesien in den Indischen Ozean vorschieben . . . Moskau arbeitete daher in den letzten Jahren intensiv am Ausbau seiner Pazifik-Flotte, die heute, wie gemeldet wird, über mehr als 50 Kreuzer, Zerstörer bzw. andere Überwasserfahrzeuge und mehr als 100 Unterseeboote verfügt . . . Das Manövergebiet dieser Flotte erstreckt sich jetzt bereits vom Japanischen Meer bis in den westlichen Pazifischen Ozean, zwischen den Kurilen und der Ostküste Taiwans . . . Bei der Schaffung des westlichen Abschnittes seines maritimen Bogens plant der Kreml, auf folgende verbrecherische Art vorzugehen: Er

schiebt seine Schwarz-Meer-Flotte durch das Mittelmeer in den Indischen Ozean . . . und bedient sich hierbei einer Reihe von Häfen und Stützpunkten im Mittelmeer, im Roten Meer und im Golf von Aden . . . Da der Suez-Kanal gegenwärtig noch geschlossen ist, nehmen die Schiffe der sowjetischen Schwarz-Meer-Flotte bei Ausführung ihrer konspirativen Mission vom Mittelmeer her Kurs durch den Atlantik und erreichen den Indischen Ozean um die Südspitze von Afrika herum . . . Die Expansion der Sowjetrevisionisten in Übersee geht also von Osten und Westen aus. Angelpunkt ist hierbei der Indische Ozean“

Von den fünf Meeren (Mittelmeer, Rotes Meer, Indischer Ozean, Malakkastraße, West-Pazifik) spielen nach Pekings Auffassungen zwei Meere eine ganz besonders wichtige Rolle im russischen Kalkül, nämlich das Mittelmeer und der Indische Ozean, vor allem dessen nordwestlicher Teil.

Noch viel gefährlicher als im Mittelmeer ist nach chinesischer Auffassung die Gefahr des sowjetischen Expansionismus im *Indischen Ozean*. Der Indik, der lange Zeit nur als Transit-Meer fungierte und der insofern eher den Charakter eines „Binnenmeeres“ trägt (außer der Kap-Route und den Schleichwegen durch den indonesischen Archipel sowie um Australien herum gibt es nur die zwei klassischen Zufahrten des Suez-Kanals und der Malakkastraße sowie fünf Einbuchtungen, nämlich das Rote Meer, die Arabische See, den Persischen Golf, den Meerbusen von Bengalen und den Golf von Aden), ist aus der Sicht Pekings heute zum „Angelpunkt“ der sowjetischen Einkreisungsstrategie gegenüber China geworden ³²⁾.

Alles in allem nimmt China zum geopolitischen Stellenwert des Indischen Ozeans eine unzweideutige Haltung ein, während im Westen und in einigen Entwicklungsländern immer noch kontroverse Beurteilungen an der Tagesordnung sind.

Folgende drei Fragen stehen im Vordergrund:

a) These: Im Indik besteht seit dem Rückzug der Briten aus East of Suez ein Vakuum, das

³¹⁾ PRu 1969, Nr. 26, S. 17.

³²⁾ PRu 1969, Nr. 26, S. 18.

die Sowjetunion für ihre Zwecke ausnutzt und das infolgedessen nach Gegenzügen der Westmächte verlangt.

Gegenthese: Es gibt kein Vakuum³³). Die Theorie vom Machtvakuum ist vielmehr nur ein Vorwand der Großmächte, um ihre Machtposition im Indischen Ozean weiter auszubauen.

Für die Volksrepublik China, die in der „Balgerei der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie im Indischen Ozean“ nichts anders sieht als den Versuch, den Indik jeweils zur „eigen Binnensee“ zu machen, gilt natürlich die zweite Version³⁴).

b) Eine weitere Fragestellung bezieht sich auf die mutmaßliche Politik der Sowjetunion im Bereich des Indischen Ozeans³⁵). Die eine Denkschule (vertreten vor allem vom indischen Generalstab) sieht in den Versuchen Moskaus, sich im Indik zu etablieren, nur einen Balance-Akt, der dazu beitragen soll, die Stabilität in dieser Region aufrechtzuerhalten. Man könne sogar so weit gehen, zu sagen, daß die Sowjetunion auf Stabilität setze, weil jede Instabilität der VR China zugute käme.

China andererseits wird den Verdacht nicht los, daß sich hinter den von diplomatischen Schritten, kulturellen Vorführungen, Marine-Visiten, Wirtschaftshilfe und flottenpolitischen Infrastrukturmaßnahmen begleiteten Vorstößen der Sowjetunion in den Indik ein imperialer Willen verbirgt, der es nicht nur auf Balance, sondern auf Herrschaft im südasiatischen Bereich abgesehen habe.

c) Auch die Frage, wie der Indische Ozean als Schnittpunkt strategischer Interessen einzuschätzen sei, hat unterschiedliche Antworten gefunden³⁶).

Die indische Regierung etwa geht davon aus, daß die sowjetische Flotten-Präsenz im Indik zwar aufsehenerregend, aber keineswegs alarmierend sei. Immerhin müsse der Sowjetunion ja das Recht auf eine Seeverbindung zugestanden werden, die vor allem der sowjetischen Handelspolitik zugute komme. Zu bedenken sei in diesem Zusammenhang, daß die Westmächte trotz des seit einigen Jahren so häufig erwähnten „Rückzugs“ aus East of Suez immer noch eine Anzahl von Basen unterhiel-

ten, vor allem nachdem Großbritannien in der Zwischenzeit wieder mehrere Verteidigungsabkommen mit Australien, Neuseeland, Malaysia und Singapur geschlossen hat. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang vor allem der Stützpunkt Diego Garcia, der seit 1965 gemeinsam mit den USA zu einem Knotenpunkt für ihre Seestreikräfte ausgebaut wurde, sowie der Chacos-Archipel und die Insel Gan (Malediven). Auch Frankreich verfügt noch über einige Stützpunkte und Territorien im Indik, so vor allem in Djibuti, Madagaskar, La Réunion und auf den Comoren. — Doch davon ganz abgesehen wolle die Sowjetunion ja keineswegs feste Flottenstützpunkte erwerben, sondern bedinge sich, als Gegenleistung für den Ausbau von Häfen, lediglich gewisse Landungsrecht aus.

Dieser Defensiv-Theorie stehen Auffassungen gegenüber, die in der sowjetischen Flottenpräsenz bereits erste Anfänge eines Moskauer Globalplans sehen, zunächst die USA zu überwinden und später nach der Weltherrschaft zu greifen. Obwohl die Sowjetunion erst seit wenigen Jahren in den Indik vorgestoßen sei, besitze sie dort bereits mächtige Flotteneinheiten³⁷). Außerdem verfüge sie über ein Netz von Hafennutzungsmöglichkeiten, z. B. im Südyemen, im Sudan, in Somalia, im Irak, ferner in Mauritius, Indien und Singapur. Wie bedeutungsvoll diese Ansatzpunkte seien, werde erst so richtig klar, wenn man bedenke, daß der Indische Ozean Schnittpunkt der Verkehrswege Asiens, Afrikas und Europas sei und daß in seinem Bereich etwa die Hälfte des heute bekannten Erdöls vermutet werden dürfe.

China vertritt auch in dieser Frage die zweite Interpretation: Angesichts der Präsenz der amerikanischen 7. Flotte habe die Sowjetunion erklärt, sie wolle nicht zulassen, daß der „Indische Ozean zu einer amerikanischen Binnensee werde“. Umgekehrt halte eine solche Argumentation die Sowjetrevisionisten keineswegs davon ab, den Indischen Ozean als ihre eigene „Binnensee“ zu betrachten,

³⁷) Die Angaben über die Stärke der sowjetischen Einheiten gehen auseinander. Aus der Sicht des Jahres 1971 handelte es sich um mindestens 10 Schiffe, höchstens aber um 25. Auch die Zahl der Atom-U-Boote ist nicht feststellbar, jedoch ist anzunehmen, daß einige U-Boote der Y-Klasse im Indischen Ozean operieren, daneben einige der 33 nuklearen und konventionellen Boote mit Antischiffsraketen, vgl. dazu Gerd Linde, Die Sowjetunion im Indischen Ozean, Bericht des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln, 1971, Nr. 34, S. 22.

³³) Dieter Braun, Der Indische Ozean in der sicherheitspolitischen Diskussion, in: Europa-Archiv 1971, S. 645—658 (648 f.).

³⁴) PRu 1972, Nr. 3, S. 16 f.

³⁵) Braun, a. a. O., S. 648 f.

³⁶) Braun, a. a. O., S. 650 f.

unverfroren ihre Marine in diesen Raum zu entsenden und dort „sozialimperialistische Kanonenbootpolitik“ zu betreiben³⁸⁾.

China will dieser „Balgerei der Supermächte um die Ozeane“ mit Hilfe dreier großer Strategien ein Ende bereiten: In erster Linie bemüht es sich, den bewährten Grundsätzen der Vereinte-Front-Politik folgend, um die Mobilisierung der Anrainerstaaten zu Gegenmaßnahmen. Ferner plant Peking langfristig den Aufbau einer eigenen Flotte und optiert in diesem Zusammenhang schon jetzt für gewisse Landungsrechte, vor allem im Indischen Ozean und im Mittelmeer. Drittens versucht es der sowjetischen Einkreisungsstrategie auch dadurch entgegenzuwirken, daß es verschiedene „politische Straßen“ in die dem sowjetfreundlichen Indien benachbarten Länder baut, um dort Aufstandsbewegungen gegen das moskaufreundliche Neu-Delhi zu unterstützen.

Diese Absichten sollen hier erläutert werden:

Pekings Vereinte-Fronten-Strategie gegen Moskaus Seewegepolitik

Die ersten Versuche einer in sich geschlossenen antisowjetischen Vorwärtsstrategie, die vor allem seit 1971 sichtbar wurden, wirkten zwar noch recht unscheinbar und harmlos, waren aber gleichwohl mit großer Zielstrebigkeit angelegt.

Wenn Pekings Rechnung aufgehen sollte, so mußte es, wie ein Blick auf die Landkarte zeigt, zumindest folgende Länder umwerben:

— Im Mittelmeer: die Türkei, Griechenland, Cypern, die Balkan-Staaten, Malta und — wenn möglich — auch die arabischen Anliegerstaaten des Mittelmeers

— Im Indischen Ozean und am Roten Meer: Äthiopien, Sudan, Kenya, Tansania, Madagaskar, Mauritius, Iran und Ceylon

— sowie mit den Anrainerstraßen der Malakka-Straße (Malaysia, Singapur und Indonesien)

In der Tat hat Peking seit Anfang der siebziger Jahre es verstanden, sich mit fast allen hier aufgezählten Staaten gutzustellen.

a) Mit der Türkei (Dardanellen!) und mit Cypern hat die VR China im April bzw. Dezem-

ber 1971 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Außerdem wurde eine Fluglinie mit Istanbul vereinbart.

b) Auch die Aufnahme offizieller Beziehungen zu Athen im Juni 1972 gehört mit in die Politik antisowjetischer Schachzüge, zumal Griechenland seit Mai 1971 mit dem engsten Freund Chinas in Europa, Albanien, freundlichere Beziehungen angeknüpft hatte. Peking beließ es keineswegs bei einer bloß korrekten Staatenverbindung. Im Mai 1973 wurde nämlich z. B. der griechische Stellv. Ministerpräsident, Oberst Nicolaos Makarezos, von Chou En-lai „in einer freundschaftlichen Atmosphäre“ empfangen³⁹⁾. So kam es u. a. auch zum Abschluß von drei Verträgen über Handel und Zahlungen, Schiffsverbindungen und über eine direkte Luftverbindung.

c) Mit Rumänien und Albanien bestand bereits seit Jahren eine Entente Cordiale; aber auch Jugoslawien, das jahrelang als Prügelnabe der chinesischen Propaganda gedient hatte, wurde schon wenige Wochen nach den Prager Ergebnissen vom August 1968 in den chinesischen Freundschaftsbereich einbezogen.

d) Anfang April 1972 nahm Peking ferner den Besuch des maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff zum Anlaß, um noch einen weiteren Stolperdraht für Moskaus Seewegepläne zu spannen. Chou En-lai erklärte bei einem Bankett zu Ehren seines Gastes, daß China Malta und andere Länder des Mittelmeers in ihrem gerechten Verlangen nach eigener Herrschaft im Mittelmeer unterstützen werde. Diese Bemerkung war keineswegs nur eine nebensächliche freundliche Geste. Vielmehr wurde dem Ministerpräsidenten eines doch eigentlich recht unbedeutenden Mittelmeerstaates mehr Ehre angetan als den meisten Staatsmännern, die bis dahin Peking besucht hatten. Chou En-lai konferierte mehrere Male mit ihm und begleitete ihn persönlich nach Nanking und Canton. Sogar beim Besuch von Volkskommunen und Fabriken war Chou En-lai an der Seite des maltesischen Ministerpräsidenten zu sehen⁴⁰⁾. Die ungewöhnliche protokollarische Sorgfalt, die dem Gast aus dem Mittelmeer zuteil wurde, sollte auch Moskau deutlich gezeigt haben, wie wenig es hier eigentlich um das kleine Malta selbst gegangen ist, und wie sehr statt dessen die Mittelmeerfrage im Zentrum der Diskussionen

³⁸⁾ PRu 1972, Nr. 3, S. 17.

³⁹⁾ NCNA, 26. 5. 1973.

⁴⁰⁾ Näheres dazu C.a., April 72, S. 11 f.

gestanden hat. Peking gewährte schließlich noch 46 Mio. US\$ Entwicklungshilfe, damit Malta „auf eigenen Beinen stehen“ könne und nicht auf die Supermächte angewiesen sei. Die Chinesen handelten sich dafür das Versprechen ein, daß La Valetta nicht von der sowjetischen Flotte angelaufen werden darf und daß dort auch keine sowjetische Botschaft errichtet wird.

Überdies treten die Chinesen — ganz im Einklang mit den Vorstellungen südamerikanischer Staaten, wie z. B. Perus oder Chiles — für die Ausdehnung der nationalen Küstengewässer auf 200 sm ein, eine Forderung, die das Mittelmeer gegen den Willen Moskaus zu einem mare nostrum der Anlieger werden ließe und dort bei den meisten Anrainern in der Tat auch auf lebhaftes Interesse stoßen dürfte.

e) Eine geeignete Gelegenheit für die Anknüpfung besserer bilateraler Beziehungen bot sich der VR China auch gegenüber Ägypten, als dieses 1972 überraschend die sowjetischen Militärberater auswies. Bisher hatten Chinas Freundschaftsbezeugungen an die Adresse Kairo immer im Schatten der durch Militärhilfe unentbehrlichen Sowjets gestanden. Doch nun schienen sich ganz neue Horizonte zu öffnen. Bereits im August 1972 sagte Peking anlässlich des Besuchs einer ägyptischen Industrie-Delegation dem Land 80,5 Mio. US\$ zum Bau von Fabriken zu.

Einen meisterhaften Schachzug tat China, als es im Februar 1973 den Chefredakteur von Al Ahram, Haikal, zu einem mehrwöchigen Besuch Chinas einlud. Haikal lieferte später eine begeisterte Schilderung über den sozialistischen Aufbau der VR China, wobei seine Beschreibungen immer wieder mit antisowjetischen Äußerungen gespickt waren. In Moskau rief die Artikelserie Haikals „Gefühle der Enttäuschung, des Erstaunens und der Verärgerung“ hervor. Es sei enttäuschend, daß ein so erfahrener Journalist seinen Lesern keine neuen Ideen oder Beobachtungen habe vermitteln können. Man sei geneigt anzunehmen, er habe nicht China, sondern lediglich ein Büro besucht, das sich in der Nähe von Al Ahram befinde, nämlich die dortige Hsinhua-Filiale, die ihn mit billigem Propaganda-Material versorge. Enttäuschend seien die Berichte vor allem auch deshalb, weil der Autor mit unverhohlenem Wohlwollen die voreingenommenen und unwahren Äußerungen der Chinesen über die Sowjetunion entgegengenommen habe. In wessen Interesse handle

Haikal eigentlich, wenn er die Sowjetunion so gezielt verleumde ⁴¹⁾?

Schon einen Monat später besuchte auch der ägyptische Außenminister Mohammed Hassan Zayyat die chinesische Hauptstadt und verurteilte in einem gemeinsamen Kommuniqué den „internationalen Imperialismus“, der Ägypten politisch und wirtschaftlich unter Druck setze ⁴²⁾.

Im Zusammenhang mit diesem Besuch brachten offizielle chinesische Zeitungen erneut eine Analyse der von Peking empfohlenen Nahost-Strategie:

Wo liegt der Schlüssel zur Lösung der Nahost-Frage: in Washington oder in Moskau? Die Antwort müsse doch lauten: „Weder da, noch dort, sondern allein bei den arabischen Völkern“.

Wegen der Uneinigkeiten zwischen den dortigen Staaten freilich hätten es die beiden Supermächte bisher zuwege gebracht, den Völkern des Nahen Ostens das Joch: „Weder Krieg noch Frieden“ aufzuzwingen. Diese Patt-Situation sei einzig und allein auf den Wettstreit der zwei Supermächte im Nahen Osten zurückzuführen, die einmal um strategisch wichtige Einflußsphären kämpften, gleichzeitig aber auch die dortigen Erdölressourcen an sich reißen wollten und zu diesem Zweck daran interessiert seien, die gespannte Situation aufrechtzuerhalten, wobei allerdings die Schwelle zum Kriege gerade nicht überschritten werden darf. Beide Supermächte arbeiteten hier einträchtig zusammen: Die USA bewaffneten Israel auch weiterhin und stifteten es zu militärischen Angriffen, Provokationen und „partiellen Lösungen“ an, wie z. B. zum Hussein-Plan.

Die „Sozial-Imperialisten“ andererseits lieferten den arabischen Völkern zwar dauernd Waffen, verboten den Empfängern aber gleichzeitig deren Anwendung. Auch hätten sie allein im Jahre 1972 nicht weniger als 30 000 Juden aus der Sowjetunion nach Israel auswandern lassen. Diese Ziffer übersteigt die Gesamtzahl der in den 11 vorangegangenen Jahren nach Israel ausgewanderten jüdischen Sowjetbürger. Die Moral: „Wenn die USA Israel Waffen liefern, dann liefert die Sowjetunion den Israelis Einwanderer, die diese Waffen bedienen“.

⁴¹⁾ M. D. (Monitor-Dienst, Deutsche Welle, Köln) Asien, 7. 3. 73, S. 1 ff.

⁴²⁾ NCNA, 13. 3. 73.

Unter diesen Umständen sollten die arabischen Völker sich so eng wie möglich zu einer Kampfgemeinschaft zusammenschließen. 1972 seien in dieser Richtung bereits zahlreiche Schritte getan worden: dieser Kampf sei aufs engste zu verbinden mit dem Kampf der Mittelmeerländer und der Golfstaaten zur Vertreibung der US- und der SU-Flotten ⁴³⁾.

Anlaß für antisowjetische Polemiken gab auch der Besuch einer dreiköpfigen sowjetischen „Freundschaftsdelegation“ in Tel Aviv (Februar 1972). Moskau habe hier erneut erkennen lassen, daß es einer Verhandlungslösung im Nahen Osten das Wort rede, statt die wirkliche Ursache der Spannungen, nämlich den Zionismus, durch Unterstützung des bewaffneten Kampfes der Palästinenser in einem lange hingezogenen Kampf zu vernichten.

Ganz in diesem Sinne unterstützt Peking auch systematisch den „Kampf des Volkes von Palästina“. Die Palästinensische Befreiungsorganisation unterhält u. a. eine ständige Mission in Peking und orientiert sich zum Teil auch am chinesischen Volkskriegsmodell. Wie der Leiter der Palästinenser-Mission in Peking einräumte, erhält die Bewegung von China Waffen und Ausbildungshilfe. Außerdem benutzen die palästinensischen Streitkräfte und Kämpfer in Ghaza das chinesische System des Tunnelkrieges ⁴⁴⁾.

Noch nachdrücklicher als im Mittelmeer trat die „Stolperdraht“-Strategie Pekings im westlichen Teil des Indischen Ozeans zutage:

a) Mit Erfolg umwarben die Chinesen dort Äthiopien, dessen feudale Struktur ganz gewiß nicht mit chinesischen Gesellschaftsvorstellungen vereinbar ist. Anlässlich des 31. Jahrestag der Rückkehr Haile Selassies in das von den Italienern befreite Addis Abeba betonten die chinesischen Massenmedien die Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Imperialismus (italienische Aggressoren und die Zugehörigkeit zur Dritten Welt). Der chinesische Außenminister hob u. a. auch hervor, daß Äthiopien sich mit Erfolg am gemeinsamen Kampf der afrikanischen Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie gegen jede Form von Rassendiskriminierung beteiligt habe. Es sei positiv zu bewerten, daß der UN-Sicherheitsrat 1972 eine Sondersitzung in Addis Abeba abgehal-

ten habe. Ebenso positiv sei es zu beurteilen, daß das UN-Sonderkomitee für Entkolonialisierung u. a. in Äthiopien getagt habe.

Schließlich kam es auch um Besuch des äthiopischen Kaisers in China, der dort u. a. von Mao Tse-tung persönlich empfangen wurde.

b) Noch stärker als auf Äthiopien konzentrierte sich die chinesische Politik auf den Sudan. Peking schenkte dem Staat Waffen und leistete umfangreiche Entwicklungshilfe, vor allem auf dem Gebiet des Straßenbaus ⁴⁵⁾.

c) Auch mit Somalia konnten nach dem Besuch seines Präsidenten in Peking (Mai 1972) engere Beziehungen hergestellt werden. Somalia spielt eine besonders wichtige Rolle beim Aufbau der chinesischen „Vertikal“-Allianz in Ost-Afrika, die von Ägypten über den Sudan bis nach Tansania in den Süden hinabreicht. Noch in den sechziger Jahren hatte der bis an das kritische Gebiet des Golfes von Aden grenzende Staat weitgehend unter russischem Einfluß gestanden. Die gesamte militärische Ausrüstung der 15 000 Mann starken Somali-Armee entstammte z. B. dem sowjetischen Waffenarsenal. Außerdem hatten die Russen 1969 den Hafen Berbera am Golf von Aden und den Hafen Burgavo in der Nähe der Grenze von Kenya ausgebaut ⁴⁶⁾.

Seit der „Oktober-Revolution von 1969“ versucht nun die Volksrepublik Somalia, den starken sowjetischen Einfluß im Lande durch eine deutliche chinesische Präsenz auszugleichen. 1971 gewährte Peking bereits ein Darlehen von 110 Mio. US\$, das für den Ausbau der strategisch wichtigen Nord-Süd-Straße verwendet wird. Wie beim Bau der Tansambahn kamen im Zuge dieser Vereinbarung nach und nach immer mehr chinesische Straßenbauer nach Somalia.

d) Fuß fassen konnte Peking 1972 auch in Madagaskar (Aufnahme diplomatischer Beziehungen). Im gleichen Jahr verstand es die chinesische Führung, die Regierung der Insel Mauritius für eine engere Zusammenarbeit zu interessieren. Peking versprach dem Inselstaat im Mai 1972 einen Kredit von nicht weniger als 135 Mio. DM ⁴⁷⁾. Bei den Verhandlungen wurde deutlich, daß die Chinesen im Zusammenhang mit Mauritius, das ja direkt auf der Strecke von Kap Horn zur Malakka-

⁴³⁾ Vgl. u. a. C.a., März 73, U 26; Febr. 73 — U 17 und 18.

⁴⁴⁾ M. D. Asien, 18. 1. 73, nach „Stimme Palästinas“.

⁴⁵⁾ C.a., Juli 72, S. 20 f.

⁴⁶⁾ Times, 2. 11. 1972.

⁴⁷⁾ C.a., Juni 72, S. 14.

Straße liegt, eine „maltesische Lösung“ anstreben. Sowjetischen Versuchen, einen formellen Stützpunkt im Hafen Port Louis eingeräumt zu bekommen, wurde damit der Wind aus den Segeln genommen. U. a. hilft China auch beim Ausbau eines internationalen Flugplatzes im Norden der Insel ⁴⁸⁾.

e) Mit dem ostafrikanischen Kenya unterhält die VR China diplomatische Beziehungen seit 1963, ohne daß es bisher freilich zu einem das normale Maß überschreitenden, besonders guten Einvernehmen gekommen wäre.

f) Um so enger dagegen haben sich im Laufe der Jahre die Bindungen Tansanias an die VR China entwickelt. Peking hat dem ostafrikanischen Staat nicht nur die Mittel für das Tansam-Eisenbahnprojekt vorgestreckt — bei dessen Finanzierung die Chinesen unvergleichliche Großzügigkeit haben walten lassen — sondern erbringt auch zahlreiche andere Hilfeleistungen, indem es kleinere Industrieprojekte (Sägewerke, Textilfabriken ect.) erstellt, den Hafen von Daressalam zum Teil ausbaut und das tansanische Heer sowie die tansanische Luftwaffe ausbildet.

China arbeitet heute mit allen möglichen afrikanischen Bewegungen zusammen, seien sie nun konservativ, gemäßigt oder aber radikal. Kontakte werden sowohl zum Feudalherrscher Haile Selassie wie zum „Sozialisten“ Nyerere und zu „Marxisten-Leninisten“, vor allem zu einzelnen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau, gepflegt.

Im Zusammenhang mit dem Kurswechsel von der „Revolution“ zur antisowjetischen Interessenpolitik ist auch ein perspektivischer Artikel ⁴⁹⁾ interessant, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Länder wie Mauritius, Tansania, Somalia, Kenya, Madagaskar und andere Länder entschieden die militärischen Aktivitäten der Supermächte im Indischen Ozean verurteilten und den Vorschlag einer Friedenszone im Indik unterstützten. Bemerkenswert sei auch die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, ihre Selbständigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen. U. a. habe Ägypten für seine entschlossene Aktion gegen fremde Aggression, Subversion und Intervention und zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit bei den afrikanischen Staaten allgemeine Anerkennung gefunden

(hiermit ist der Hinauswurf der Sowjets gemeint!).

Auch sonst wehre sich Afrika entschieden gegen die Versuche der Supermächte, die internationalen Angelegenheiten zu manipulieren und zu kontrollieren. Im Zuge dieser Solidarisierung spiele die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) eine besondere Rolle. China unterstütze es entschieden, wenn die afrikanischen Völker ihr eigenes Schicksal in die Hand nähmen.

g) Das Jahr 1972 gab den Chinesen auch mehrmals Gelegenheit, sich erneut entschieden für den ceylonesischen Plan einer „Friedenszone im Indischen Ozean“ auszusprechen. Sri Lankas Ministerpräsidentin, Frau Bandaranaike, hatte einen solchen Vorschlag, der auf Demilitarisierung des Indik abzielt, bereits bei der 26. Tagung der UNO im Dezember 1971 unter großem Beifall in die Debatte gebracht und auch bei den Chinesen lebhaftes Interesse gefunden. Auch während des Besuches der Ministerpräsidentin in China (Juni/Juli 1972) stand dieser Plan im Mittelpunkt der politischen Aussprache ⁵⁰⁾.

Drei wesentliche Punkte sind im folgenden noch abzuhandeln: das chinesische Verhalten gegenüber den sowjetischen Seewegeplänen in den beiden „restlichen“ Seegebieten (Straße von Malakka, Westpazifik) sowie die reaktion Pekings auf den sowjetischen Vorschlag zur Errichtung eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien“.

a) Das Problem der Malakka-Straße:

Die Straße von Malakka spielt neben drei anderen „Nadelöhr-Wegen“ (Straße von Gibraltar und Suez-Kanal vom Atlantik über das Mittelmeer zum Indik; Panama-Kanal als Verbindung des Atlantik mit dem Pazifik) eine überragende Rolle für den gesamten Weltschiffahrtsverkehr. Die Malakka-Straße bildet u. a. auch einen der kritischen Punkte auf der langen „bogenförmigen Seeroute“ vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok — eine Gelegenheit für Peking, auch hier einen „Stolperdraht“ einzubauen. Die günstige Gelegenheit dazu kam mit dem 16. Nov. 1971, als in einer Erklärung der drei Anliegerstaaten Malaysia, Indonesien und Singapur zu Fragen der Sicherheit in den „Straits of Malacca“ sowie zum Problem der Internationalisierung des Wasserweges Stellung genommen wurde.

⁴⁸⁾ C.a., März 73, U 20.

⁴⁹⁾ PRu 1973, Nr. 4, S. 7 ff.

⁵⁰⁾ C.a., August 72, S. 23 ff.

Djakarta und Kuala Lumpur traten hierbei für eine Internationalisierung der Wasserstraße ein, während Singapur diese Position „lediglich zur Kenntnis nahm“.

Im März 1972 stellte sich Peking hinter die Auffassung Indonesiens und Malaysias⁵¹⁾. Bezeichnenderweise erfolgte dieser chinesische Schritt erst, nachdem Japan und die Sowjetunion gegen die Ankündigung der beiden malaiischen Staaten protestiert hatten.

Das Engagement Pekings für Länder wie Malaysia und Indonesien wurde von vielen Beobachtern mit Erstaunen wahrgenommen, da ausgerechnet diese beiden Staaten in den vorangegangenen Jahren mit China stets in einem sehr gespannten Verhältnis gestanden hatten.

Gerade in diesem Zusammenhang zeigte es sich aber erneut, daß Peking bereit ist, weniger gravierende Feindschaften einstweilen zurückzustellen, wenn sich eine Chance bietet, den Hauptfeind zu isolieren.

b) Auch im Fall der letzten von den oben erwähnten fünf Meeresregionen, zu der China noch keine antisowjetische Erklärung gegeben hat — dem Westpazifik — liegen schon Keime für eine entsprechende Entwicklung vor. 1971 hat der malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak den Plan einer „Friedenszone“ in Südostasien deklariert, die vorerst die fünf Staaten der ASEAN (Malaysia, Philippinen, Indonesien, Singapur und Thailand) einbeziehen soll. Der südostasiatische Fünferklub soll sich dann später auf 10 Mitglieder erweitern (Birma, Laos, Kambodscha und die beiden Vietnams) und sich schließlich neutralisieren. Drei Phasen dieses Neutralisierungsprozesses hat der malaysische Ministerpräsident vorgeschlagen: Zunächst schließen die beteiligten Staaten einen multilateralen Neutralitätspakt. Sodann verlassen sämtliche ausländische Truppen das südostasiatische Territorium, und schließlich garantieren die drei Großmächte — USA, Sowjetunion und VR China — die Neutralität der ganzen Zone⁵²⁾. Pekings Stellungnahme zu diesem Projekt steht zwar noch aus, doch kann nach den bisherigen Vorgängen kaum ein Zweifel darüber aufkommen, daß die Chinesen zustimmen, falls die Sowjetunion dadurch von einer weiteren Ausweitung ihres Einflusses in Südost-

asien und im Westpazifik abgehalten werden kann.

c) Stellungnahme zum sowjetischen Vorschlag eines „kollektiven Sicherheitssystems für Asien“.

Die oben im einzelnen aus der Perspektive Pekings beschriebene Seewegestrategie Moskaus benutzt zwar eine Taktik der kleinen Schritte (Flottenbesuche, Ballett-Veranstaltungen, Wirtschaftshilfe, Ausbau von Hafenanlagen usw.), vollzieht sich letzten Endes aber im weitgesteckten Rahmen eines Gesamtplans, der von Parteichef Breschnew im Juli 1969 unter der Bezeichnung „kollektives Sicherheitssystem in Asien“ verkündet wurde.

Der beste Weg zur Sicherheit in Asien führe nicht über Militärblöcke und ähnliche Bündnisse, sondern werde durch gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten eröffnet. Die Prinzipien, auf denen ein solches System beruhen solle, seien die fünf bekannten Grundsätze der friedlichen Koexistenz. Der sowjetische Vorschlag stehe keineswegs einzeln da. Vielmehr gebe es auf seiten mehrerer asiatischer Staaten ähnliche Denkansätze, z. B.:

- den Vorschlag der malaysischen Regierung über eine Neutralisierung Südostasiens,
- den Vorschlag der indischen Regierung (auch der ceylonesischen!), den Indischen Ozean zu einer „Zone des Friedens“ zu erklären,
- die verschiedenen Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Asien,
- die Vorstöße der Botschafter Japans in verschiedenen Ländern Asiens und im Pazifik in Richtung auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien,
- die friedlichen Ansätze, die sich vor allem zwischen Indien und Pakistan im Zusammenhang mit dem Simla-Abkommen ergeben hätten,
- die angestrebte Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Japan.

Die Sowjetunion habe ein besonderes Interesse an der kollektiven Sicherheit Asiens. Immerhin lägen dort zwei Drittel ihres Territoriums⁵³⁾.

⁵¹⁾ PRu 1972, Nr. 12, S. 20 f.

⁵²⁾ Den Text des Neutralisierungsbeschlusses der ASEAN-Mitglieder vom 27. 11. 71 vgl. in Europa-Archiv, Folge 6/1972, S. 151 f.; ferner Far Eastern Economic Review vom 11. 12. 71, S. 18 ff.

⁵³⁾ TASS, 4. 1. 73, zitiert nach M. D. Asien, 8. 1. 73.

Erläuterungen dieser Art sind freilich viel zu unbestimmt, als daß sich daran nicht Spekulationen knüpfen könnten. Vier Motive, die sich gegenseitig nicht unbedingt ausschließen, sind im Laufe der Zeit von Beobachtern aus dem Tatbestand herausgelesen worden:

— Handelt es sich bei dem Plan um eine Art Acte de Présence, durch den die Sowjetunion klarmachen wolle, daß keine Nation im Fernen Osten heute umhinkönne, die Sowjetmacht als ein neues und bedeutendes Element in einem künftigen asiatischen Gleichgewichtssystem zu betrachten? ⁵⁴).

— Der Sowjetunion wird ferner unterstellt, sie wolle das Vakuum ausfüllen, das durch den Rückzug Großbritanniens (seit 1966) und durch das allmähliche Zurückweichen der USA aus Asien im Gefolge der Nixon-Doktrin entstanden sei ⁵⁵).

— Eine weitere Interpretation geht auf einen Vortrag des russischen Professors Zadorojnyi in Tokyo zurück. Danach zielt das breschnjewsche Projekt auf die Sicherung der asiatischen Stabilität im Interesse des Weltfriedens ab. Das vorgeschlagene panasiatische Bündnis solle eine Art Miniatur-UNO werden, der neben den USA und der Sowjetunion möglichst sämtliche asiatische Staaten angehören sollen, möglicherweise auch Taiwan, Südkorea und Südvietnam. Ein solcher Plan würde sämtliche regionalen und bilateralen Verteidigungsbündnisse absorbieren und überflüssig machen ⁵⁶).

— Am häufigsten erwähnt freilich wird das Motiv einer sowjetischen Eindämmungspolitik gegenüber China, und zwar von seiner Süd-, wenn möglich auch von der Ostflanke her. Da die Ausdrücke „Containment“, „Cordon Sanitaire“ oder „Bollwerk gegen China“ in der heutigen Weltpolitik keinen besonders guten Klang hätten, habe man sich zu einer freundlicheren Sprachregelung entschlossen und das Projekt mit dem Ausdruck „kollektives Sicherheitssystem in Asien“ belegt.

Ganz auf der Linie dieser vierten Version liegt auch die chinesische Interpretation zum Breschnjew-Projekt. Für die chinesische Propaganda ist das zur Debatte stehende Sicher-

heitssystem ganz schlicht eine „vom Sowjetrevisionismus benützte, zerfetzte Flagge, um ein antichinesisches Militärbündnis auf die Beine zu bringen“ ⁵⁷).

Wohin im übrigen eine solche — auf „Sicherheits“-Erwägungen beruhende — Zusammenarbeit führen könne, werde am Schicksal der Mongolischen Volksrepublik deutlich. Dieses Land sei zunächst unter dem Deckmantel „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ umworben, dann aber unter der Hand in ein militärisches Aufmarschgebiet zu Aggressionen gegen China verwandelt worden. Überdies werde es von Moskau aus nunmehr auch politisch kontrolliert und wirtschaftlich ausgeplündert ⁵⁸). Mit seinem „expansionistischen“ Konzept habe Breschnjew die Leiche des von Dulles ausgeheckten SEATO-Plans erneut aus dem Sarg hervorgeholt ⁵⁹).

China — Indien

Der Vorschlag eines „kollektiven Sicherheitssystems für Asien“ hat bisher erst an einer einzigen Stelle in Asien Fuß fassen können: in Indien — dies hat die Beziehungen zwischen Neu Delhi und Peking nicht gerade verbessert.

Zwischen beiden asiatischen Staaten gab es schon seit Jahren schwere Probleme, die durch das Engagement der Sowjetunion nur noch verschärft wurden.

Vier davon sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben, nämlich:

— Die Besetzung Tibets durch China, die in der indischen Öffentlichkeit immer noch Empörung wachruft, obwohl die Rechte Chinas an Tibet durch die indische Regierung längst anerkannt worden sind;

— der weiterschwelende Grenzkonflikt, der 1959 und 1962 zu mehreren militärischen Zusammenstößen geführt hatte;

— die Frage der Hegemonie über die Himalaja-Fürstentümer

— und schließlich das immer stärkere Engagement Moskaus auf dem Subkontinent, das im Zeichen der verschärften chinesisch-sowjetischen Gegensätze in Peking höchstes Unbehagen auslöst.

In ihrer ganzen Problematik wurde die sowjetische Intervention im Jahre 1971 deutlich. In

⁵⁴) Justus M. van der Kroef, Sowjetische Sicherheitsstrategie in Asien, in: Außenpolitik 1970, S. 492—503 (503).

⁵⁵) Zur umstrittenen Vakuum-Theorie vgl. oben Fußnoten 33, 35.

⁵⁶) Zit. in China Report, Jan./Febr. 1970, S. 30—35 (Russia's New Role in Asia).

⁵⁷) So der Titel des Aufsatzes in PRu 1969, Nr. 27, S. 18—20.

⁵⁸) Ebd., und PRu 1969, Nr. 37, S. 19—22.

⁵⁹) NCNA, 25. 7. 1969.

diesem Jahr zerfiel — als Folge des „Dezemberkrieges“ zwischen Indien und Pakistan — die seit 1947 auf dem Subkontinent bestehende Machtbalance. Aus der Sicht Pekings waren nun nicht mehr Indien und Pakistan die entscheidenden Gewichte, sondern vielmehr Indien und die Sowjetunion auf der einen und Pakistan-China-USA auf der anderen Seite. Die Achse Neu Delhi—Moskau war durch den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 formell besiegelt worden und hatte sich während des für Indien so siegreichen Dezemberkrieges gegen Pakistan aufs Beste bewährt.

China, das die sowjetisch-indische Annäherung schon seit langem mit Mißbehagen zur Kenntnis genommen hatte, entschloß sich schon frühzeitig zu Gegenstrategien:

— Erstens erweiterte es seine militärische Infrastruktur an der Grenze. U. a. wurde die Logistik verbessert und vom chinesischen Staatsgebiet aus über Sikkim, Nepal und über das Karakorum-Gebirge nach Indien bzw. Westpakistan „politische“ Straßen gebaut.

— Zweitens versuchte es, die Nachbarstaaten Indiens auf dem Subkontinent, vor allem Pakistan, Sri Lanka (Ceylon) und Nepal zu einer Vereinten Front gegen Neu Delhi zu gewinnen. Großzügige Entwicklungshilfe spielte hierbei eine bedeutsame Rolle.

— Drittens unterstützte es kommunistische Aufständische, vor allem in Westbengalen und Andra Pradesh.

Die Gefahr, daß Indien der Umarmungspolitik Moskaus erliegt, hat aus chinesischer Sicht in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen. Vor allem drei Vorwürfe an die Adresse Neu Delhis gehören zum ständigen Repertoire Pekings:

— Indien nehme zuviel „militärische Hilfe“ von Moskau an. Die Sowjetunion habe von 1962 bis 1970 in dieser Beziehung rd. 1 Mrd. US\$ aufgewendet, habe in Indien drei MIG-Fabriken eingerichtet, und außerdem militärische Berater entsandt. Die indische Armee sei bereits jetzt im Besitze eines Kontingents von nicht weniger als 600 sowjetischen Panzern und lasse ihre Marine bis zu 20 % von den Russen ausstatten.

— Auch finde eine ständige „wirtschaftliche Durchdringung“ Indiens durch die Sowjetunion statt. 1955 bis 1967 habe Moskau 2,312 Mrd. und von 1968 bis 1972 1,1 Mrd. US \$ nach Indien „hineingepumpt“. Peking will auch wissen, daß diese „Hilfe“,

weit davon entfernt, sich nach dem Gießkannenprinzip zu verlaufen, vor allem auf Projekte der Stromerzeugung und der Ölförderung konzentriert wird. Überdies sei es zu einer immer stärkeren bilateralen Ausdehnung des Handels aufgrund des Abkommens vom 26. 12. 1970 gekommen.

— Am verwerflichsten aber sei die Haltung Neu Delhis, weil es sich in den Plan Moskaus, „Asiaten zum Kampf gegen Asiaten“ einzusetzen, einspannen lasse. Vor allem der Vertrag vom August 1971, der zwar als „Freundschaftsabkommen“ firmiere, in Wirklichkeit aber einem „Militärbündnis“ gegen Pakistan und China gleichkomme, habe deutlich gemacht, daß es der Sowjetunion letzten Endes darauf ankomme, Indien noch weiter zu beherrschen, Pakistan zu spalten (Entstehung von Bangla Desh mit sowjetischer Hilfe und Billigung!) und schließlich China einzukreisen⁶⁰⁾.

Flottenpläne und künftige seestrategische Optionen Chinas

Peking hat inzwischen eingesehen, daß es langfristig auch eine starke Seemacht braucht, wenn es seine Rolle auf der Bühne der Weltpolitik angemessen mitspielen will. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren haben sich die großen politischen Änderungen überwiegend auf den Kontinenten vollzogen. Die siebziger Jahre dagegen werden sich vor allem in den maritimen Gegenden politisch auswirken. Diese Erfahrung hat China nicht zuletzt im Zusammenhang mit der neuen sowjetischen Seewegestrategie machen müssen. Auch die Sowjetunion hat ja bereits 1962 im Zusammenhang mit ihren Mißerfolgen vor Kuba erfahren müssen, was es heißt, über nur zweitklassige Seestreitkräfte zu verfügen.

Ende der fünfziger Jahre wurde mit dem Bau größerer Einheiten in Shanghai und Tientsin begonnen. Seitdem vollzog sich — hinter dem Schleier der Geheimhaltung und unbeobachtet von der Außenwelt — eine rapide Entwicklung des Aufbaus. 1972/73 schließlich konnte die amerikanische Fachzeitschrift „Sea Power“ einem überraschten Publikum bekanntgeben, daß die Kriegsmarine der VRCh sich inzwischen zur drittstärksten der Welt entwickelt habe und an Schlagkraft nur noch von den USA und der Sowjetunion übertroffen würde. Mit 40 modernen konven-

⁶⁰⁾ PRu 1972 Nr. 2, S. 19, 21.

tionellen Unterseebooten rangiere China vor Großbritannien mit 35, Frankreich mit 21 und Japan mit 12 derartigen Booten. Auch in der Personalstärke liege die chinesische Marine mit 150 000 Offizieren und Mannschaften vor Großbritannien (80 000), Frankreich (70 000) und Japan (40 000 Mann) ⁶¹⁾.

Solche quantitativen Angaben sagen freilich noch wenig über die Qualität der Marine-Einheiten aus; zusammengesetzt ist die Flotte aus Schiffen unterschiedlichster Typen, die vom Oldtimer japanischer und amerikanischer Herkunft über Sowjettypen bis hin zu modernen, mit ballistischen Raketen bestückten U-Booten chinesischer Konstruktion reichen. Das sensationellste Projekt bilden drei kernkraftgetriebene U-Boote, an denen seit 1969 gebaut wird und die vermutlich noch 1973 fertiggestellt werden ⁶²⁾.

Von den Aufgaben, die den immer wichtiger werdenden Seestreitkräften zufallen, ist insbesondere die Kontrollstrategie gegenüber den Territorialgewässern von erheblicher Bedeutung. Pekings Ansprüche umfassen nahezu das gesamte Südchinesische Meer, mit der Folge, daß seine Hoheitslinie hart an der Küste Südvietnams entlangläuft, bis zum Tsengmu-Riff (nahe dem nördlichen Sarawak) ausschwingt, sich sodann den nördlichen philippinischen Inselgruppen nähert und schließlich — unter Einbeziehung Taiwans — auf das Gelbe Meer zuläuft. In diesem Bereich liegen nicht nur zahlreiche, auch von Südvietnam und den Philippinen beanspruchte Inselgruppen sowie das politisch explosive, weil öl-„verdächtige“, Klippeneiland von Tiao Yü T'ai (Japanisch: Sengaku), sondern auch die Schraffuren für den — oben so häufig erwähnten — „bogenförmigen sowjetischen Seeweg“ um Asien!

Die weitest gesteckte Aufgabe schließlich, die im globalen Zusammenhang mit Pekings Maßnahmen gegen die Moskauer Einkreisungsstrategie zu sehen ist, kann vorerst freilich nur recht unvollkommen erfüllt werden. Den Chinesen kann nämlich es nicht nur darum gehen, in der oben bereits näher beschriebenen Weise „Stolperdrähte“ zu legen; vielmehr werden sie auf lange Sicht wohl kaum um die Errichtung von Gegenstützpunkten

herumkommen. Maritime Optionen in dieser Richtung zeichnen sich vor allem an drei wichtigen Stellen ab: in Ostafrika, am Golf von Aden und in Westpakistan. Sollten hierbei geopolitische Reminiszenzen eine Rolle spielen? Lange Zeit war ja der Indische Ozean vom Konzept des K-K-K-Dreiecks (Kapstadt — Kalkutta — Kairo) bestimmt, das — weil auf Großbritannien hinorientiert — durch die Linie Cypern — Suez — Aden ergänzt war. Sobald der Suez-Kanal eines Tages wieder geöffnet sein sollte, wird diese politische Geometrie wieder einen Teil ihrer alten Geltung erlangen, selbst wenn Supertanker und andere Großschiffe auch in Zukunft die Kap-Route nehmen müssen. In gewissem Ausmaße trägt China dem alten K-K-K-System Rechnung, wenn es nämlich einerseits den Hafen von Daressalam ausbaut (Kapstadt kommt wegen der starken Spannungen zwischen Peking und dem „rassistischen Regime“ in Südafrika nicht in Betracht!), wenn es ferner Karachi (Kalkutta-Ersatz!) durch den Bau einer Verbindungsstraße mit Südwestchina als potentiellen Stützpunkt anvisiert und schließlich jene aktive, nicht zuletzt auch auf den Suez-Kanal (Kairo!) abzielende Mittelmeerpolitik betreibt, die sich geradezu als Strategie eines antisowjetischen Cordon Sanitaire um Nahost ⁶³⁾ bezeichnen ließe. Optiert China in diesen Bereichen für künftige Flottenstützpunkte, die eine aktivere Störung der Moskauer Seewegepolitik ermöglichen könnte? Offizielle Verlautbarungen in dieser Richtung liegen aus verständlichen Gründen nicht vor. Man wird abwarten müssen, ob sich hinter dem Vorgehen der Chinesen eine systematische, möglichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte Rechnung tragende Flottenpolitik abzeichnet.

Pekings politische Straßen nach dem Süden

Die Chinesen haben im Laufe der letzten Jahre insgesamt fünf größere Straßenverbindungen zu den Ländern Süd- und Südostasiens fertiggestellt, von denen vor allem die vier Straßen nach Indien im Kontext der Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau zu sehen sind, dessen Verbindungen mit Neu Delhi ja, wie oben ausgeführt, in den letzten Jahren immer enger geworden sind — zumindest aus chinesischer Sicht!

Von West nach Ost lassen sich folgende Nord-Süd-Adern indentifizieren:

⁶¹⁾ Zit. nach FAZ vom 10. 3. 73.

⁶²⁾ Weitere Angaben zu diesem Punkt in Oskar Weggel, Chinas Marine beginnt die Flagge zu zeigen, in: C.a., Okt. 72, S. 31—33.

⁶³⁾ Oskar Weggel, Pekings antisowjetischer Cordon Sanitaire um Nahost, in: C.a., Juni 72, S. 13 f.

a) Vom chinesischen Sinkiang (Kashgar) nach Gilgit in Nordkaschmir. Diese Straße wurde Anfang März 1971 bis Karachi weitergeführt. Die Verkehrsader verbindet das Straßennetz im fernen Westen Chinas mit dem des indischen Subkontinents und spielt bei der Unterstützung Pakistans gegenüber Indien eine wichtige Rolle.

b) Von der chinesischen Autonomen Region Tibet über Nepal bis nach Patna am Ganges. Die Straße ist eine Manifestation chinesischer Präsenz in Nepal, die dem Königreich helfen soll, die indische Bevormundung abzubauen.

c) Vom chinesischen Tibet zum indischen Assam über Gangtok, die Hauptstadt Sikkims. Diese Straße hat allerdings in der Zwischenzeit viel von ihrer politischen Bedeutung verloren, da die ursprünglich vorgesehene Unterstützung Pakistans in Ostbengalen mit der Gründung des Staates Bangla Desh hinfällig geworden ist.

d) Von der südchinesischen Provinz Yünnan nach Mandalay in Nordbirma. Die Straße verbindet das südostchinesische Verkehrsnetz mit Birma und schafft auch die Möglichkeit des Zugangs zum nordostindischen Assam. Diese Verkehrsader ist weitgehend identisch

mit der zwischen 1942 und 1945 gebauten Stilwell-Straße und führt durch das Gebiet unruhiger Minderheiten, die sowohl für Birma mit seinen zahlreichen Minderheiten als auch für Indien (Naga-Land) ein Problem darstellen.

e) Der Vollständigkeit halber ist schließlich noch die Straße von der chinesischen Provinz Yünnan durch Nord-Laos nach Nordost-Thailand zu erwähnen, die mit ihrem östlichen Seitenarm bis hin nach Dien Bien Phu reicht und die — in westlicher Richtung — inzwischen bis an den Mekong vorgetrieben worden ist und nun auf nordost-thailändisches Gebiet zuläuft.

Diese fünf Straßenverbindungen, von denen vier auch für das sowjetfreundliche Indien von Belang sind, sollen primär keineswegs chinesische Militär-Operationen ermöglichen, denn Chinas Militärstrategie ist ganz auf Defensive abgestellt: auch könnten die durch schwer zugängliches Gebirgsgelände führenden Verbindungswege im Notfall leicht durch wenige Bombenabwürfe unterbrochen werden. Es handelt sich hier vielmehr um „politische Straßen“, die zum Teil in „Pulverfaß-Gegenden“ führen und im übrigen die potentielle Präsenz Chinas glaubhaft machen — nicht nur für Neu-Delhi, sondern auch für Moskau.

III. Globalfragen: Die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen in der UN

Seit die VR China im November 1971 Mitglied der UNO geworden ist, bieten sich ihr geradezu ideale Möglichkeiten, altbewährte Kampftaktiken, die sich im innenpolitischen Bereich der VR China so gut bewährt haben, nun auch gegen die Supermacht Sowjetunion einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind vor allem zwei spezifische „Arbeitsstile“ zu erwähnen, nämlich erstens das Prinzip der sogenannten „Massenlinie“ und zweitens das Prinzip der „Kritik und Verurteilung“.

a) Der Führungsstil der „Massenlinie“ — auf den internationalen Bereich übertragen — gebietet es, die Meinung jedes Staates, und sei er noch so unbedeutend, „zu sammeln, zu konzentrieren und sie wieder in die ‚Massen‘ (d. h. hier also, in die Gemeinschaft der Staaten) hineinzutragen“. Durch diesen Prozeß soll die objektive Interessenlage der kleinen Staaten artikuliert werden, selbst wenn diese manchmal abweichende, subjektive Interessen erkennen lassen.

Mechanische Mehrheitsverhältnisse, wie sie etwa bei einem Stimmenverhältnis von 51 : 50 zustande kommen können, würden bei Verwirklichung dieser objektivistischen Vorstellungen durch überwältigende Mehrheit ersetzt werden, für die in China die 90-0/0-Formel Mao Tse-tungs gilt. Die sogenannte „Strategie der Vereinten Fronten“, die hier in Erscheinung tritt, geht von einer Dreiteilung aller sozialen Systeme aus und unterscheidet zwischen „Freunden, Zwischenschichten und Feinden“ bzw. — außenpolitisch formuliert — zwischen sozialistischen Staaten, sogenannten „Zwischenzonen“ und den „Imperialisten samt ihren Lakaien“.

Ziel der Vereinten-Frontpolitik ist es nun, die „fortschrittlichen Kräfte zu entfalten, die Kräfte der Mitte zu gewinnen und die Feinde maximal zu isolieren“.

Anschauungsmaterial für das Funktionieren dieser Strategie bietet vor allem die chinesi-

sche Innenpolitik. Als es beispielsweise Anfang der fünfziger Jahre darum ging, die Großbauern auszuschalten, wurden die sogenannten „Reichen Bauern“ im Interesse einer maximalen Isolierung des Großgrundbesitzers in die „Vereinte Front“ aufgenommen, so daß der 90-0/0-Formel Maos Genüge getan war. Diese Vergünstigung sollte jedoch nicht lange dauern. Nachdem die Großgrundbesitzer durch Enteignungsmaßnahmen als Klasse liquidiert waren, kamen die „Reichen Bauern“, deren Schicksal ja schon von langer Hand vorherbestimmt war, an die Reihe. Dasselbe Los ereilte anschließend noch die sogenannten „Oberen Mittelbauern“.

Eine Salami-Taktik, wie sie hier zutage tritt, leistet auch im Bereich der Außenpolitik, vor allem gegenüber den beiden Hauptfeinden, den USA und der Sowjetunion, gute Dienste. Nur vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß China es abgelehnt hat, sich auf nukleare Abrüstungsverhandlungen im kleineren Kreis der fünf Großmächte einzulassen. Seine Gegenforderung nach einer sogenannten Gipfelkonferenz aller Länder entspricht demgegenüber genau seiner „Vereinten-Fronten-Strategie“ sowie dem Prinzip der „Massenlinie“.

b) Ein solches Vorgehen impliziert zweitens das, was die Chinesen „Kritik und Verurteilung“ nennen.

Wie das Großgrundbesitzerbeispiel gezeigt haben sollte, handelt es sich bei der Politik der Vereinten Fronten ja nicht um „prinzipienloses“ Taktieren mit weltanschaulich anders ausgerichteten Parteien, sondern um eine spezifische Form des Kampfes, die mit rein politischen Mitteln ausgetragen wird und zum Ziele hat, die „Feinde“ einzeln und der Reihe nach auszuschalten.

Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, die in jeder auftauchenden Frage liegenden Möglichkeiten (oder „Widersprüche“) jeweils so weit zu polarisieren, daß „zwei Linien“, nämlich eine richtige und eine falsche, holzschnittartig klar hervortreten. Neutrale, mittlere Positionen stehen hierbei nicht zur Diskussion. So erklärt es sich beispielsweise, daß die Chinesen in der Abrüstungsfrage die „restlose“ (und nicht etwa „teilweise“) Vernichtung der Kernwaffen vorschlagen und daß sie die Aufhebung aller nuklearer Basen im Ausland wünschen. Die Taktik der Polarisierung ist dabei in der Weise zu dosieren, daß die Supermächte, die bisher der Weltorganisation ihren Stempel aufgeprägt haben,

bei jeder zur Diskussion anstehenden Einzelfrage in die Enge getrieben und zum Gegenstand der „Kritik und Verurteilung“ aller Länder werden. Ginge es nach dem Willen Pekings, so würde die UNO ein Kräftefeld abgeben, in dem sich die beiden rivalisierenden Supermächte und ihre Lakaien auf der einen und die überwältigende Mehrheit der „kleinen und mittleren Staaten“ unter Führung Pekings auf der anderen Seite gegenüberstünden. Ziel dieser Strategie wäre es, zunächst die beiden Supermächte auszuschalten und sodann neue, bis dahin weniger gefährliche kapitalistische Staaten als „Feinde“ an die Reihe kommen zu lassen.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Instrumentarium, wie es hier im einzelnen dargelegt wurde, sich gerade in der Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Hauptfeind, der Sowjetunion, besonders eignet. In der Tat ist es den Chinesen gelungen, mit Hilfe der Vereinten Fronten-Strategie der Sowjetunion einige Niederlagen zu bereiten, von denen die Pakistan-Entschließung die vernichtendste war. Es gelang den chinesischen Vertretern nämlich, mit ihrem Antrag vom Dezember 1971 auf Einstellung der „bewaffneten Aggression Indiens“ 104 Stimmen in der UNO-Vollversammlung zu gewinnen, während die indisch-sowjetische Seite nur 11 Gegenstimmen aufbrachte.

Ideale Anlässe für gezielte Schläge gegen das internationale Ansehen der Sowjetunion boten aber auch die Diskussionen um die großen internationalen Probleme, die derzeit praktisch jeden Staat der Welt beschäftigen, und von denen hier drei Sektoren besonders hervorgehoben seien, nämlich

— der Streit um den Meeresboden und die Meeresressourcen

— Probleme des Handels und der Entwicklungshilfe

— die Abrüstungsfrage

Auseinandersetzungen um ein neues Seerecht

Zu schweren sino-sowjetischen Auseinandersetzungen kam es anlässlich mehrerer Sitzungen des Unterkomitees des UNO-Meeresbodenausschusses, die in den Monaten März und April 1973 mit der Vorbereitung eines neuen Seerechts beschäftigt waren. Bei den ersten zwei Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 hatten viele asiatische und afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit noch nicht erreicht, so daß die damals ausgearbeiteten

vier Genfer Konventionen nach Meinung der VR China „ausschließlich den Interessen der Supermächte dienen“ und insofern als veraltet gelten können.

a) Konvention über die Territorialgewässer
Jetzige Situation:

Breite der Küstengewässer 12 sm

Chinesischer Einwand: Wer eigentlich soll die Grenzen der Territorialgewässer bestimmen: die beiden Supermächte oder aber die einzelnen Anliegerstaaten in Übereinstimmung mit ihren besonderen Bedingungen? Auf den Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 wurden willkürlich 12 sm vorgeschrieben. Dabei seien jedoch die geographischen, geologischen und meeresbiologischen Besonderheiten sowie die Erfordernisse einer rationalen Nutzung der Ressourcen in den Territorialgewässern keineswegs berücksichtigt worden. Als Entwicklungsland habe China volles Verständnis für die Länder der Dritten Welt, wenn sie ihre Territorialgewässer bis auf 200 sm ausdehnten. Habe im übrigen nicht die Regierung der Sowjetunion am 21. 3. 1956 mit ihrem „Beschluß über den Schutz der Lachs- und Forellenressourcen im Fernen Osten und über die Regelung der Fangmenge“ eindeutig eine ausgedehnte Kontrollzone festgelegt, deren weitester Punkt sogar über 400 sm von der sowjetischen Küste entfernt liege? (Hier ist die sog. „Bulganin-Linie“ gemeint, mit der vor allem japanische Fischer immer wieder in Konflikt kommen.) Die Sowjetunion habe also das Recht zur Schaffung exklusiver Wirtschaftszonen, andere Länder dagegen sollten zurückstehen? Was sei das für eine Logik!

b) Konvention über das offene Meer

Bisheriger Zustand: Im Rahmen der „Freiheit des offenen Meeres“ gibt es bisher die sog. „vier Freiheiten“, nämlich Freiheit der Schifffahrt, Freiheit des Fischfangs, Freiheit der Legung und der Haltung von Unterwassertelegraphenkabeln und Pipelines sowie Freiheit des Fliegens über dem offenen Meer.

Einwände Chinas: Diese Freiheiten dienen fast ausschließlich den beiden Supermächten. Die Sowjetunion arbeite z. Z. mit nahezu 100 riesigen Fabrikschiffen und fische ganze Meereszonen aus, so daß einige Länder (Lateinamerika, Island (!) und einige afrikanische Staaten) bereits in Alarmzustand geraten seien. Die „Freiheit der Meere“ werde hier auf Kosten der nichtkonkurrenzfähigen Drittländer einwandfrei mißbraucht — gar nicht zu

reden von den U-Boot-Operationen und anderen „Piratenakten“ der Sowjetunion.

c) Konvention über den Fischfang und den Schutz der Lebewesen im offenen Meer

Bisheriger Zustand: Verbot einer „formellen oder tatsächlichen Diskriminierung der fremden Fischer“

Einwand Chinas: Diese Bestimmung diene in Wirklichkeit den Supermächten als legale Begründung für die Ausplünderung der Fischbestände anderer Länder. Die beiden Supermächte fischten mit ihren überlegenen Fangflotten z. Z. die Küstengewässer anderer Länder ab und übten „Piratenakte“ in großem Stil unmittelbar vor deren Tür. In den letzten Jahren habe die Sowjetunion großes Gewicht auf den Bau von Fischereischiffen der Klasse über 20 000 t gelegt. Die „Vostok“ z. B., ein neues 43 000-Tonnen-Schiff, sei bereit, Meeresfische aus den reichsten Fischereigründen der Welt zu rauben, deren Bestände immer kleiner werden. Das Schiff sei mit Hubschraubern, Geräten für Infrarot-Photographie, Kühl- und Verarbeitungseinrichtungen sowie 14 Trawlern ausgerüstet. Müsse man hier nicht von einem „Mißbrauch“ der Meeresfreiheit zu Ungunsten armer Drittländer sprechen?

d) Konvention über den Kontinentalschelf

Bisheriger Zustand: Zwar hat jedes Land das Recht der Nutzung des Kontinentalschelfs, doch ist dieses Recht durch viele Ausnahmegestimmungen durchlöchert. So darf z. B. die „internationale Schifffahrt“ in diesem Bereich nicht behindert werden. Auch „rein wissenschaftliche Forschung“ muß im Bereich des Kontinentalschelfs zugelassen werden.

Nach chinesischer Ansicht handelt es sich hier um eine geschickte juristische Konstruktion, die den Supermächten auch den Zugriff auf die Kontinentalschelfgebiete erlaubt. Mit ihren „Forschungsschiffen“ habe die Sowjetunion beispielsweise das Kontinentalrecht zahlreicher Anliegerstaaten mühelos durchbrochen, Spionage getrieben und nach geeigneten Plätzen für Stützpunkte Ausschau gehalten⁶⁴).

Auch auf dem gerade für Entwicklungsländer so wichtigen Gebiet der internationalen *Wirtschafts- und Handelsbeziehungen* gab es heftige sino-sowjetische Kontroversen.

⁶⁴) PRu 1973, Nr. 13, S. 8—12; Nr. 15, S. 12—15 und NCNA, 1. 4. 1973 und 4. 4. 1973.

Eine günstige Gelegenheit zur Solidarisierung mit der Dritten Welt ergab sich hier im Zusammenhang mit der UNO-Konferenz für Entwicklung und Handel, die im April 1972 in Santiago de Chile stattfand und an der über 100 Länder teilnahmen. Die Chinesen schienen sich hier zunächst ganz auf die Vereinigten Staaten einzuschießen, wandten sich jedoch schon bald wieder ihrem Hauptfeind, der Sowjetunion, zu.

Die Rückständigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sei nicht Folge irgendeiner immanenten Krisenanfälligkeit, sondern unmittelbare Folge der Unterdrückung und Ausplünderung von seiten des Imperialismus und Kolonialismus. Diese Regionen verfügten über reiche Naturschätze und hätten einst blühende Kulturen beherbergt. Doch dann seien sie eingegliedert worden in den Prozeß der sogenannten „internationalen Arbeitsteilung“ und seien zu Monokulturwirtschaften, Rohstofflieferanten und Absatzgebieten für Fertigprodukte der Industrieländer heruntergesunken. China habe dieses Schicksal selbst ein halbes Jahrhundert lang erleiden müssen. Sein gesamter Außenhandel, sein Eisenbahnwesen, zahlreiche Industriezweige seien von Ausländern beherrscht worden. Doch dann habe sich das chinesische Volk von den drei großen Fesseln des „Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus“ frei gemacht und folge nun ganz dem Prinzip der Autarkie. Ein solcher Kurs schließe keinesfalls aus, daß ein Land mit befreundeten Staaten Handel treibe und von ihm Entwicklungshilfe annehme. Doch müsse dies zu fairen Bedingungen geschehen. Wer, wie die USA, künstlich die Preise für Rohstoffe drücke, mit allen Mitteln Kapitalausfuhr betreibe, systematisch die Ressourcen anderer Länder plünderne und seine Währungskrise auf andere Länder abwälze, müsse sich nicht wundern, wenn sich in den betroffenen Ländern Widerstand rege. Dies gelte ebenso für die „andere Supermacht“, der es gleichfalls darum zu tun sei, Länder, wie z. B. Indien oder Ägypten unter ihre Kontrolle zu bringen ⁶⁵⁾.

Besonders an den Praktiken der Sowjetunion gegenüber den COMECON-Ländern übt China heftig Kritik:

Das COMECON gilt als ein Werkzeug der Sowjetrevisionisten zur „brutalen Ausplünde-

rung“ mit neokolonistischen Methoden. Die von den Sowjets als „höhere Form der sozialistischen Arbeitsteilung“ gerühmte „Spezialisierung“ sei gleichbedeutend mit Kolonisierung.

Zur Abrüstungsfrage

Die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen zur Abrüstungsfrage spitzten sich insbesondere während der Plenarsitzungen der UNO-Vollversammlung im November 1971 zu. China legte damals seine Vorstellungen in den folgenden sechs Punkten dar:

— Adressaten des Aufrufs zur Abrüstung könnten nicht alle Staaten in gleicher Weise sein. Waffen führten ja, wie allgemein bekannt sei, nicht von sich aus zum Krieg. Das Schlüsselproblem sei doch, in wessen Hand sie sich befänden, und welcher Politik sie dienten. Seien die Waffen in den Händen derjenigen, die eine imperialistische Politik betrieben, würden sie zu Werkzeugen für die Unterdrückung der Völker in den verschiedenen Ländern und für die Führung von Aggressionskriegen; befänden sie sich umgekehrt in den Händen der unterdrückten Völker, die sich zu verteidigen haben, würden sie zu einer Kraft für die Verteidigung des Friedens.

Vor allem müßten daher die beiden Supermächte abrüsten. Wenn man schon von Abrüstung spreche, so müßten doch sie zuerst mit dem Abbau beginnen. Wer die Verantwortung für das Wettrüsten unterschiedslos allen Ländern auferlege und betone, im Falle einer Abrüstung müßten alle Länder abrüsten, zeige nur, daß er überhaupt nicht an Abrüstung denkt, sondern versucht, die große Anzahl von kleinen und mittelgroßen Ländern verantwortlich zu machen. Wenn der sowjetische Delegierte behaupte, daß alle jene Länder, die den „Vertrag über ein Teilverbot von Kernwaffentests“ und den „Vertrag über Nichtweitergabe von Kernwaffen“ nicht unterzeichneten, die Verantwortung für die Verhinderung der nuklearen Abrüstung zu tragen hätten, so sei dies eine empörende Entstellung der Tatsachen, ja ein Betrugsmanöver. Wieviel nukleare Rüstung habe die Sowjetunion eigentlich in den letzten Jahren abgebaut? Habe sie die in ihren Händen befindlichen Kernwaffen reduziert oder vermehrt?

Für zahlreiche unterdrückte Völker der Dritten Welt „ist heute das Problem von erstrangiger Bedeutung selbstverständlich nicht die Abrüstung, sondern die Verteidigung der

⁶⁵⁾ PRu 1972, Nr. 22, S. 13 ff., S. 15 ff.; Nr. 29, S. 15 ff.; Nr. 44, S. 16 ff.

staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Kampf um die nationale Existenzberechtigung. Die Anschauung, nach der *alle* Staaten Abrüstungsmaßnahmen treffen sollen, ohne daß zwischen Aggressoren und Opfern der Aggression, zwischen Drohenden und Bedrohten unterschieden werde, führe die Abrüstungsdiskussion auf Nebengleise und diene insofern dem Imperialismus.

— Die chinesische Regierung fordert das „allseitige, gründliche, restlose und entschiedene Verbot der Kernwaffen und ihre Vernichtung“.

Um diese Forderung Wirklichkeit werden zu lassen, möge eine Konferenz der Regierungschefs aller Länder der Welt einberufen werden, die dann folgende Erklärung abgeben sollen: „Alle Länder der Welt, ob sie Kernwaffen besitzen oder nicht, erklären feierlich das allseitige, gründliche, restlose und entschiedene Verbot der Kernwaffen und deren Vernichtung. Konkret gesprochen, bedeutet das: keine Kernwaffen anzuwenden, sie weder aus- noch einzuführen, keine Kernwaffen zu erzeugen, keine Versuche mit ihnen anzustellen und sie nicht zu speichern. Alle vorhandenen Kernwaffen in der Welt und ihre Trägermittel müssen insgesamt vernichtet, alle bestehenden Institutionen, die sich mit Kernwaffenforschung, -versuchen und -erzeugung befassen, aufgelöst werden.“

Viele Staaten der Welt hätten diesen schon seit 31. Juli 1963 auf dem Tische liegenden Vorschlag der VR China positiv befürwortet. Die beiden Supermächte dagegen wollten ihr Kernwaffenmonopol perpetuieren und hätten dem umfassenden chinesischen Vorschlag lediglich einige Teillösungen in Form des „Vertrags für das partielle Verbot von Kerntests“ und des „Vertrags über die Nichtweitergabe von Kernwaffen“ entgegengesetzt. Ihr Hauptgedanke dabei sei, „Kernwaffen darf nur ich besitzen, ihr dürft keine haben“.

— Bevor aber *alle* Länder sich zum Kernwaffenverbot entschlossen, müßten vor allem solche Staaten, die Kernwaffen besitzen, die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste gegeneinander oder aber gegen nichtnukleare Länder Kernwaffen anzuwenden. Die Errichtung kernwaffenfreier Zonen sei für sich genommen sinnlos, wenn nicht zuerst das Schlüsselproblem der Nichtanwendungsverpflichtung gelöst werde.

— China entwickle Kernwaffen nur im Angesicht der nuklearen Bedrohung seitens der

beiden Supermächte. Der chinesische Kurs sei: „Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen . . . Bis zur Verwirklichung des allseitigen Verbots und der restlosen Vernichtung von Kernwaffen können wir keineswegs auf die notwendige Verteidigung verzichten.“

— Das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen — all das betrifft den Frieden und die Sicherheit aller Staaten der Welt. Bei einer solchen wichtigen Frage müssen daher *alle* Staaten, ob groß oder klein, ob sie Kernwaffen besitzen oder nicht, das gleiche Mitspracherecht haben. Zu keiner Zeit werde China sich damit einverstanden erklären, hinter dem Rücken der Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, an den Verhandlungen der nuklearen Mächte über eine angebliche Kernabrüstung teilzunehmen. China besitze wenige Kernwaffen, es werde aber niemals dem sogenannten „Klub der Nuklearmächte“ beitreten. Statt dessen befürworte es die Einberufung einer Weltkonferenz, an der die Regierungschefs aller Länder teilnehmen sollten.

Der sowjetische Vorschlag auf Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz sei abzulehnen, da eine solche Institution unvermeidlich zu einem Permanenz-Klub würde, wo ins Endlose diskutiert wird, ohne daß wesentliche Probleme eine Lösung finden. Internationale Abrüstungsverhandlungen seien schon seit vielen Jahren im Gange. Unzählige Konferenzen seien abgehalten und unzählige Deklarationen, Erklärungen und Abkommen publiziert worden. All diese Resolutionen aber seien nichts anderes gewesen als ein Fetzen Papier, mit dem die zwei Supermächte die öffentliche Meinung der Welt hinters Licht zu führen trachteten. Es sei an der Zeit, diese unrühmliche Situation zu beenden und endlich klare Schritte zu unternehmen. Die beiden Supermächte sollten deshalb vor der Weltöffentlichkeit die Verpflichtung übernehmen: Erstens zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen einzusetzen und zweitens alle Streitkräfte aus dem Ausland zurückzuziehen und alle Militärbasen, insbesondere die Kernwaffenstützpunkte auf fremden Territorien, zu schleifen ⁶⁶⁾.

„Gerüchte um die chinesisch-sowjetischen Kriegsvorbereitungen“ sind in den letzten Jahren so zahlreich verbreitet — und falsifiziert — worden, daß ich hier keine Eulen nach

⁶⁶⁾ PRu 1972, Nr. 46, S. 7.

Athen tragen möchte. Nach 1969 hat hier Salisbury mit seinen Thesen die Konjunktur ausgenutzt, von denen sich bisher keine einzige bewahrheiten konnte. Erst in den letzten Tagen wiederum hat ferner der „Daily Telegraph“ eine ausführliche „Dokumentation“ zu systematischen Kriegsvorbereitungen Moskaus gegen China vorgelegt, die angeblich aus „erster Hand“ in Moskau stammen. Was meine Arbeit anbelangt, so glaube ich, mit der Erörterung der sich gegenüberstehenden Truppen sowie der neuen chinesischen Strategie der „Abwehr auf zwei Beinen“ (Volkskrieg und Nuklearkrieg) die Probleme genügend umrissen zu haben.

Auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der KPCh-Führung und ihre möglichen Auswirkungen führen allzusehr aufs Gebiet der Spekulation; denn nirgends lassen sich offiziell niedergelegte Verlautbarungen finden, in denen sich ein innerelitärer Meinungskonflikt zu Fragen des sino-sowjetischen Verhältnisses manifestiert. Ich könnte höchstens die verschiedenen Optionen erläutern, die China langfristig zur Verfügung stehen. Eine so allgemein und breitangelegte Erörterung aber widerspräche dem Charakter der von mir vorgelegten Arbeit, die ja gerade auf harten Fakten basiert und insofern die nüchterne Grundlage für evtl. Höhenflüge der Phantasie abgibt.

IV. China — Sowjetunion: Zukunftsperspektiven

In den vorausgehenden drei Abschnitten wurden hauptsächlich die *Erscheinungsformen* erfaßt, in denen sich die sino-sowjetische Feindschaft äußert.

Zum Schluß soll nun noch der Frage nachgegangen werden, wie sich das Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten in nächster Zukunft voraussichtlich weiterentwickelt. Dazu ist es nötig, wenigstens stichwortartig eine Gesamtschau des Konflikts seit 1949 zu geben; denn gerade aus chinesischer Sicht ist die Vergangenheit der beste Lehrer für die Zukunft.

Zwei große Erfahrungsbereiche sind es, aus denen der chinesische Entschluß, mit den Sowjets eine Politik des „Brinkmanship“ (d. h. des „Bis-an-den-Rand-Gehens“) zu treiben, auch in Zukunft Nahrung erhalten könnte.

Der erste Bereich läßt sich unter dem Titel „unbewältigte Vergangenheit“, der zweite unter der Überschrift „unbewältigte Gegenwart“ wiedergeben.

1. „Unbewältigte Vergangenheit“

Bis zum Jahre 1968, das als bisher wichtigste Zäsur im sino-sowjetischen Verhältnis gelten darf, hat Moskau aus der Sicht Pekings eine Reihe von ideologischen und strategischen Sünden begangen, deren Register hier kurz dargestellt sei:

a) Zwischen 1949 und 1956:

Als die chinesischen Kommunisten 1949 auf dem Festland siegten, hatten sie in der sich gerade herausbildenden bipolaren Globalstruktur keine andere Möglichkeit, als sich

dem Sowjetlager zuzuneigen — und dies, obwohl Stalin stets auf einen Sieg Chiang Kaisheks gesetzt und überdies durch den Komintern-Apparat den Führungsanspruch Mao Tse-tungs viele Jahre hindurch in Frage gestellt hatte.

In seiner damals noch schwachen Position mußte China zahlreiche Opfer auf sich nehmen; so die — angesichts der überwältigenden Stärke Moskaus — beinahe „ungleichen“ Verträge von 1950, die gewaltigen Folgelasten der sowjetischen „Hilfe“ im Koreakrieg, die innenpolitischen Belastungsproben angesichts sowjetischer Spaltungsversuche (Kao Kang) und schließlich auch Demütigungen im Zusammenhang mit den immer wieder hinausgezogenen Vertragsversprechen von 1950 (Rückgabe Port Arthurs und Dairens sowie der Mandschurischen Eisenbahnen).

b) 1956—1968:

Nach dem Tode Stalins nahm zwar das politische Gewicht Chinas schnell zu, doch mußte Peking gerade jetzt erfahren, daß Moskau nicht im Geiste des „proletarischen Internationalismus“ handeln, sondern sich in allen wesentlichen Fragen vom wohlverstandenen Eigeninteresse leiten lassen wollte.

— 1956: Moskau verweigert den Chinesen jegliche Einflußnahme auf eine verschärfte Politik gegenüber osteuropäischen Ländern, insbesondere Ungarn (Aufstand 1956).

— 1957: Moskau hält sich nicht an sein Versprechen, die Chinesen bei der Herstellung eigener Atomwaffen zu unterstützen.

— 1958: Keine Quemoy-Hilfe.

— 1959/62: Moskau stellt sich im chinesisch-indischen Grenzkonflikt auf die Seite Neu Delhis.

— 1959: Chruschtschow führt mit Eisenhower Gespräche in Camp David ohne vorherige Konsultation der Chinesen, die bei diesen den Verdacht einer „unheiligen Allianz“ aufkommen lassen.

— 1960: Rückzug aller sowjetischen Techniker von einem auf den anderen Tag, mit der Folge, daß Dutzende von Verträgen zerrissen werden und Hunderte von Projekten als Ruinen zurückbleiben. Schon vorher ungenügende oder zu teure Kapitalhilfe.

Hinzu kamen persönliche Animositäten: Mochten Einmischungsversuche und moskauzentriertes Verhalten unter der „Vaterfigur“ Stalins noch tragbar gewesen sein, so wollten sich die selbstbewußten Chinesen von dem Regime Chruschtschows keine Lehren mehr erteilen lassen. Vor allem die auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU verkündeten neuen Dogmen (Vermeidbarkeit von Kriegen, friedlicher Übergang zum Sozialismus auf „parlamentarischem Weg“, Entstalinisierung) stießen in China auf scharfen Widerspruch.

Peking begann sich daher seit dem Ende der fünfziger Jahre immer mehr vom Einfluß Moskaus zu lösen. Wichtigste Marksteine auf dem Wege zur Unabhängigkeit von Moskau waren die „Politik der Drei Roten Banner“ (Volkskommunenbewegung, Generallinie des sozialistischen Aufbaus, Politik des Großen Sprungs) und der zwischen 1960 und 1963 offen ausgetragene Ideologie-Konflikt, ferner die Entwicklung einer eigenen Kern- und Raketenrüstung (erste Atombombenexplosion 1964), die „sozialistische Erziehungsbewegung“ auf dem Lande, die Verweigerung einer sino-sowjetischen Aktionseinheit im zweiten Indochina-Krieg, der seit 1964 voll angelaufen war, und schließlich die Kulturrevolution, bei der sowjetische Einflüsse u. a. in der Person des Erzrevisionisten Liu Shao-ch'i bekämpft wurden.

Bereits dieses „Sündenregister“ Moskaus hätte wohl ausgereicht, die Atmosphäre zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn auf Jahre hinaus zu vergiften. Die darauf folgende Entwicklung trug zur weiteren Entfremdung beider Mächte bei:

2. „Unbewältigte Gegenwart“

Infolge der dreijährigen Kulturrevolution (1966—1969) hatte China sich außenpolitisch

fast vollständig isoliert. In diesem Zustand der „Vereinsamung“ traten drei Ereignisse ein, die auf Peking so alarmierend wirkten, daß es seither seine Außenpolitik fast ausschließlich von antisowjetischen Kriterien leiten läßt.

— Im August 1968 marschierten sowjetische Truppen in Prag ein.

— Kurze Zeit später folgte die sog. „Breschnew-Doktrin“, deren Inhalt nichts anderes besagt, als daß Moskau aus Gründen des Proletarischen Internationalismus jedem sozialistischen Nachbarvolk gegen eine „revisionistische“ Regierung zu helfen berechtigt sei, notfalls mit Waffengewalt. Diese „Doktrin“ war nicht nur auf Prag, sondern ebensogut auf Peking anwendbar.

— Wie zur Bestätigung dieser bösen Vermutungen kam es dann wenige Monate später zu schweren Grenzauseinandersetzungen am Ussuri und in Sinkiang.

Mit dem Einmarsch in Prag hat sich aus chinesischer Sicht das „sozio-imperialistische“ Wesen der Sowjetunion in aller Klarheit enthüllt. Nach dem chinesischen „Vereinte-Fronten“-Schema gab es nun neben dem wahren sozialistischen Lager, bestehend aus China, Albanien, Nordkorea, Nordvietnam und Rumänien sowie den beiden Zwischenzonen, zwei imperialistische Supermächte, von denen die Sowjetunion sogar die gefährlichere war. Von nun an galt es, eine verschwörerische Zusammenarbeit der beiden Großen zu verhindern, wobei sich eine beschränkte Annäherung an das — wegen seines kapitalistischen Charakters ohnehin dem Untergang geweihte — Amerika als momentan beste Lösung anbot. Die Aufnahme besserer Beziehungen auch zu den Ländern der Zweiten Zwischenzone entsprach der inneren Logik des neuen Kurses.

Das Eigengewicht dieser seit 1968 betriebenen antisowjetischen Isolierungsstrategie ist so groß, daß der einmal eingeschlagene Kurs sich nicht von heute auf morgen ändern läßt.

Ohnehin beharrt Moskau aus der Sicht Pekings ja weiterhin auf dem Plan einer schrittweisen Ausdehnung des sowjetischen Lagers unter Vermeidung eines Weltkriegsrisikos. Vor allem die Südasien-Politik Moskaus (Spaltung Pakistans, der Plan eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien“) und die systematisch betriebene „Seewegestrategie“ sind für Peking sprechende Beweise für das

Fortbestehen der Expansionsabsichten Moskaus. Geht man bei der Frage nach der weiteren Entwicklung des sino-sowjetischen Verhältnisses von der derzeitigen Perzeption der chinesischen Führung aus, so kann es zu einem Tauwetter zwischen beiden Weltmächten nur kommen, wenn zumindest die folgenden drei Voraussetzungen erfüllt sind:

— Moskau läßt sich auf eine befriedigende Grenzregelung sowie auf den Abbau seiner Truppenstärke an der Nordflanke Chinas ein.

— Moskau verzichtet auf Fortsetzung seiner „Seewegestrategie“ und seiner sonstigen Ver-

suche, durch gesteigerte „Zusammenarbeit“ mit den Ländern Südost- und Ostasiens (Japan!) die Sicherheit Chinas sowie sein legitimes Bedürfnis nach Einflußnahme in den Nachbarländern weiterhin zu gefährden.

— Moskau verzichtet auf seine Führungsrolle im Weltkommunismus.

Die seit 1969 laufenden Grenzgespräche sowie das seit 1970 wieder ansteigende Handelsvolumen sind angesichts der riesigen Mauer des Mißtrauens, das zwischen beiden Staaten steht, nur erste Schritte auf einem „Marsch von 10 000 Li“.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China

In den letzten vier Jahren sind die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Verbündeten im euro-amerikanischen Raum und Japan zu den wichtigsten Gesprächs- und Verhandlungspartnern der Volksrepublik China (hinfort: VR China) geworden. Der gegenwärtige außenpolitische Kurs der Pekinger Regierung, der gekennzeichnet wird von einem starken Interesse an der Herstellung allseitiger zwischenstaatlicher Kontakte und von der intensiven Einflußnahme auf die internationale Diplomatie, ist eine Politik der Öffnung zur Welt und damit eine Politik der Westorientierung. Mit ihr hat sich vor allem in Ostasien, aber auch in der Weltpolitik allgemein eine Wende vollzogen, die in ihrer Bedeutung zwei anderen Zäsuren in der Nachkriegsentwicklung des internationalen Staatensystems gleichkommt: dem Eintritt Chinas in die sozialistische Staatenwelt nach der kommunistischen Machtergreifung 1949 und dem faktischen Bruch der Pekinger Führung mit dem sowjetischen Bundesgenossen im Frühjahr 1961.

Aus der Sicht der außenpolitischen Entwicklung der VR China läßt die Politik der Westorientierung die Konturen einer neuen außenpolitischen Konzeption erkennen. Sie scheint sich sowohl nach ihren Motiven und Zielsetzungen als auch nach den Methoden ihrer Verwirklichung erheblich von früheren Vor-

stellungen und Aktionsprogrammen der Pekinger Führung im Bereich der Außenpolitik zu unterscheiden.

Bei dem Versuch, die wichtigsten Charakteristika dieser neuen Konzeption zu erfassen, erweist es sich als sinnvoll, auf die außenpolitischen Grundsatzprogramme Pekings in früheren Jahren zurückzugreifen. Fernab von allen Argumenten, mit denen die Regierung in Peking so legitim wie jede andere Regierung die Konsistenz und Folgerichtigkeit eines gleichwohl recht wechselvollen außenpolitischen Entwicklungsganges zu belegen sucht, bilden sie den analytischen Rahmen, der das Ausmaß des Wandels in der gegenwärtigen Politik der VR China besonders deutlich werden läßt. Mit ihnen können zugleich auch Überlegungen entwickelt werden, die sich bei einer längerfristigen Beurteilung dieser Politik ergeben und das Bild des Wandels kritisch durchleuchten müssen. Zwei solcher Grundsatzprogramme lassen sich im Rückblick auf die Außenpolitik der VR China in den fünfziger und sechziger Jahren unterscheiden: das Programm eines anti-westlichen Bündnisses mit der Sowjetunion sowie das Programm der revolutionären Eigenständigkeit im simultanen Konflikt mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika.

I. Das anti-westliche Bündnis mit der Sowjetunion

Untersucht man die chinesische Außenpolitik in der ersten Dekade nach der Gründung der Volksrepublik, so findet man in ihr drei Grundsätze bestätigt, die der Vorsitzende der KP Chinas, Mao Tse-tung, bereits im Sommer 1949 in einer Gedenkrede zum 28. Jahrestag der Gründung seiner Partei zu den außenpolitischen Leitlinien der zukünftigen Regierung in Peking dargestellt hatte ¹⁾:

1. China werde sich an eine Seite anlehnen, an die Seite der Sowjetunion;

¹⁾ Mao Tse-tung, Über die Diktatur der Volksdemokratie (30. Juni 1949), Berlin (O.) 1952, und auch in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. IV, Peking 1969, S. 437—452.

2. China werde den Kampf gegen den Westen im eigenen Lande und in der internationalen Politik aufnehmen;

3. China werde sich für die Weiterentwicklung der Weltrevolution einsetzen.

Aus der gleichen Rede sowie aus einer Reihe von zeitgenössischen Darlegungen anderer Parteiführer ²⁾ lassen sich die wichtigsten

²⁾ Vgl. u. a. Liu Shao-ch'i, Internationalism and Nationalism (1. November 1948) in: Union Research Institute (Hrsg.), Collected Works of Liu Shao-ch'i, 1945—1957, Hongkong 1969, p. 123—151; und: Ch'en Po-ta, Zur Erinnerung an den 25. Jahrestag des großen Werkes des Genossen Stalin. Das Problem der chinesischen Revolution, in: Jen-min jih-pao (hinfort: JMJP) vom 21. April 1952.

Motive, die zu diesen drei Leitlinien führten, deutlich ablesen. Die chinesischen Kommunisten waren beeindruckt von dem wirtschaftlichen und machtpolitischen Aufstieg Rußlands nach der Oktoberrevolution. In diesem Aufstieg, der Chinas unmittelbaren Nachbarn innerhalb von weniger als dreißig Jahren aus dem Dasein eines innen- und außenpolitisch gelähmten Entwicklungslandes herausgehoben und an die Spitze der Großmächte gestellt hatte, sahen sie ihre eigenen Entwicklungschancen durch die Praxis bereits belegt³⁾.

Die nicht unberechtigte Hoffnung, daß die sowjetische Regierung ein besonderes Interesse an dem sozialistischen Aufbau Chinas und seiner Zusammenarbeit innerhalb der sozialistischen Staatenwelt habe sowie die schwierigen außenpolitischen Existenzbedingungen der VR China rieten zu einem engen Bündnis mit der Sowjetunion. Sie war die stärkste raumnahe Macht in Asien nach der militärischen Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und nach der wenig später erfolgten Auflösung des britischen Kolonialreiches auf dem Indischen Subkontinent. Sie war eine der beiden Führungsmächte im Kalten Krieg zwischen Ost und West und zudem die einzige Großmacht, die noch wirtschaftlich und militärisch wichtige Sonderrechte im Nordosten Chinas genoß⁴⁾. Die Behauptung Mao Tsetungs, die Sowjetregierung sei als einzige bereit, China auf der Grundlage der Gleichheit zu behandeln⁵⁾, war dabei zweifellos mehr eine die chinesische Bündnispolitik motivierende Hoffnung als eine historisch belegbare Tatsache.

Diese Hoffnung konnte sich aus chinesischer Sicht vor allem darauf gründen, daß es zwischen den zukünftigen Bündnispartnern eine alle nationalen Gegensätze der Vergangenheit überwölbende ideologische Interessengemeinsamkeit gab. Diese ideologische Gemeinsamkeit stellte einen eigenständigen Faktor in der chinesischen Option für die Sowjetunion dar⁶⁾. Ihr wohnte von vornherein die antiwestliche Komponente des ersten außenpolitischen Programms der Pekingener Regierung inne. Sie erklärte sich zugleich auch aus dem wesentlich tiefergehenden anti-westlichen Af-

fekt, den Kolonialismus, Imperialismus und kultureller Expansionismus der europäischen Mächte im 19. und frühen 20. Jahrhundert in China bewirkt hatten⁷⁾. Zu diesem ideologisch-emotionalen Aspekt trat die praktischpolitische Tatsache der amerikanischen Präsenz im Westpazifik⁸⁾. Sie wurde von der Pekingener Regierung nicht zuletzt deshalb als bedrohlich angesehen weil die Rückkehr der vor den Kommunisten nach Taiwan geflohenen nationalchinesischen Truppen auf das Festland und das Wiederaufflammen des chinesischen Bürgerkriegs wesentlich von der Frage der amerikanischen Unterstützung für die Regierung Chiang Kai-sheks abhing.

Während ideologische und pragmatische Gesichtspunkte gleichermaßen die Bündnispolitik gegenüber der Sowjetunion und die Konfrontationspolitik gegenüber den USA und ihren Bündnispartnern bestimmten, war das revolutionäre Engagement der Pekingener Regierung ausschließlich durch die Ideologie motiviert. Ihm lag die später durch die Praxis falsifizierte Hypothese zugrunde, daß der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Entkolonialisierungsprozeß in Asien direkt in eine die Weltrevolution fortsetzende Entwicklung geleitet werden könne. Dabei nahm man an, daß die kommunistischen Bewegungen innerhalb der entkolonialisierten Staaten die reale Chance hätten, schon in der Phase der Nationalstaatwerdung ihrer Länder die politische Führungsrolle zu übernehmen. Die revolutionären Erfahrungen in China hatten bei diesem Gedankengang deutlich Pate gestanden⁹⁾.

Die außenpolitischen Ziele, die sich die Pekingener Regierung in den ersten Jahren ihrer Herrschaft gesetzt hatte, können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

In erster Linie ging es der chinesischen Führung um die außenpolitische Absicherung des Landes, die mit der Unterzeichnung eines klassischen Verteidigungsbündnisses am 14. Februar 1950 in Moskau vollzogen wur-

⁷⁾ Vgl. Ssu-yü Teng (Teng Ssu-yü) und John K. Fairbank (Hrsg.), *China's response to the West. A documentary survey 1839—1923*, Cambridge/Mass. 1954; Wolfgang Franke, *Das Jahrhundert der chinesischen Revolution. 1851—1949*, München 1958; Chow Tse-tsung, *The May Fourth Movement*, Cambridge/Mass. 1960.

⁸⁾ Vgl. Tang Tsou, *America's Failure in China, 1941—1950*, 2 Bde., Chicago 1969, Bd. 2, S. 494—551.

⁹⁾ Vgl. die Rede Liu Shao-ch'is zur Eröffnung des Gewerkschaftskongresses Asiens und Australiens am 16. November 1949 in Peking, in: *Union Research Institute (Hrsg.), Collected Works . . .*, op. cit., S. 175—182.

³⁾ Vgl. Mao, *Über die Diktatur . . .*, op. cit., S. 6.

⁴⁾ Vgl. den Text des sowjetisch-chinesischen Vertrages vom 14. August 1945, in: *Das Ostpaktsystem. Dokumentensammlung von Boris Meissner*, Frankfurt a. M. 1955, S. 185 f.

⁵⁾ Mao, *Über die Diktatur . . .*, op. cit., S. 9 und 12.

⁶⁾ Ebenda.

de¹⁰⁾. Der hohe Stellenwert dieses Bündnisses für die chinesische Seite wird besonders durch die Tatsache deutlich, daß der Vertragsabschluß nicht mit einer sofortigen Ablösung der sowjetischen Sonderrechte einherging, sondern diese nur in Aussicht stellte. Auch die Anerkennung der Souveränität der Äußeren Mongolei, die von keiner chinesischen Regierung jemals freiwillig geleistet worden ist, mußte die VR China als Opfer bringen.

Das zweite Ziel lag in der Durchsetzung der völligen Unabhängigkeit des Landes. Sie schien den chinesischen Kommunisten nur dadurch realisierbar zu sein, daß sich China von westlichen Einflüssen jeder Art lossagte und seine diplomatische Kooperationsbereitschaft mit den westlichen Staaten an die Aufgabe aller von Peking als imperialistisch empfundenen Positionen knüpfte¹¹⁾.

Das Ziel einer Kommunisierung der Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft der VR China unterstrich das Unabhängigkeitsstreben der chinesischen Kommunisten nochmals auf einer anderen Ebene¹²⁾.

Eine Zielvorstellung, die nach dem Übergang der KP Chinas von einer revolutionären Aufstandsbewegung zu einem allein durch die Tatsache der Machtergreifung legitimierten Herrschaftsträger hätte erwartet werden können, fehlte hingegen: die Zielvorstellung der universellen diplomatischen Kontaktaufnahme. Hierin ist wohl der entscheidende Grund dafür zu sehen, daß die Forderung nach internationaler Anerkennung der Pekinger Regierung über fast zwei Jahrzehnte hindurch bei der Mehrzahl der Regierungen in der Welt kein Gehör fand.

Weder die Theorie noch die Praxis der chinesischen Außenpolitik ließen die Diplomatie und die zwischenstaatliche Kontaktpflege als einen Wert oder ein sich selbst tragendes außenpolitisches Interesse erscheinen. Beides maßen die chinesischen Kommunisten allein jener angeblich im Verhältnis der sozialistischen Staaten untereinander herrschenden besonderen Form des Parteikontaktes zu, dem Proletarischen Internationalismus¹³⁾. Ein Blick auf den Entwicklungsgang, den die Au-

ßenpolitik der VR China vom Herbst 1949 bis zum Frühjahr 1961 nahm, läßt dies im einzelnen deutlich werden. Die dabei gewählte Systematik geht von einem jeweils erkennbaren oder auch offiziell proklamierten Kurswechsel der Pekinger Regierung aus und unterscheidet vier Entwicklungsphasen¹⁴⁾:

Die *erste Phase* umfaßt den Zeitraum von der Gründung der Volksrepublik im Oktober 1949 bis zum Jahresende 1951 und wird gekennzeichnet von einer Politik des Primats der Weltrevolution¹⁵⁾. Die chinesischen Kommunisten übernahmen die Aufgabe, ihre revolutionären Erfahrungen an die kommunistischen Parteien und Aufstandsbewegungen des südost- und ostasiatischen Raumes weiterzugeben und die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf gegen die alten Kolonialmächte oder aber die neuen nationalen Führer ihrer Länder zu stärken. Sie folgten damit der 1947 beschlossenen Linie des Kommunistischen Informationsbüros, nach der es den kommunistischen Parteien der westlichen Industrieländer oblag, für die Erhaltung des Friedens auf der Grundlage des Anti-Amerikanismus zu kämpfen, die kommunistischen Bewegungen in Asien hingegen den bewaffneten Kampf aufnehmen sollten. Diese von Stalin und seinen Mitarbeitern ersonnene Strategie schloß die diplomatische Zusammenarbeit mit den bürgerlich-nationalen Regierungen der entkolonialisierten Staaten aus und bedeutete gleichzeitig die Eröffnung einer neuen Front des Kalten Krieges in Asien, nachdem sich die Konfrontation zwischen Ost und West in Europa verfestigt hatte.

In Korea begann im Sommer 1950 an dieser neuen Front die direkte militärische Offensive¹⁶⁾. Als die chinesische Regierung im Herbst des gleichen Jahres umfangreiche Truppenverbände auf den koreanischen

¹⁰⁾ Vertragstext in: Das Ostpaktsystem, op. cit., S. 166—169.

¹¹⁾ Vgl. Mao, Über die Diktatur..., op. cit., S. 5—8 u. S. 12 f.

¹²⁾ Dazu: J. H. Brimmell, Communism in South East Asia. A Political Analysis, London 1959.

¹³⁾ Vgl. Mao, Über die Diktatur..., op. cit., S. 9.

¹⁴⁾ So unterscheidet auch Harold C. Hinton, Communist China in World Politics, Boston 1966.

¹⁵⁾ Vgl. ebenda und: Brimmell, Communism..., op. cit., S. 252—257.

¹⁶⁾ Zum Ausbruch und zur Entwicklung des Korea-Krieges siehe u. a.: Max Beloff, Soviet Policy in the Far East, 1944—1951, London 1956; D. J. Dallin, Soviet Foreign Policy After Stalin, London 1960; Department of State, United States Policy in the Korean Crisis, Washington, D. C. 1950; John Gittings, The Role of the Chinese Army, Oxford 1967; Leland M. Goodrich, Korea. A Study of US Policy in the United Nations, New York 1956; Allen S. Whiting, China Crosses the Yalu. The Decision to Enter the Korea War, New York 1960; zum Kriegseintritt der VR China auch: Chow Ching-wen, Ten Years of Storm, New York 1960, und Carsun Chang, Third Force in China, New York 1952.

Kriegsschauplatz entsandte, um eine Vernichtung des kommunistischen Regimes im Norden Koreas durch die amerikanischen und UN-Interventionstruppen zu verhindern, war diese Offensive längst gescheitert. Für die nichtkommunistische Weltöffentlichkeit schien jedoch festzustehen, daß Mao Tse-tung quasi ein Statthalter Stalins, das kommunistische China nicht weniger gefährlich als die Sowjetunion sei.

Die sowjetisch-chinesischen Bundesgenossen sahen sich damit in der internationalen Diplomatie isoliert, ohne daß eine Aussicht bestand, die mit einer Übernahme Südkoreas erhoffte Abrundung des kommunistischen Herrschaftsbereiches auf dem asiatischen Kontinent durchsetzen zu können. Hinzu trat die Einsicht, daß die chinesische Revolutionsstrategie in den meisten anderen asiatischen Ländern vorläufig keinen Erfolg hatte¹⁷⁾. Beide Bündnispartner waren sich deshalb einig, daß eine außenpolitische Kurskorrektur durchzuführen sei. Auf chinesischer Seite kündigte sich diese Kursberichtigung im Herbst 1951 an, als die Pekinger Führung begann, die ultralinke Linie des bewaffneten Aufstandes zu kritisieren¹⁸⁾. Der an die kommunistischen Parteien gerichtete Aufruf, die Annäherung an die bürgerlich-nationalen Kräfte ihrer Länder zu suchen und möglichst mit ihnen Koalitionsregierungen zu bilden, fand fast gleichzeitig auf der diplomatischen Ebene der chinesischen Außenpolitik seine Entsprechung.

Eine *zweite Phase*, in der die sogenannte Politik der friedlichen Koexistenz eingeleitet wurde¹⁹⁾, setzte mit der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen in Korea ein. Von 1952 bis 1954 gelang es mit dieser neuen Politik nicht nur, den Korea-Krieg zu liquidie-

ren, sondern auch, einen Frieden in Indochina auszuhandeln²⁰⁾. Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai wurde trotz der diplomatischen Isolierung seines Landes zu einem geachteten Verhandlungspartner des Westens und zur gleichen Zeit auch ein hochwillkommener Gast in Indien²¹⁾. In einem ersten Vertrag zwischen der VR China und der Indischen Union wurden im Frühjahr 1954 die Prinzipien dessen festgelegt, was die Politik der friedlichen Koexistenz beinhalten sollte²²⁾: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; gegenseitigen Nichtangriff; gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes; Gleichberechtigung und Streben nach gemeinsamen Nutzen; und friedliche Koexistenz.

Der Hinwendung der chinesischen Außenpolitik zur Methode der zwischenstaatlichen Verhandlung und der Diplomatie in der Zeit von 1952 bis 1954 folgte in den Jahren 1955 bis zum Herbst 1957 eine weitere, *dritte Phase*. Jetzt sollte sich die Politik der friedlichen Koexistenz voll entfalten.

Ein erster Anlaß zur Intensivierung der chinesischen Diplomatie bot sich mit der Solidaritätskonferenz afro-asiatischer Staaten in Bandung im Frühjahr 1955, auf der es Chou En-lai gelang, manche Vorbehalte und Befürchtungen kleinerer asiatischer Staaten hinsichtlich des revolutionären Engagements der VR China zu zerstreuen²³⁾. Hier sprach Chou nicht nur Einladungen zum Besuch der Volksrepublik aus, sondern zum ersten Male auch von der Bereitschaft seiner Regierung, auf dem Verhandlungswege nach Möglichkeiten der

²⁰⁾ Text der Vereinbarungen in: Europa-Archiv, Bonn 1954, S. 6822—6828.

²¹⁾ Die Indische Union war eines der ersten Länder gewesen, die die VR China diplomatisch anerkannten. Trotz seiner Vermittlungsbemühungen während des Korea-Krieges galt Premierminister Nehru in Peking als „Handlanger des Imperialismus“, bis im Frühjahr 1954 die ‚Freundschaft und brüderliche Verbundenheit‘ zwischen Indien und China beschlossen wurden.

²²⁾ Text des Vertrages in: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 1: Süd- und Ostasien, bearbeitet vom Institut für Asienkunde, Bd. XII/1 der Schriften des Instituts für Asienkunde Hamburg, Frankfurt a. M., Berlin 1962, S. 80—83.

²³⁾ Vgl. dazu George McTurnan Kahin, *The Asian-African Conference*, New York 1956, passim, und R. Soerjono Wiriatmodjo, *Der Gedanke der Blockfreiheit in Südostasien. Geschichte und Deutung der Solidaritätskonferenzen der Colombo-Staaten 1954 bis 1961*, Hamburg 1964; Abschlußkommunique der Bandung-Konferenz, in: *Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, Dokumente*, hrsg. vom Staatsverlag der DDR, Berlin (O) 1968, S. 51—60.

¹⁷⁾ Zum Scheitern der kommunistischen Aufstandsbewegungen in Südostasien siehe: Brimmell, *Communism . . .*, op. cit., S. 294—377, und Ruth McVey, *The Southeastasian Revolts*, in: Cyril E. Black und Thomas P. Thornton (Hrsg.), *Communism and Revolution. The Strategic Uses of Political Violence*, Princeton 1964, S. 145—184.

¹⁸⁾ Vgl. Brimmell, op. cit., S. 312 f.

¹⁹⁾ Zum chinesischen Koexistenzbegriff vgl. den 6. Kommentar des Zentralkomitees der KP Chinas zum Offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU vom 12. Dezember 1963 (hinfort: Kommentar): Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz (12. Dezember 1963), Broschüre, Peking 1963, und auch in: „The Polemic on the General Line of the International Communist Movement, Peking 1965, S. 259—301; vgl. auch Jürgen Domes und Marie-Luise Näth, *Die Außenpolitik der Volksrepublik China. Eine Einführung. Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik*, Bd. 7, Düsseldorf 1972, S. 26 f.

Entspannung im chinesisch-amerikanischen Verhältnis zu suchen. Wenig später kamen die chinesisch-amerikanischen Verhandlungen in Form von regelmäßigen Botschaftergesprächen tatsächlich zustande.

Die VR China öffnete sich jetzt dem Ausland. Gleichzeitig bot sich die Pekinger Regierung als ein neuer Partner auf verschiedenen Gebieten der internationalen Zusammenarbeit an. Auch gegenüber dem in Taiwan residierenden Rivalen der Pekinger Regierung wurde zu erkennen gegeben, daß es Wege einer friedlichen Wiedervereinigung gäbe.

In all diesen Initiativen sahen die chinesischen Kommunisten keinen Widerspruch zu ihrem erklärten Grundsatz, den kapitalistisch-imperialistischen Westen bekämpfen und für die Weiterentwicklung der Weltrevolution arbeiten zu wollen. Peking erfüllte damit seine Bündnispflicht gegenüber der Sowjetunion, deren Führer seit dem Tode Stalins in wachsendem Maße nach Wegen zur Entspannung im Verhältnis zur westlichen Welt suchten²⁴⁾. Die diplomatischen Aktivitäten der VR China in Asien entsprachen dem Bemühen Moskaus, die diplomatischen Kontakte mit verschiedenen Ländern dieses Kontinents aufzubauen und zu festigen. Allerdings war nach Ansicht der chinesischen Bundesgenossen zum Herbst 1957 der Zeitpunkt für eine neuerliche Wende gekommen, denn eine langfristige außenpolitische Strategie hatten sie mit der Politik der friedlichen Koexistenz nicht beabsichtigt²⁵⁾.

Die vierte Phase der chinesischen Außenpolitik im Bündnis mit der Sowjetunion, die den Zeitraum vom Herbst 1957 bis zum Frühjahr 1961 umfaßt, sollte nach den ursprünglichen Vorstellungen Mao Tse-tungs von einer neuen Offensive der sozialistischen Staatenwelt gegenüber dem imperialistischen Lager gekennzeichnet sein. Der chinesische Parteivorsitzende ging in dieser Vorstellung von der Annahme aus, daß der Sozialismus mit dem damals ersten erfolgreichen Start eines sowjetischen Erdsatelliten, mit der numerischen Stärke der sozialistischen Völker sowie mit der wachsenden Zahl von Sym-

pathisanten unter den um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völkern in der Welt eine klare Überlegenheit über den Imperialismus gewonnen habe. Sie sollte nun zum Einsatz gebracht werden²⁶⁾. Die Sowjetregierung widersprach dieser Lageeinschätzung und bestand auf der Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, die knapp eineinhalb Jahre zuvor auf dem XX. Parteitag der KPdSU zur Generallinie der sowjetischen Außenpolitik erklärt worden war²⁷⁾. Die Wende, die sich in der chinesischen Außenpolitik dennoch vollzog, vermochte zwar nicht in eine Offensive überzuleiten, aber sie bedeutete die Abkehr von der Politik der friedlichen Koexistenz. Die Kanonade auf die nationalchinesische Insel Quemoy im Herbst 1958²⁸⁾ und der Beginn offener Grenzauseinandersetzungen zwischen der VR China und der Indischen Union im darauffolgenden Jahr²⁹⁾ ließen neben militant-aggressiv klingenden Propaganda-Erklärungen und ersten Streitschriften an die sowjetische Adresse diese Abkehr klar erkennen³⁰⁾.

Aus der Retrospektive läßt sich sagen, daß die zentrale Bedeutung des neuerlichen Kurswechsels weniger in den Rückwirkungen auf jenen Teil der Welt lag, mit dem sich die chinesischen Kommunisten verfeindet sahen, als vielmehr auf die Staatenwelt und die Macht, mit der sie sich verbündet hatten. Vor die Wahl gestellt, dem eigenen außenpolitischen Grundsatzprogramm oder aber dem des sowjetischen Bundesgenossen zu folgen, war eine erste Entscheidung gegen die Sowjetunion gefallen und gleichzeitig das Kernstück dieses Grundsatzprogramms, das sowjetisch-chinesische Bündnis, in Frage gestellt worden.

²⁴⁾ Vgl. Malcolm Mackintosh, Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik, Stuttgart 1963, S. 103—115; und Domes/Näth, Die Außenpolitik..., op. cit., S. 55 f.

²⁵⁾ Vgl. den 6. Kommentar des ZK der KP Chinas, op. cit.; zum sowjetischen Koexistenzbegriff siehe W. N. Jegorow, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Moskau 1971, deutsch: Berlin (O) 1972.

²⁶⁾ Vgl. Maos Rede vor einer Gruppe chinesischer Studenten in Moskau am 17. November 1957, in der er davon sprach, daß der „Ostwind“ gegenwärtig stärker sei als der „Westwind“ und daß den sozialistischen Ländern mit einer Milliarde Menschen und etwa 700 Millionen Sympathisanten in den entkolonialisierten Ländern nur noch der Widerstand von 400 Millionen Menschen in den imperialistischen Staaten gegenüberstünde. In: JMJP, 20. November 1957; engl. in: Survey of China Mainland Press, Hongkong, Nr. 1656, 21. November 1957.

²⁷⁾ Dazu Donald S. Zagoria, Der chinesisch-sowjetische Konflikt, 1956—1961, München 1964, S. 175 bis 196; und Mackintosh, Strategie und Taktik..., op. cit., S. 145 f.

²⁸⁾ Vgl. Zagoria, op. cit., S. 227—250, und Hinton, Communist China..., op. cit., S. 258—272.

²⁹⁾ Vgl. ebenda, S. 273—281.

³⁰⁾ Dazu: Zagoria, Der chinesisch-sowjetische Konflikt..., op. cit., S. 333 f.

Unter einer Vielzahl von Anzeichen bleiben die von chinesischer Seite referierten Worte des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1961 dafür das markante-

ste Signal. Chruschtschow gab Chou En-lai damals die Versicherung mit auf den Weg nach Peking zurück, daß die Sowjetunion ihren eigenen Weg gehen werde, ob mit oder ohne China³¹⁾.

II. Revolutionäre Eigenständigkeit im simultanen Konflikt mit der Sowjetunion und den USA

Chronologie und Polemik des sowjetisch-chinesischen Konflikts zeigen, daß die Pekinger Führung in der zweiten Dekade ihrer Herrschaft erst allmählich und mehr im Zugzwang einer sich mit dem Konflikt entwickelnden Eigendynamik als in bewußter Zielstrebigkeit zu einer veränderten außenpolitischen Konzeption gelangte³²⁾. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn man die Motive und Ziele eines in sich geschlossenen Grundsatzprogrammes sowie die Methoden seiner Verwirklichung in der praktischen Politik erkennen will. Die chinesischen Kommunisten wollten im Grunde ihren Bündnispartner nicht verlieren, sie waren jedoch andererseits nicht bereit, einem drohenden Bruch mit der Sowjetunion aus dem Wege zu gehen. So hätten die drei Grundsätze, die sich aus den umfangreichen Streitschriften der KP Chinas in den Jahren 1963/64 zur Charakterisierung ihrer außenpolitischen Plattform herauskristallisieren lassen³³⁾, aus chinesischer Sicht durchaus eine Basis der Einigung mit der Sowjetunion darstellen können, auch wenn in ihnen die außenpolitische Alternative der revolutionären Eigenständigkeit der VR China im simultanen Konflikt mit den beiden Weltmächten deutlich zu Tage trat. Die chinesischen Kommunisten forderten, daß

1. dem Kampf gegen die kapitalistisch-imperialistischen Staaten, gegen den Westen also, der Vorrang vor konfliktdämpfenden Vereinbarungen gegeben werden müsse;

2. dem erkennbaren und zu erwartenden Umwälzungsprozeß in den unterentwickelten Kontinenten Asien, Afrika und Lateinamerika das Hauptinteresse der sozialistischen Staa-

ten, den Fragen des Übergangs zum Sozialismus in den westlichen Industriestaaten hingegen erst an zweiter Stelle Aufmerksamkeit geschenkt werden solle;

3. parallel mit dem Kampf gegen den Imperialismus der Kampf gegen den Revisionismus im eigenen Lager zu führen, also ein Kampf an zwei Fronten gleichzeitig aufzunehmen sei³⁴⁾.

In den ersten beiden Forderungen spiegelten sich zwar alte, jedoch jetzt mit stärkerer Dringlichkeit vorgebrachte Anliegen der chinesischen Außenpolitik wider.

Zu den sie anfänglich motivierenden Faktoren war die doppelte Erfahrung getreten, daß es zwischen der VR China und den USA keine beide Seiten befriedigende Entspannungsmöglichkeit gab und daß die revolutionären Veränderungschancen in der Nachkriegswelt wesentlich von den Lagebedingungen in Europa, von den hier herrschenden Konflikten und den hier gebotenen diplomatischen Rücksichtnahmen bestimmt wurden³⁵⁾.

In ihren Gesprächen mit der amerikanischen Regierung war der Pekinger Führung deutlich geworden, daß die USA aller Wahrscheinlichkeit nach keine direkten Aggressionspläne gegen die VR China hegten und daß auch eine indirekte Aggression über die Ermutigung einer nationalchinesischen Offensive gegen das chinesische Festland nicht zu erwarten war³⁶⁾. Ebenso deutlich war ihr je-

³¹⁾ Vgl. den ersten Kommentar: Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns (6. September 1963), Peking 1963, S. 73.

³²⁾ Vgl. Zagoria, Der chinesisch-sowjetische Konflikt . . . , *op. cit.*, *passim*, und auch William E. Griffith, Sino-Soviet Relations 1964—1965, Cambridge/Mass., London 1967, *passim*.

³³⁾ Die wichtigsten Streitschriften sind zusammengefaßt in: The Polemic on the General Line . . . , *op. cit.*

³⁴⁾ Vgl. Punkt 23 des 25-Punkte-Vorschlages der chinesischen Kommunisten zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, in: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (30. März 1963), Peking 1963, S. 58—62.

³⁵⁾ Vgl. dazu den 4. Kommentar: Die Verfechter des Neuen Kolonialismus (22. Oktober 1963), Peking 1963.

³⁶⁾ Vgl. dazu das Verteidigungsabkommen zwischen den USA und der nationalchinesischen Regierung vom Dezember 1954, durch das Chiang Kai-shek faktisch die Entscheidung über einen eigenmächtigen Angriff auf die VR China verlor und das sowohl in der Intention als auch in der Praxis der Erhaltung des Status quo in Ostasien dienen sollte.

doch auch geworden, daß an der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der VR China und an der Entschlossenheit Washingtons, den Status quo in Südost- und Ostasien durch die eigene militärische Präsenz sicherzustellen, nicht gerüttelt werden konnte.

In der Frage Vietnams, für deren endgültige Lösung nach der Genfer Vereinbarung von 1954 im Jahre 1956 gesamtvietnamesische Wahlen vorgesehen waren, sah Peking einen unmittelbaren Anlaß, gegen das europazentrierte Weltgeschehen zu protestieren. Denn hier hatten die USA eine Vereinbarung übergegangen, ohne daß dadurch das Verhältnis zu dem entspannungswilligen sowjetischen Gegner sonderlich getrübt wurde. Chruschtschow sympathisierte sogar eher mit dem Gedanken einer Befestigung der Spaltung Vietnams als mit der Möglichkeit, wiederum einen nationalen Befreiungskampf aufzuzünden (37).

Dies war nach Ansicht der chinesischen Kommunisten nur ein Beispiel von vielen, die zeigten, daß vor dem Hintergrund des auf Europa konzentrierten Gegensatzes der beiden Weltmächte das Schicksal außereuropäischer Völker zum Verhandlungsobjekt degradiert wurde.

Die Forderung nach der Aufnahme des Zwei-Fronten-Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus zugleich enthielt theoretisch die Möglichkeit einer gemeinsamen sowjetisch-chinesischen Abkehr vom Weg der Entspannung. Praktisch bedeutete sie den außenpolitischen Kampf Pekings gegen die USA und die Sowjetunion gleichzeitig, solange sich die sowjetische Politik nicht änderte. Drei Motivketten müssen bei der Analyse dieser Forderung, mit der die Sowjetunion aus chinesischer Sicht jetzt zumindest auf Zeit eine ähnliche, wenngleich zweitrangige Feindqualität annahm, wie sie für die USA gegeben war, unterschieden werden:

1. Die chinesischen Kommunisten standen in Opposition zu einer Reihe theoretischer und praktisch-politischer Neuerungen, die von drei Parteitagungen der KPdSU in fortlaufender Weiterentwicklung während der Amtszeit Chruschtschows beschlossen worden waren. Soweit sie den außenpolitischen Bereich betrafen, zog die KP Chinas aus ihnen die Schlußfolgerung, daß in der sowjetischen Po-

37) Chruschtschow erwog zeitweilig, die Aufnahme beider vietnamesischen Teilstaaten in die UN zu betreiben. So Hinton, *Communist China*..., op. cit., S. 338.

litik der revolutionäre Kampfgeist einem reinen Machtstaatdenken gewichen war (38).

2. Die Pekinger Regierung war nicht ganz zu Unrecht unzufrieden mit den außenpolitischen Ergebnissen, die das Bündnis mit der Sowjetunion bisher eingetragen hatte: Der Moskauer Regierung war es in den ersten Monaten des Bündnisses nicht gelungen, den Einzug der Pekinger Regierung in die UN durchzusetzen (39). Im Verlaufe der diplomatischen Verhandlungen über die Beilegung des Korea-Krieges gab sie ihre Bemühungen um die UN-Repräsentation der VR China praktisch auf (40).

Die gescheiterte Offensive in Korea hatte überdies im Vergleich mit der Sowjetunion die größten Nachteile für Peking gebracht: die Wende von der zunächst wesentlich ideologischen zur praktisch-politischen Konfrontation mit den USA, die von nun an die Chiang Kai-shek-Regierung massiv unterstützten und die militärische Kontrolle über die Taiwan-Straße ausübten (41), die Gründung des anti-chinesischen SEATO-Paktes (42) und nicht zuletzt auch eine außerordentlich hohe Zahl an Verlusten im Korea-Krieg (43).

Die sowjetische Regierung hatte der chinesischen Seite jede Unterstützung bei dem Versuch einer militärischen Eroberung Taiwans versagt (44) und setzte sich damit nicht anders

38) Diese Schlußfolgerung zogen die chinesischen Kommunisten vor allem aus drei neuen sowjetischen Positionen: 1. aus der Annahme der Vermeidbarkeit von Kriegen, 2. aus der Einsicht in die langfristige Notwendigkeit einer Politik der friedlichen Koexistenz sowie 3. aus der These vom Vorrang des ideologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs in den internationalen Beziehungen.

39) Von zeitgenössischen Beobachtern wurde damals bezweifelt, daß die Sowjetunion tatsächlich an dem Einzug der VR China in die UN und an ihrer Ausstattung mit dem Veto-Recht im Sicherheitsrat interessiert war. So u. a. Jean Chauvel in einem Artikel im „Manchester Guardian“ vom 13. Juni 1950.

40) Vgl. Whiting, *China Crosses the Yalu*, op. cit., S. 74 u. 102 f.

41) Text der Erklärung von Präsident Truman zum Ausbruch des Korea-Krieges am 27. Juni 1950, in: Department of States, *United States Policy*..., op. cit., S. 18.

42) Die Gründung der SEATO stand allerdings auch in engem Zusammenhang mit dem Indochina-Krieg und wurde von der amerikanischen Regierung gleichzeitig mit dem Boykott gegenüber der Genfer Konferenz über Indochina betrieben.

43) Nach amerikanischer Darstellung belief sich die Zahl der chinesischen Verluste auf 900 000. Vgl. „Survey of International Affairs“, London 1953, S. 210.

44) Vgl. die von Zagoria zusammengestellte Dokumentation zur Haltung der Sowjetregierung während der Quemoy-Krise, in: *Der chinesisch-sowjetische Konflikt*..., op. cit., S. 238—247.

als die USA für die Erhaltung des territorialen Status quo in Ostasien ein. Zu all dem trat die Enttäuschung über die sowjetische Entwicklungshilfe für China, die weniger reichlich floß, seit die Moskauer Regierung um die Gunst einer Reihe nichtkommunistischer Staaten in Asien warb⁴⁵⁾.

3. Schließlich waren die chinesischen Kommunisten beunruhigt über die langfristigen Perspektiven der sowjetischen Koexistenzpolitik⁴⁶⁾. Die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Abrüstung, Schließung des Atomclubs und Begrenzung von Atomtests⁴⁷⁾ bedeuteten für die Pekinger Führung den Versuch der Sowjetunion, ihre Hegemonialstellung zusammen mit den USA auszubauen und der VR China jene Entwicklungsmöglichkeiten vorzuenthalten, durch die ihre gleichberechtigte Mitwirkung in der Weltpolitik und eine machtpolitisch überzeugende Interessenvertretung Pekings gegenüber den USA in eigener Sache hätte erreicht werden können.

Fragt man nach den Zielen, die die Regierung in Peking mit der Aufnahme des Zwei-Fronten-Kampfes und ihrer als revolutionär verstandenen Eigenständigkeit im simultanen Konflikt mit den beiden Weltmächten verfolgte, so werden drei Hauptinteressen erkennbar: Das erste Ziel lag in dem Versuch, die Sowjetunion auf die weltrevolutionäre Linie der KP Chinas zu zwingen und mit ihr auf eine gewaltsame Veränderung des Status quo zu drängen. Unmittelbar verbunden damit waren das zweite und dritte Ziel: eine De-Europäisierung der Weltpolitik zu erreichen und zum anderen eine neue Qualität von außenpolitischer Unabhängigkeit zu gewinnen. Von einer stärkeren Berücksichtigung des revolutionären Kampfes in den Ländern der unterentwickelten Kontinente erwartete man geradezu die Freilegung neuer „Sturmzentren“ der Weltrevolution⁴⁸⁾. Mit ihrem Kampf gegen den sowjetischen Revisionismus suchte die VR China gleichzeitig die Unabhängigkeit von den souverän über die Politik der gesamten sozialistischen Staatenwelt entscheidenden Parteitagsbeschlüssen der KPdSU⁴⁹⁾. Von der Programmatik wie von der Zielsetzung her betrachtet scheint hier ein Zusam-

menhang mit der außenpolitischen Konzeption der Pekinger Regierung in den fünfziger Jahren zu bestehen. Dieses Bild ändert sich jedoch radikal, wenn man sich vor Augen hält, daß jetzt die bisher im Bündnis und in der engen Koordinierung mit der Sowjetunion garantierte außenpolitische Sicherheit der VR China aufs Spiel gesetzt wurde. Die chinesischen Kommunisten gingen ohne hinreichende Sicherheitsreserven zur Strategie des doppelseitigen Konfliktes über. Die Politik mußte jetzt dem Anspruch der klassischen maoistischen Revolutionsstrategie folgen und die Defensive im Angriff leisten⁵⁰⁾.

Wiederum lassen sich für die Dauer der Gültigkeit der in revolutionärer Eigenständigkeit betriebenen neuen Politik vier Entwicklungsphasen unterscheiden:

Die *erste Phase* beginnt nach dem durch einen offenen Zusammenstoß zwischen der sowjetischen und der chinesischen Parteiführung gekennzeichneten XXII. Parteitag der KPdSU⁵¹⁾ und reicht bis zum Sommer 1963. Das zentrale Ereignis dieser Phase bildete die internationale Doppelkrise vom Herbst 1962, die zeitlich fast parallel verlaufenden Konfrontationen zwischen der Sowjetunion und den USA um die Frage der sowjetischen Raketeninstallationen in Kuba sowie zwischen der VR China und der Indischen Union um die Frage der gemeinsamen Grenzlinien im Himalaya.

Zum ersten Male wurde hier für die westlichen Staaten deutlich, daß die außenpolitische Kooperation und Koordinierung zwischen der Sowjetunion und der VR China aufgehört hatte zu existieren. Die um die Jahreswende 1962/63 einsetzenden innerkommunistischen Diskussionen über diese Doppelkrise zeigten den eskalierenden Faktor den die offenen chinesischen Störaktionen gegenüber der sowjetischen Diplomatie in der Kuba-Krise in sich getragen hatten⁵²⁾. Nicht weniger problematisch war für die Sowjetregierung der indisch-chinesische Grenzkrieg gewesen. Er sollte die Moskauer Regierung zur Option zwingen für den chinesischen

⁴⁵⁾ Vgl. zur sowjetischen Politik in Asien von 1953 bis 1956: Mackintosh, Strategie und Taktik . . . , op. cit., S. 125—136.

⁴⁶⁾ Vgl. den 4. Kommentar, op. cit.

⁴⁷⁾ Dazu auch Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963, S. 89 f.

⁴⁸⁾ Vgl. den 4. Kommentar, op. cit., S. 26.

⁴⁹⁾ Vgl. den 1. Kommentar, op. cit., passim.

⁵⁰⁾ Vgl. vor allem zwei militärtheoretische Schriften Mao Tse-tungs: Strategische Probleme des Partisanenkrieges gegen die japanische Aggression (Mai 1938) und: Über den langwierigen Krieg (Mai 1938), deutsch in: Mao Tse-tung, Sechs militärische Schriften, Peking 1970, S. 169—246 u. S. 247—438.

⁵¹⁾ Dazu: Zagoria, Der chinesisch-sowjetische Konflikt . . . , op. cit., S. 408—421.

⁵²⁾ Vgl. Ernst Kux, Die feindlichen Brüder, 1962 bis 1963, in: ebenda, S. 451—465.

Bündnispartner⁵³⁾ oder für ein aus sowjetischer Sicht befreundetes Land, mit dem sich langfristige außenpolitische Interessen der UdSSR verbanden. Eine solche Option erwies sich als um so problematischer, als chinesische Truppen zwar weit auf indisches Gebiet vorgedrungen waren, Chou En-lai dann jedoch einseitig, nach einem eigenen Friedensplan vorgehend, den militärischen Rückzug vornehmen ließ und die Krise ebenso souverän wie friedensbewußt liquidierte⁵⁴⁾. Heftigen Polemiken folgte im Frühjahr 1963 der gemeinsame sowjetisch-chinesische Beschluß, eine Klausurtagung zur Beilegung aller Streitigkeiten zu veranstalten.

Das scheinbare Einlenken beider Seiten wurde aber bald durch eine neue chinesische Attacke gestört. Noch vor Beginn der Parteiberatungen veröffentlichte die Pekinger Führung einen Katalog von politisch-ideologischen Positionsbestimmungen und erklärte sie als das einzig akzeptable Ergebnis der kommenden Verhandlungen⁵⁵⁾. Die Forderung, daß sich die Sowjetregierung der chinesischen Weltsicht zu unterwerfen habe, war mit aller Deutlichkeit formuliert worden.

Eine zweite Phase umfaßt den Zeitraum vom Sommer 1963 bis zum Herbst 1965. Intensiver als je zuvor betonte die chinesische Regierung jetzt ihre außenpolitische Eigenständigkeit, ihre revolutionäre Entschlossenheit sowie ihren anti-imperialistischen und anti-revisionistischen Kampfgeist. Zusammen mit den Regierungen Indonesiens und Pakistans versuchte Peking, die Solidarität der afro-asiatischen Staaten auf einer neuen Bandung-Konferenz zu festigen und zu radikalieren, um eine Einheitsfront zu bilden, die den amerikanischen Imperialismus einkreisen und die Sowjetunion isolieren sollte⁵⁶⁾. Die chinesische

⁵³⁾ Vgl. dazu den Leitartikel in JMJP vom 2. November 1963: Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben, Broschüre, Peking 1963.

⁵⁴⁾ Dies war zumindest das Bild, das sich ergab, nachdem Premierminister Nehru den Friedensplan Pekings abgelehnt hatte. Daß Chou En-lai seine Vorschläge auf massiven Druck von Seiten Moskaus und Washingtons einseitig verwirklichte, kann damit noch nicht ausgeschlossen werden. Vgl. dazu auch die Kritik Pekings an der Haltung der Sowjetunion in der Krise.

⁵⁵⁾ Vgl.: Ein Vorschlag zur Generallinie der Internationalen kommunistischen Bewegung, op. cit.

⁵⁶⁾ Vgl. W. A. C. Adie, China and the Bandung Genie, in: Current Scene (hinfort: CS), Hongkong, 3. Jahrg., Nr. 19, 15. Mai 1965; ders., Chou En-lai on Safari, in: The China Quarterly, London, Nr. 18, April—Juni 1964, S. 174—194; und auch: Robert A. Scalapino, Africa and Peking's United Front, in: CS, 3. Jahrg., Nr. 26, 1. September 1965.

Propaganda rief zum nationalen Befreiungskampf, zum revolutionären Bürgerkrieg⁵⁷⁾, zum revolutionären Volkskrieg und endlich zur Einkreisung der Industrieländer Europas und Nordamerikas als den Weltstädten durch die Länder der unterentwickelten Kontinente als den Weltdörfern auf⁵⁸⁾. Bei allem ließ die gleiche Propaganda jedoch keinen Zweifel daran, daß diese Kämpfe allein Sache eines revolutionären Volkes im eigenen Lande seien, mit einer kriegerischen Verwicklung Chinas selbst also nicht gerechnet werden könne.

Der Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 und die fast gleichzeitig erfolgende Zündung einer ersten chinesischen Atombombe hatten die Praktikabilität der neuen außenpolitischen Konzeption für die VR China scheinbar bestätigt. Chou En-lai begab sich im November 1964 nach Moskau, wo er allerdings keine Einigung mit den neuen Führern der Sowjetunion erzielen konnte. Das darauffolgende Jahr wurde zu einem Jahr katastrophaler außenpolitischer Rückschläge. Die VR China verlor zunehmend an Einfluß bei den Staaten der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung, das Projekt der Bandung-Konferenz scheiterte, der indisch-pakistanische Krieg vom Herbst 1965 gab der neuen Sowjetregierung die Chance, zum Friedensvermittler in Asien zu werden und nun die VR China von der Entwicklung auf dem Indischen Subkontinent zu isolieren. Ende September 1965 wurde in Indonesien ein kommunistischer Aufstand niedergeschlagen. Das Militär übernahm die Regierungsgewalt, um die bis dahin bestehende Achse zwischen Djakarta und Peking zu brechen und die kommunistische Partei Indonesiens organisatorisch und physisch zu vernichten. Das Kommunisten-Pogrom in Indonesien weitete sich schnell zu einem Chinesen-Pogrom aus. Im Ergebnis stand die chinesische Regierung im Herbst 1965 vor einer wesentlich selbstverschuldeten, umfassenden Isolierung. Als auf lange Sicht verlässlicher Partner war ihr allein das kleine Albanien geblieben.

Im November 1965 wurde die Sowjetunion in einem Grundsatzartikel der „Volkszeitung“ zum Klassenfeind der VR China erklärt⁵⁹⁾ —

⁵⁷⁾ Vgl. den 5. Kommentar: Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden (19. November 1963), Broschüre, Peking 1963, S. 20—44.

⁵⁸⁾ Vgl. Lin Piao zum 20. Jahrestag des „Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanischen Aggressoren“: „Es lebe der Sieg im Volkskrieg!“ (3. September 1965), deutsch in: Peking Rundschau, Nr. 37, 14. September 1965, S. 11—33.

eine Maßnahme, mit der die chinesischen Kommunisten eingestanden, daß ihre außenpolitische Konzeption gescheitert war, die Moskauer Regierung also nicht auf die chinesische Linie der revolutionären Offensive gezwungen werden konnte.

Die *dritte Phase*, von Winter 1965/66 bis zum Herbst 1967, fällt mit der Kulturrevolution zusammen. Sie überschattete die Außenpolitik der VR China in einem Maße, das es gerechtfertigt erscheinen läßt, von der völligen außenpolitischen Handlungsunfähigkeit des Landes in dieser Phase zu sprechen⁶⁰⁾.

Eine *vierte Phase*, deren Kennzeichen vor allem eine erneute Mäßigung der politischen Propaganda im In- und Ausland war, begann im Herbst 1967 und hielt bis zum IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969 an. In diese Phase fielen zwei für die außenpolitische Lage der VR China alarmierende Entwicklungen: der Einmarsch von Streitkräften des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968 sowie zwei schwere kriegerische Zusammenstöße zwischen den Grenztruppen der UdSSR und der VR China am Ussuri im März 1969⁶¹⁾.

Die Grenzauseinandersetzungen bedeuteten einen neuen Höhepunkt im sowjetisch-chinesi-

schen Konflikt. Die Krise selbst wurde von einer auf beiden Seiten vorherrschenden Unsicherheit darüber bestimmt, ob der Gegner genügende Rationalität aufbringen würde, um einen regelrechten Krieg zu verhindern.

Anders stand es hingegen mit der tschechoslowakischen Krise, die von der Sowjetunion schon bald mit der Breshnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten gerechtfertigt wurde⁶²⁾. Mit ihr hatte die Sowjetregierung eine langfristig geltende Warnung an alle unbotmäßigen Vasallen ausgesprochen und die theoretische Grundlage dafür geschaffen, zu einem beliebigen, Moskau günstig erscheinenden Zeitpunkt auch im Falle der VR China militärisch zu intervenieren. Diese Art der Bedrohung ging einseitig von der Sowjetunion aus und war zudem von einer klaren machtpolitischen Berechnung gekennzeichnet. Wenige Tage nach der Intervention in der CSSR erklärten die chinesischen Kommunisten die Sowjetunion unter der Führung von Ministerpräsident Kosygin und Parteichef Breshnew deshalb zu einer sozial-imperialistischen Macht, die sozialistisch nur dem Namen nach, imperialistisch aber in ihren Taten sei⁶³⁾.

III. Die Westorientierung der VR China

Die Tatsache der langfristigen Bedrohung durch die Sowjetunion veränderte die außenpolitische Lage der VR China im Herbst 1968 entscheidend. Die Pekinger Führung reagierte darauf dennoch nicht unmittelbar, sondern

erst nach einer fast zweijährigen Verzögerung — mit einer Annäherung an die USA⁶⁴⁾. Zu einem Teil erklärte sich diese Verzögerung aus der völligen Lähmung der chinesischen Diplomatie während der Jahre der Kulturrevolution und aus der Notwendigkeit einer generellen Reaktivierung der Außenpolitik. Es gibt jedoch eine Reihe von Anzeichen dafür, daß sich der außenpolitische Kurs, der gegenwärtig gültig ist, zunächst gegen erhebliche Widerstände innerhalb der chinesischen Führung durchzusetzen hatte und daß er auch heute noch von seinen Befürwortern verteidigt werden muß.

So fiel der Sturz des ehemaligen Verteidigungsministers und Mao-Nachfolgers Lin Piao

⁵⁹⁾ Vgl. den gemeinsamen Artikel von JMJP und „Hung ch'i“ (Rote Fahne) vom 11. November 1965: Zurückweisung des Geredes der neuen Führer der KPdSU über gemeinsame Aktionen, Nr. 47, 23. November 1965, S. 9—25.

⁶⁰⁾ Vgl. Daniel Tretiak, The Chinese Cultural Revolution & Foreign Policy, in: CS, 8. Jahrg., Nr. 7, April 1970.

⁶¹⁾ Vgl. dazu Harold C. Hinton, The Bear at the Gate — Chinese policymaking under Soviet pressure, Washington, D. C., 1971, S. 24, und ders.: Conflict on the Ussuri: A Clash of Nationalism, in: Problems of Communism, Washington, 20. Jahrg., Nr. 1—2, Januar—April 1971, S. 45—59.

⁶²⁾ Vgl. dazu u. a. die Dokumentation von Boris Meissner: The Breshnev Doctrine. East Europe Monographs, 2, Kansas City/Miss. 1970.

⁶³⁾ Vgl. JMJP vom 23. August 1968 und auch den gemeinsamen Artikel von JMJP, „Hung ch'i“ und „Chieh-fang-chün pao“ (Armeezeitung) zum 100. Geburtstag von Lenin am 22. April 1970, engl.: Leninism or Socialimperialism, in: Peking Review (hinfort: PR), Nr. 17, 24. April 1970, S. 5—15.

⁶⁴⁾ Vgl. dazu: Domes/Näth, Die Außenpolitik..., op. cit., S. 97 f.; Uwe G. Fabritzek, Der sino-sowjetische Konflikt und die chinesisch-amerikanische Annäherung, in: Internationales Asienforum, München, 3. Jahrg., Nr. 2, April 1972, S. 152—158; und auch W. A. C. Adie, 'One World' Restored? Sino-American Relations on a New Footing, in: Asian Survey, Berkeley, (hinfort: AS), 12. Jahrg., Nr. 5, Mai 1972, S. 365—385.

im September 1971 zeitlich zusammen mit der sich über das Maß früherer chinesisch-amerikanischer Verhandlungen hinaus intensivierenden Annäherung zwischen der westlichen Weltmacht und der VR China. Die Ausschaltung Lins mag nicht ursächlich und allein in einem Konflikt über die Außenpolitik begründet gewesen sein, doch spielten außenpolitische Meinungsverschiedenheiten mit Sicherheit eine bedeutende Rolle ⁶⁵).

Auch der politische Bericht, den Ministerpräsident Chou En-lai, der eigentliche Architekt des neuen Kurses, auf dem X. Parteitag der KP Chinas vom 24. bis zum 28. August 1973 verlas, spricht von der Existenz einer starken Opposition gegen die von ihm vertretene Linie. Chou vergleicht hier seine Westpolitik mit der beim Abschluß des Vertrages von Brest-Litowsk von Lenin verfolgten Politik ⁶⁶). Dieser Vergleich ist von doppelter Aussagekraft, weil er sowohl an die Unpopularität Lenins in der Frage dieses Vertragsabschlusses innerhalb der damaligen Räteregierung als auch an die außenpolitische Zwangslage der Sowjetunion zu jener Zeit erinnert.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Chou En-lai und seinen Mitarbeitern einerseits und der innerparteilichen Opposition andererseits konzentrieren sich nach allem Anschein auf die Frage, ob und wie zwischen der Sowjetunion und den USA, die vom ideologischen Standpunkt als gleichwertige Feinde der VR China gelten, unterschieden werden könne, sowie auf die Frage der revolutionären Kontinuität der chinesischen Politik ⁶⁷).

Die Opposition lehnt eine Differenzierung zwischen den beiden Weltmächten ab und drängt damit eher auf die Fortsetzung der Strategie des simultanen Konflikts. In der Sicht des Ministerpräsidenten unterscheiden sich die Sowjetunion und die USA hingegen deutlich im

⁶⁵) Vgl. Jürgen Domes, *New Course in Chinese Domestic Politics: The Anatomy of Readjustment*, in: AS, 13. Jahrg., Nr. 7, Juli 1973, S. 633—646.

⁶⁶) Vgl. den Bericht Chou En-lais auf dem X. Parteitag der KP Chinas am 24. August 1973, hier zit. nach: *New China News Agency*, (hinfort: NCNA), engl., 31. August 1973.

⁶⁷) Dies zeigt sich besonders deutlich im Vergleich der Parteitagsrede Chou En-lais mit dem „Bericht über die Abänderung des Parteistatuts“, der auf dem X. Parteitag von Wang Hung-wen, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des X. ZK, erstattet wurde, hier zit. nach: NCNA, 1. September 1973.

Grad ihrer Gefährlichkeit gegenüber der VR China: Während von der Führungsmacht des westlichen Imperialismus ein ihrer Natur eigener und deshalb schon seit mehr als zwanzig Jahren erwarteter Aggressionskrieg drohe, bestehe seitens der sozial-imperialistischen Sowjetunion die „besondere“ Gefahr eines Überraschungsangriffs. Aus dieser Differenzierung entwickelte Chou En-lai die folgende außenpolitische Konzeption.

1. China muß sich auf den Krieg vorbereiten ⁶⁸); den nationalen Sicherheitserwägungen muß der Vorrang vor allen anderen außenpolitischen Erwägungen eingeräumt werden.

2. Die Weltmächte müssen in erster Linie als machtpolitische Gefahren und erst dann als die Führungskräfte von ideologischen Antagonismen, von Imperialismus und Revisionismus, behandelt werden ⁶⁹).

3. China muß sich für die Staaten im Kampf um die Unabhängigkeit, für die Nationen im Kampf um die Revolution einsetzen ⁷⁰).

Erst im Zusammenhang der allgemeinen Lageanalyse, von der die Peking Regierung nach

⁶⁸) Diese Forderung wurde bereits von Lin Piao auf dem IX. Parteitag erhoben. Sie wird seither von den Regierungsvertretern der VR China sowie in den Presseorganen des Landes ständig wiederholt. Vgl. *The Ninth National Congress of the Communist Party of China (Documents)*, Broschüre, Peking 1969, S. 1—107.

⁶⁹) Vgl. den Parteitagsbericht von Chou En-lai, in dem die Supermächte getrennt von den Gefahren des Imperialismus und Revisionismus aufgeführt werden.

⁷⁰) Die Formel: „Die Länder wollen Unabhängigkeit, die Nationen verlangen nach Befreiung, die Völker wollen Revolutionen machen — das ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden“, taucht zum ersten Male in einem gemeinsamen Leitartikel von JMJP, „Hung ch'i“ und „Chie fan-chün pao“ zum ersten Jahrestag der Erklärung Mao Tse-tungs vom 20. Mai 1970 („People of the World Unite and Defeat the U. S. Aggressors and All Their Running Dogs“) auf. Vgl.: *A Programme for Anti-Imperialist Struggle*, in: PR, Nr. 21, 21. Mai 1971, S. 4—5. In dem ebenfalls gemeinsamen Leitartikel der drei Publikationsorgane zum Armeefeiertag am 1. August 1971 erscheint sie dann in der umgekehrten Reihenfolge mit der vorrangigen Betonung der Revolution. Die ursprüngliche Fassung fand dann jedoch Eingang in die Rede des Vize-Außenministers Ch'iao Kuanhua am 11. November 1971 vor der Vollversammlung der UN (Text der Rede in: *ibid.*, Nr. 47, 23. November 1971, S. 5—9) und in das chinesisch-amerikanische Communiqué von Shanghai am 27. Februar 1972. Sie wurde seither von Chou En-lai selbst wiederholt benutzt.

wiederholten offiziellen Darstellungen ausgeht, wird die Bedeutung des ersten Grundsatzes in vollem Umfang erkennbar⁷¹⁾. In der ideologisierten Sicht der eigenen Umweltbedingungen wird nach Auffassung der chinesischen Kommunisten nicht nur die VR China, sondern die ganze Welt von der Gefahr des Krieges bedroht. Da aber ein Krieg die weltrevolutionäre Entwicklung fördern und der Revolution schließlich zum Durchbruch verhelfen würde, bleibt jedoch der Gefahr des Krieges gegenüber die Revolution die Haupttendenz der gegenwärtigen Welt. In der Macht der Revolution, ausgedrückt durch die revolutionäre Militanz aller Völker, steht es angeblich, einen Krieg zu verhindern⁷²⁾.

In engem Zusammenhang damit steht der zweite Grundsatz, nach dem die Weltmächte in erster Linie als machtpolitische Gefahren anzusehen sind. Mit dieser Forderung, die sich besonders deutlich in der Parteitage-Rede Chou En-lais ausgeprägt findet, jedoch auch schon früheren Stellungnahmen chinesischer Regierungsvertreter zu entnehmen war⁷³⁾, wird davon ausgegangen, daß das Weltgeschehen von einem „großen Aufruhr“ gekennzeichnet wird⁷⁴⁾. Dieser Aufruhr beschreibt den globalen Gegensatz zwischen den beiden mächtigsten Staaten im Zweikampf um die Weltherrschaft.

Während die Kollaboration der beiden Weltmächte in früheren Jahren den heftigen Protest der Pekinger Führung hervorrief, soll sie heute nur noch eine „oberflächliche Erscheinung“ darstellen, die die rivalisierenden Hegemoniebestrebungen beider Seiten nicht zu verdecken vermag⁷⁵⁾. Diese Hegemoniebestrebungen aber, und nicht, wie in den sechzi-

ger Jahren das diplomatische Zusammenspiel, tragen die größten Gefahren in sich. Denn Peking projiziert das Handeln der USA und der Sowjetunion nicht mehr auf die revolutionären Bewegungen in allen Teilen der Welt, sondern vielmehr vorrangig auf das real bestehende Staatensystem.

So nehmen Staaten und Nationen folgerichtig die Prioritäten in dem dritten Grundsatz ein, mit dem sich die Pekinger Regierung verpflichtet sieht, alle Entwicklungen, die der Machtkonzentration der beiden Supermächte entgegenwirken können, zu unterstützen. In diesem Sinne konsequent ist nicht nur die Tatsache, daß sich die chinesische Regierung praktisch-politisch und verbal für die Erhaltung einmal bestehender staatlicher Integrität und Legitimität⁷⁶⁾ sowie für die Wiedervereinigung unfreiwillig geteilter Nationen⁷⁷⁾ einsetzt, sondern auch ihren Sprachgebrauch im Hinblick auf die Länder der unterentwickelten Kontinente änderte. Asien, Afrika und Lateinamerika, die Kontinente, die die chinesischen Kommunisten in den sechziger Jahren vor allem als das Terrain der nationalen Befreiungsbewegungen und als die „Sturmzentren der Weltrevolution“ verstanden, erscheinen heute als die „Dritte Welt“, als eine Staatenwelt also⁷⁸⁾. Die revolutionären Elemente sind zwar nicht gänzlich aus dem von Chou En-lai konzipierten Grundsatzprogramm verschwunden, aber sie sind stark in den Hintergrund gerückt. Wiederum ist der politische

⁷⁵⁾ Ebenda.

⁷¹⁾ In diese Analyse muß die Parteitage-Rede Lin Piaos einbezogen werden. Chou En-lai stellte auf dem X. Parteitag fest, daß diese Rede trotz des Sturzes von Lin gültig sei; eine Reihe von Kernsätzen des außenpolitischen Teils der Rede sind bis heute auch ständig in den chinesischen Publikationsorganen zitiert worden.

⁷²⁾ Vgl. Lins Rede auf dem IX. Parteitag, loc. cit., S. 83—85.

⁷³⁾ Vgl. u. a. die Rede Ch'iao Kuan-huas auf der 27. Sitzung der Vollversammlung der UN am 3. Oktober 1972; engl. Text in: PR, No. 41, 13. Oktober 1972, S. 4—10.

⁷⁴⁾ Vgl. die Neujahrsartikel von JMJP, „Hung ch'i“ und „Chieh-fang chün pao“ zum 1. Januar 1972 und 1973, engl. in: PR, Nr. 1, 7. Januar 1972, S. 8—11; und Nr. 1, 5. Januar 1973, S. 9—11; sowie die Rede Chou En-lais auf dem X. Parteitag.

⁷⁶⁾ So verurteilte Chou En-lai im Frühjahr 1971 den Aufstandsversuch von Linksextremisten in Ceylon und die Autonomiebewegung im damaligen Ostteil Pakistans. In der Frage der Abspaltung Bangla Desh' machten die chinesischen UN-Vertreter im Dezember 1971 Pekings Interesse an der prinzipiellen Bewahrung der staatlichen Integrität und Legitimität besonders deutlich und auch die Motive dafür: die Vermeidung jeglicher Präzedenzen, nach denen die Integrität der VR China und Pekings Anspruch auf die nationalchinesischen Inseln einer Gefährdung ausgesetzt werden könnten. Vgl. PR, Nr. 50, 10. Dezember 1971, S. 7—10.

⁷⁷⁾ Aufsehenerregend war in diesem Zusammenhang vor allem die von Außenminister Ch'i P'eng-fei anlässlich eines Staatsbanketts für Bundesaußenminister Walter Scheel getroffene Feststellung, daß die deutsche Teilung anormal sei. Vgl. NCNA, Peking, 11. Oktober 1972.

⁷⁸⁾ Der Terminus „Dritte Welt“ wurde nach dem Eintritt der VR China in die UN mit wachsender Häufigkeit von chinesischen Regierungsmitgliedern und Vertretern benutzt. Sei dem Frühjahr 1973 führt die „Peking Review“ unregelmäßig eine Nachrichtenrubrik unter dem Titel „Third World Chronicle“. Mit besonderem Nachdruck verweist Chou En-lais Bericht auf dem X. Parteitag auf die „Dritte Welt“.

Bericht des Ministerpräsidenten dafür das beste Zeugnis. In ihm findet mit der Ausnahme der „Völker Indochinas“ und der palästinensischen Befreiungsbewegung keine einzige nationale Befreiungsbewegung mehr eine namentliche Erwähnung⁷⁹⁾.

Im außenpolitischen Zielkatalog der chinesischen Regierung steht die nationale Absicherung zweifellos an erster Stelle. Dabei ist zum ersten Male in der außenpolitischen Entwicklung der VR China die universelle Aufnahme von zwischenstaatlichen Beziehungen zu einem eigenen außenpolitischen Ziel geworden. Dies ist sowohl an dem generellen Durchbruch der VR China auf die Ebene der internationalen Politik ablesbar als auch an der Tatsache, daß Beziehungen zu einer Reihe von Staaten aufgenommen wurden, deren Regime weder die Mehrzahl der westlichen Länder noch die osteuropäischen Regierungen ihre moralische Billigung aussprechen⁸⁰⁾. Die Rivalität Pekings mit der Regierung in Taipei, die faktische Bündnislosigkeit der VR China im Konflikt mit der Sowjetunion und schließlich die Notwendigkeit, alle Versuche einer diplomatischen Einkreisung des Landes abzuwehren, sind hierfür die ausschlaggebenden Gründe.

Als weiteres allgemeines Ziel zeigt sich auch weiterhin der Wunsch nach einer De-Europäisierung der Weltpolitik. Diesen Gedanken verbindet die chinesische Führung jedoch gegenwärtig nicht mit dem Wunsch nach einer revolutionären oder gewaltsamen Veränderung des Status quo in allen Teilen der Welt, sondern vielmehr mit dem Wunsch nach einer Verselbständigung aller unter der Kontrolle der Weltmächte stehenden Sphären⁸¹⁾. Globale Entspannungskompromisse der Weltmächte in und um Europa, dem eigentlichen Streitobjekt zwischen Ost und West, sind für die Regierung in Peking ein Trauma geblieben, jedoch ein Trauma mit neuem Inhalt. Solche Kompromisse stehen nicht mehr dem unbedingten Revolutionsverlangen der chinesischen Kommunisten entgegen, sie bedeuten vielmehr die Gefahr, daß die Sowjetunion

freie Hand gegenüber der VR China gewinnen könne⁸²⁾, weil ihr westlicher Gegenpart, die USA, keine bodenständige europäische Macht ist.

Die Politik der Westorientierung der VR China läßt sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in drei Entwicklungsphasen aufgliedern. Anders als in der Vergangenheit heben sich diese Phasen jedoch nicht durch Kurskorrekturen und -veränderungen voneinander ab, sondern vielmehr durch das Hervortreten neuer, die allgemeine außenpolitische Entwicklungsrichtung verstärkender Elemente.

So ist die *erste Phase*, die unmittelbar nach der Beendigung des IX. Parteitages der KP Chinas beginnt, vor allem gekennzeichnet durch Maßnahmen zur Reaktivierung und Ausweitung der chinesischen Diplomatie⁸³⁾. Bis zum Frühjahr 1971 blieben diese Maßnahmen die bedeutendsten Bestimmungsmerkmale der auswärtigen Politik. Die Wiederbelebung der zwischenstaatlichen Kontakte der VR China setzte mit der Besetzung der seit den Jahren der Kulturrevolution vakanten Botschafterposten Pekings im Ausland ein. Während sich Anfang 1969 nur in einem der insgesamt 47 Länder, mit denen die VR China bereits diplomatische Beziehungen unterhielt, ein Botschafter befand⁸⁴⁾, waren Ende des Jahres 17 Botschafterposten wieder besetzt und Ende 1970 bereits 32.

Diese diplomatische Neubelebung setzte einmal bei Ländern der sozialistischen Staatenwelt ein, mit denen die VR China gegenüber der Sowjetunion ein gemeinsames Interesse verband oder um deren Gunst beide Seiten offen rivalisierten (Albanien, Rumänien und Nordvietnam), zum anderen bei Ländern, mit denen das Verhältnis auch während der Kulturrevolution relativ ungetrübt geblieben war (Kambodscha, Pakistan, Nepal und Afghanistan in Asien, Sambia, Tansania, Guinea, Kongo (B) und Mauretanien in Schwarz-Afrika, Algerien, Syrien und Yemen im arabischen Raum sowie Frankreich und Schwe-

⁷⁹⁾ Vgl. im deutlichen Gegensatz dazu Lin Piaos Bericht auf dem IX. Parteitag.

⁸⁰⁾ Beziehungen wurden aufgenommen auch mit dem Iran, Griechenland, der Türkei und Spanien.

⁸¹⁾ Vgl. Chous Rede auf dem Bankett zur Begrüßung von Staatspräsident Pompidou in Peking, hier: nach der Aufzeichnung der deutschsprachigen Sendung von Radio Peking am 11. September 1973, 19.00 Uhr.

⁸²⁾ In seiner Parteitagsrede wendet sich Chou z. B. gegen die Europäische Sicherheitskonferenz mit dem eigenwilligen Argument, daß die Sowjetunion nur vorgebe, China anzugreifen zu wollen, um dann in Wirklichkeit ungestört nach Westeuropa einbrechen zu können.

⁸³⁾ Dazu: China's New Diplomacy — A Symposium, I und II, in: Problems of Communism, 20. Jahrg., Nr. 6, November-Dezember 1971, S. 1—32, und 21. Jahrg., Nr. 1, Januar—Februar 1972, S. 48—70.

⁸⁴⁾ Botschafter Huang Hua in Kiaro.

den). Im Frühjahr 1970 begann die Entsendung von Botschaftern in solche Länder, die in Abhängigkeit von Moskau stehen, von denen sich Peking jedoch für kurze Zeit eine besondere Einwirkungsmöglichkeit gegen die Sowjetunion versprach: Nordkorea, Finnland, Ungarn, Polen und die DDR.

Erst im November 1970 traf ein neuer chinesischer Botschafter in Moskau ein und im Frühjahr 1971 wurden dann auch die Beziehungen zu den kommunistisch regierten Ländern reaktiviert, die als Hochburgen des sowjetischen Einflusses gelten konnten: Bulgarien, die CSSR und die Mongolische VR.

Parallel dazu vollzog sich mit der zweiten Jahreshälfte 1969 ein Prozeß der Ausweitung der diplomatischen Kontakte Pekings, die Annäherung der VR China an einzelne Länder des NATO-Bündnisses, der EWG (Kanada, Belgien und die Türkei) und der pan-afrikanischen Bewegung (Äthiopien). Aufsehen erregte vor allem der Botschafteraustausch zwischen der VR China und Jugoslawien im August 1970, mit dem das Eis einer bis in die Anfänge des sowjetisch-chinesischen Konfliktes zurückreichenden Entzweiung gebrochen wurde. Die Pekinger Regierung trug damit der Tatsache Rechnung, daß Jugoslawien sich ähnlich wie die VR China einer möglichen sowjetischen Intervention zu erwehren hatte. Vor dem Hintergrund der massiven Kritik, die die chinesischen Kommunisten in der Vergangenheit an der These Titos geübt hatten, daß sich ein sozialistisches Land neutral zwischen den Führungsmächten von Sozialismus und Imperialismus verhalten könne und sogar Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den USA gegeben seien, lag in diesem Schritt bereits eine erste offene Ankündigung eines grundlegenden Richtungswechsels der nachkulturrevolutionären Außenpolitik.

Dieser Richtungswechsel bestimmt den Charakter der zweiten Phase. Im Frühjahr 1971 begann mit der sogenannten Ping-Pong-Diplomatie der Prozeß der offenen chinesisch-amerikanischen Annäherung. Am 15. Juli des gleichen Jahres wurde von der Nachrichtenagentur „Neues China“ eine Meldung über die offizielle Einladung Chou En-lais an den amerikanischen Präsidenten veröffentlicht. Vom 20. bis zum 27. Februar 1972 fanden dann in Peking chinesisch-amerikanische Gespräche auf höchster Regierungsebene statt.

Der Besuch Präsident Nixons in der VR China — nach mehr als zwanzig Jahren erbitterter Feindschaft zwischen den chinesischen Kom-

munisten und den wechselnden Administrationen in Washington — bildete den Abschluß dieser Phase.

Versucht man den Prozeß der chinesisch-amerikanischen Annäherung im einzelnen zurückzuverfolgen, so findet man, daß seine Ansätze auf chinesischer Seite bereits in den Wintermonaten des Jahres 1968 liegen⁸⁵). Der eigentliche Durchbruch im Verlauf des Jahres 1971 bedeutete dabei das Ergebnis zweier aufeinander zulaufender Entwicklungen. So hatte Präsident Nixon 1969 erste Maßnahmen zur Erleichterung der amerikanischen Embargo-Bestimmungen gegenüber der VR China ergriffen⁸⁶). Gleichzeitig ließ er mit der Verkündung der Guam-Doktrin und der Unterzeichnung des Nixon-Sato-Kommuniqués über den amerikanischen Abzug von Okinawa die Bereitschaft der USA zum Abbau ihrer militärischen Präsenz in Südost- und Ostasien deutlich werden.

Im Herbst 1970 war der engste Mitarbeiter und frühere Sekretär Mao Tse-tungs, Ch'en Po-ta, seines Amtes enthoben worden. Er gehörte wie der ein Jahr später gestürzte offizielle Nachfolger Maos, Lin Piao, zu jener Gruppierung innerhalb der chinesischen Parteispitze, die zwar eine außenpolitische Defensivstrategie, nicht jedoch eine völlige Revision der Politik der VR China gegenüber den USA befürwortete. Chou En-lai konnte jedoch mit dieser für die Welt plötzlich eintretenden Revision und ihrer psychologischen Wirkung auf eine Vielzahl von westlichen Regierungen und Regierungen der unterentwickelten Staatenwelt unmittelbar die Politik der diplomatischen Kontaktausweitung beschleunigen. Im Herbst 1971 zog die Pekinger Regierung, in ihrem Anspruch der legitimen Vertretung Chinas weltweit bestätigt, in die UN ein.

Die Annäherung an die USA und der Einzug der VR China in die Weltorganisation stellten zwei Entwicklungen dar, die eine spätestens im Frühjahr 1971 deutlich werdende neue Offensive der Sowjetunion abschwächen sollten. Nachdem es der Moskauer Regierung in den Jahren nach der Friedensvermittlung zwischen der Indischen Union und Pakistan im Winter 1965/66 nicht gelungen war, beide Kontrahenten freundschaftlich und möglichst vertraglich an sich zu binden, hatte sich ihr

⁸⁵) Vgl. Hinton, *The Bear at the Gate*, op. cit., S. 53 f.

⁸⁶) Dazu Kurt Birrenbach, *Die Vereinigten Staaten und China*, in: *Europa-Archiv*, 26. Jahrg., Nr. 15, 10. August 1971, S. 511—522.

mit dem beginnenden Zerfall Pakistans im März 1971 eine Alternative geboten, die den sowjetischen Einfluß auf dem Indischen Subkontinent auf jeden Fall stärken mußte.

Als sich in Ostpakistan eine Autonomiebewegung gegen den Westteil des Landes erhoben hatte und als diese Bewegung blutig niedergeschlagen worden war, fand sich die indische Regierung zu einem Bündnis mit der Sowjetunion bereit. Im August 1971 wurde ein indisch-sowjetischer Vertrag unterzeichnet, der es der Regierung in Neu Delhi mit der Rückendeckung Moskaus ermöglichte, in Pakistan zu intervenieren und die Spaltung dieses Landes praktisch zu vollziehen. Die chinesischen Kommunisten mußten dieser neuen Kräfteverschiebung zugunsten der Sowjetunion tatenlos zusehen. Lediglich in den UN konnten sie Anfang Dezember 1971 bei der Behandlung des indisch-pakistanischen Krieges an einer empfindlichen Abstimmungsgrundlage der Sowjetunion mitwirken⁸⁷⁾.

Beim Empfang des amerikanischen Präsidenten im Februar 1972, der diplomatisch eine Einzigartigkeit darstellte, weil zwischen der VR China und den USA keine offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen vereinbart worden waren, stand die chinesische Regierung also unter dem Eindruck eines weiteren bedrohlichen Vordringens der Sowjetunion. Aus dieser Lage lassen sich die faktischen Kompromisse, die zwischen der amerikanischen und der chinesischen Regierung geschlossen wurden, erklären: Pekings Unterstützung für die Beendigung des Vietnam-Krieges, der Verzicht auf den in früheren Jahren ständig geforderten völligen Abzug der USA aus der südost- und ostasiatischen Region, die Anerkennung einer von den Vorstellungen Pekings abweichenden Politik der USA gegenüber Taiwan und der chinesischen Nationalregierung.

Die Leistungen der amerikanischen Seite bestanden in der Zusage ihres militärischen Abzuges aus dem indochinesischen Raum, in dem verbalen Verzicht auf eigene Hegemoniebestrebungen und in der Absage an fremde Hegemoniebestrebungen, schließlich in der Bestätigung, daß das Schicksal Taiwans ein innerchinesisches Problem darstellt, über das infolgedessen weder die USA noch die UN befinden dürfen. Diese Punkte stellten mit der Ausnahme des letzteren Leistungen dar, zu denen sich die Nixon-Administration schon vor Be-

⁸⁷⁾ Vgl. Otto Leichter, Pekings Position und Ziele in der UNO, in: Vereinte Nationen, Bonn, 20. Jahrg., Nr. 1, Februar 1972, S. 1—7.

ginn der chinesisch-amerikanischen Annäherung bekannt hatte. Allein in der Taiwan-Frage, in der Präsident Truman beim Ausbruch des Korea-Krieges beschieden hatte, daß der Status der Insel neu festzulegen sei, war eine Position revidiert worden. So läßt das Kommuniqué, das beide Seiten zum Abschluß des Nixon-Besuches in Shanghai unterzeichneten⁸⁸⁾, deutlich erkennen, daß die Führer der VR China mehr an der westlichen Weltmacht selbst als an der Einlösung der zu früheren Zeiten an sie gestellten Forderungen interessiert waren.

Die *dritte Phase*, die für die Zeit nach dem Nixon-Besuch anzusetzen ist und die fort dauert, kann als eine Phase der Konsolidierung der zum Westen hin orientierten Politik verstanden werden.

Sie wird allgemein gekennzeichnet durch eine Öffnung des Landes für Auslandskontakte in kulturell-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Hinsicht. Von besonderer Bedeutung waren dabei jedoch die Aussöhnung der VR China mit Japan im Herbst 1972, die gleichzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland sowie der Austausch inoffizieller Botschafter zwischen den USA und der VR China.

Bei der Aussöhnung mit Japan verzichtete die Regierung in Peking wiederum auf die wichtigsten ihrer früheren Bedingungen: die Neutralisierung des benachbarten Inselreiches und die Einstellung aller Kontakte zu Südkorea und Taiwan. Während Japans Kontakte zu beiden Teilstaaten weiter bestehen blieben, mußte die japanische Regierung allerdings ihren Friedensvertrag mit der Chiang Kai-shek-Regierung für nichtig erklären⁸⁹⁾. Japan wurde zwar nach geltendem Völkerrecht vertragsbrüchig, jedoch im wesentlichen um den Preis innerchinesischer Interessen⁹⁰⁾. Die Möglichkeit einer Neutralisierung Japans gilt in Peking heute als eine Gefahr,

⁸⁸⁾ Text des Kommuniqués in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1. März 1972. Vgl. dazu auch Joachim Glaubitz, Das amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen vom Februar 1972, in: Europa-Archiv, 27. Jahrg., Nr. 6, 25. März 1972, S. 193—198.

⁸⁹⁾ Dies führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Tokio und Taipei. Unter veränderten Namen und in anderen Organisationsformen existieren die japanisch-nationalchinesischen Kontakte im wesentlichen bis heute weiter.

⁹⁰⁾ Zum Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka in Peking Ende September 1972 siehe: Neues Kapitel in der Geschichte der chinesisch-japanischen Beziehungen, Broschüre, Peking, 1972.

weil sie den Aggressor von einst in die Arme der Sowjetunion treiben könnte. Die Unterstützung des japanischen Bündnisses mit den USA ist hingegen ein integraler Bestandteil der in der Politik der Westorientierung zum Ausdruck kommenden Suche nach Sicherheit.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn brachte die Pekinger Regierung in näheren Kontakt zu einem Land, das im Hinblick auf seine nationale Interessenlage mit der VR China viel verbindet. Aber gerade auch wegen der von der derzeitigen Bundesregierung vertretenen Entspannungspolitik, die in den Augen Chou En-lais stärker die Gefahr des Krieges als die Möglichkeit des Friedens in sich birgt, war diese Entwicklung für die chinesische Seite bedeutsam.

Die Einrichtung von Verbindungsbüros der USA und der VR China stellt jedoch die wichtigste Evidenz für den Konsolidierungscharakter der gegenwärtigen Phase der chinesischen Außenpolitik dar. Damit und mit der Entsendung des ehemaligen Botschafters in Frankreich, der bis zum X. Parteitag der KP Chinas als einziger Diplomat Vollmitglied des Zentralkomitees der Partei war⁹¹⁾, bekundete die Pekinger Regierung nochmals die zentrale Bedeutung, die die USA für die außenpolitische Entwicklung, aber auch für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung des Landes heute haben.

Chou En-lai verzichtete auf die formale Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die er anlässlich des Nixon-Besuches gefordert hatte, und auch auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der amerikanischen Regierung zur nationalchinesischen Regierung. Damit scheint ein Schritt getan worden zu sein, hinter den man in Peking kaum mehr zurückweichen kann. Daß der chinesische Ministerpräsident dies zur Zeit auch keineswegs beabsichtigt, wird aus der Behandlung des Taiwan-Problems in seinem Parteitagsbericht deutlich. Die USA werden nicht mehr bezichtigt, Taiwan besetzt zu halten. Die Eingliederung Taiwans in den gesamtchinesischen Staatsverband erscheint als „... die heilige Pflicht der Volkskraft aller Nationalitäten unseres Landes einschließlich der Landsleute auf Taiwan“⁹²⁾.

Der Bruch der nachkulturrevolutionären Außenpolitik mit der Vergangenheit scheint

deutlich. Er liegt in der Abkehr von Strategien, in denen die anti-westliche, anti-amerikanische Komponente prägend war, und in dem Übergang zu einer Konzeption, die zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt starke Züge einer chinesischen „Anlehnung“ an die USA trägt. Die chinesischen Kommunisten fordern heute nicht mehr den völligen militärischen Abzug der USA aus Südost- und Ostasien, sondern sie begünstigen vielmehr die amerikanische Präsenz durch stillschweigende Duldung. Eine Ausnahme stellen die beiden Fälle dar, in denen eine solche Haltung die Stellung der Sowjetunion stärken könnte: Korea und der indochinesische Raum. Das chinesische Interesse an westlichen Technologien und an wirtschaftlichen Kontakten mit dem Westen hat sich in einem Maße verstärkt, daß diese Aussage nicht nur für den direkten außenpolitischen Bereich, sondern in umfassendem Sinne gültig erscheinen läßt.

Wie aber steht es um die langfristigen Perspektiven der chinesischen Politik der Westorientierung?⁹³⁾

Bei der Beantwortung dieser Frage wird man von zwei alternativen Voraussetzungen ausgehen müssen. Die erste Möglichkeit besteht darin, daß die Politik Chou En-lais und seiner Mitarbeiter heute intern von einer weltpolitischen Analyse bestimmt wird, in der die Existenzbedingungen der VR China nicht nur in Relation zu den politisch-ideologischen Konflikten des Landes mit seiner Umwelt und den sich daraus ergebenden außenpolitischen Prioritäten, sondern auch — und langfristig in überwiegendem Maße — im Verhältnis zu konfliktdämpfenden weltpolitischen Kombinationen gesehen werden. Eine andere Möglichkeit dagegen wäre, daß die politischen Entscheidungsträger in Peking auch weiterhin ihre Analysen auf das Bild einer wesentlich durch die VR China zu verwirklichenden kommunistischen Menschheits- und Völkerfamilie projizieren und damit das Maß der internationalen Zusammenarbeit weniger an den objektiv gegebenen Möglichkeiten als an der eigenen weltrevolutionären Entschlossenheit bestimmen.

Geht man von der ersten Möglichkeit aus, so wird die Pekinger Regierung ihre Politik des faktischen Zweckbündnisses mit den

⁹³⁾ Dazu: Robert A. Scalapino, *Asia and the Major Powers — Implications for the International Order*, AEI-Hoover policy study 3, Washington and Stanford, November 1972, und William E. Griffith, *Peking, Moscow and Beyond (The Washington Paper, 6)*, Washington, D. C. 1973.

⁹¹⁾ Botschafter Huang Chen.

⁹²⁾ Vgl. den Bericht Chou En-lais auf dem X. Parteitag, loc. cit.

westlichen Ländern durch Versuche ergänzen, ihr Verhältnis zur Sowjetunion zu konsolidieren und zu verbessern. Ohne Frage ist es die Sowjetregierung, die hier den großen Unsicherheitsfaktor darstellt. Als äußerst hinderlich erweist sich bisher jedoch auch die aus dem gleichen ideologischen Grundbekenntnis hervorgehende intime Kenntnis, die beide Seiten voneinander haben.

Letztlich bleibt es aber eine Frage des pragmatischen Kompromisses, ob beide Seiten im Verhältnis zueinander verwirklichen können, was ihnen jeweils in den Beziehungen zur westlichen Welt gelang: die Anerkennung der zwischenstaatlichen Gleichberechtigung auf der Basis der machtpolitischen Konkurrenz. Die VR China müßte dann versuchen, innerhalb des bestehenden Staatensystems und zusammen mit den beiden Weltmächten einen diplomatisch abgesicherten Platz zu finden. Ihre Rolle würde nicht in derjenigen des Kampfes gegen die Hegemonialmächte, sondern vielmehr in der Rolle der Balance zwischen beiden liegen. Für ein Land, das mit Entwicklungsproblemen von besonders großen Dimensionen zu kämpfen hat und dessen Nuklearrüstung tatsächlich nur dann gerechtfertigt scheint, wenn es der nationalen und allenfalls noch regionalen Machtbehauptung dienen soll, wäre damit die Stellung eines weltpolitisch zwischen den Supermächten stehenden neutralistischen Staates aufgezeigt.

Die zweite Möglichkeit würde hingegen bedeuten, daß die Führer der VR China heute gegenüber den USA versuchen, was ihnen im Verlaufe des Konflikts mit der Sowjetunion mißlang: die westliche Weltmacht auf einen Kurs zu zwingen, der in Pekinger Sicht als der einzig richtige gilt.

Wenn die chinesische Führung die Entspannung gegenüber den USA unabdingbar an die Erwartung eines Abbaus der amerikanischen Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion geknüpft hat⁹⁴⁾, so wird man davon ausgehen müssen, daß die kommenden Jahre chinesischer Außenpolitik eher von

⁹⁴⁾ Ein Prüfstein wird dabei vor allem die Europäische Sicherheitskonferenz sein, der die chinesische Regierung äußerst kritisch gegenübersteht.

kurskorrigierenden als von kursverstärkenden Maßnahmen bestimmt sein werden. Diese Annahme muß sich aus der Erfahrung ergeben, daß die amerikanische Regierung der Sowjetunion weltpolitisch Priorität einräumt, ähnlich wie dies die Sowjetregierung bei der Abwägung ihrer Entspannungsinteressen und des Bündnisses mit der VR China gegenüber den USA tat⁹⁵⁾.

Die VR China wird auf eine Reihe von sowjetisch-amerikanischen und sowjetisch-westlichen Vereinbarungen keinen gegenläufigen Einfluß ausüben können und damit zu wählen haben zwischen dem Weg eines sich wie zur Zeit der Kulturrevolution in sich kehrenden revolutionären Protests oder aber dem Weg, der sich aus der ersten hier aufgeführten Alternative ergab. Für beide Wege gibt es in der praktischen Politik der VR China heute gleichermaßen Evidenzen. Die Möglichkeit, daß die chinesische Führung — insgesamt enttäuscht über die Entspannungspolitik der westlichen Weltmacht gegenüber der Sowjetunion — zu einer die revolutionäre Kontinuität wieder stärker betonenden Linie zurückkehrt oder daß es auch nur einer oppositionellen Gruppierung innerhalb der Führung gelingt, eine derartige Enttäuschung zur neuen außenpolitischen Entscheidungsgrundlage zu machen, scheint ebenso real wie die Möglichkeit, daß ein neuer Kontinuitätswille die Oberhand gewinnt: derjenige der Diplomatie.

Damit relativiert sich das Augenblicksbild des Wandels. Es ist bei allem Pragmatismus, der sich heute in der chinesischen Außenpolitik zeigt, mindestens noch solange fragwürdig, wie die Nachfolger Maos noch mit den Nachfolgern Chou En-lais und der ihn stützenden Kräfte um die Führung Chinas rivalisieren.

⁹⁵⁾ Auch Staatspräsident Pompidou ließ Chou En-lai bei seinem Besuch in Peking Mitte September 1973 wissen, daß das französische Interesse an der Sowjetunion durch den französisch-chinesischen Dialog nicht beeinträchtigt werden könne. Bei der Formulierung des französisch-chinesischen Communiqués zum Abschluß des Staatsbesuches konnte tatsächlich keine Einigkeit über den Komplex der globalen Entspannung erzielt werden. Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 19. September 1973.

Oskar Weggel: Moskau und Peking: Die ersten Jahre der zweiten Eiszeit.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/73, S. 3—29

Die seit Anfang der sechziger Jahre ohnehin schon gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Peking sind im Jahre 1968/69 (Prag, Breschnew-Doktrin, militärische Auseinandersetzungen am Ussuri) noch weiter verschärft worden.

Diese Verschärfung tritt in drei großen Bereichen zutage:

1. Bei den Auseinandersetzungen an der Nordflanke Chinas: Die seit langem brodelnde Grenzfrage (China: „Ungleiche Verträge“ sind zu beseitigen; Sowjetunion: Es gibt keine „ungleichen Verträge“ und keine „Grenzfrage“), die durch die Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren vorübergehend übertüncht worden war, hat zwischen 1960 und 1969 zu rd. 6 000 Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze geführt, wie es in der chinesischen Regierungserklärung vom 24. Mai 1969 heißt.

Zwischen 1967 und 1972 hat sich das beiderseitige Truppenpotential an der Grenze mehr als verdreifacht. Trotz der laufenden — aber immer wieder unterbrochenen — Grenzverhandlungen hat China den Kurs einer Politik der großangelegten „Verteidigungsvorbereitung“ eingeschlagen, der zur Herstellung ausgedehnter Schutzbunker, zur vermehrten Anlage von Getreidevorräten, zu einem verstärkten Ausbau der Miliz (Volkskrieg) sowie zur beschleunigten Ausrüstung mit Raketen und Nuklearwaffen führen soll. Zugleich plädiert China, um die volle Wucht des sowjetischen Potentials von sich abzulenken, für eine Stärkung der noch vor wenigen Jahren als „militaristisch“ gebrandmarkten Verteidigungsbündnisses NATO und CENTO sowie der eigentlich „kapitalistischen“ EG.

2. An der Südflanke Chinas geht es um den Kampf gegen die Moskauer „Seewegestrategie“ (bogenförmige Seeroute vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok mit dem Indischen Ozean als Dreh- und Angelpunkt) sowie gegen das von Breschnew 1969 erstmals vorgeschlagene und seitdem zielstrebig weiterverfolgte Projekt eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien“, das von Peking als Eindämmungsinstrument gegenüber China gewertet wird.

China ist zu einer Verteidigung durch Angriff übergegangen und versucht, in den vier Meeren (Mittelmeer, Rotes Meer, Indischer Ozean und Westpazifik mit Malakka-Straße) vereinte Fronten (oder zumindest „Stolperdrähte“) gegenüber Moskaus strategischen Ambitionen aufzubauen.

3. Auch in den großen überregionalen Fragen der Weltpolitik sucht Peking die Sowjetunion „maximal zu isolieren“, so z. B. bei der Erarbeitung eines neuen Seerechts (Territorialgewässer der Dritten Welt, Schutz vor Überfischung der Meere durch die „Supermächte“, Kampf gegen „Kanonenbootpolitik“ usw.), bei den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (Entwicklungshilfepolitik, Kritik am Comecon) und vor allem auf dem Gebiet der Abrüstung („10 Jahre Reklamegeschrei für Abrüstung, 10 Jahre fieberhafte Aufrüstung“!).

Ein Abbau der sich immer mehr verschärfenden Spannungen läßt sich nur unter drei Bedingungen absehen: befriedigende Grenzregelung, Verzicht Moskaus auf Seewege- und „Kollektive-Sicherheits“-Ambitionen, Aufgabe der Führungsrolle im Weltkommunismus. Das bedeutet de facto: mit einer Lösung des Konfliktes kann bis auf weiteres überhaupt nicht gerechnet werden.

Marie-Luise Näth: Die Außenpolitik der Volksrepublik China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/73, S. 30—46

Die deutschsprachige Literatur zur Außenpolitik der VR China ist noch recht lückenhaft. Dies trifft vor allem für den Bereich der allgemeinen und systematischen Darstellung der auswärtigen Politik Pekings zu. Hier wird — wenn auch nur skizzenhaft — der Versuch einer solchen Darstellung unternommen. Ausgehend von der aktuellen Entwicklung werden drei aus den Quellen chinesischer kommunistischer Selbstdarstellung sowie aus praktisch-politischen Grundsatzentscheidungen erkennbar werdende außenpolitische Konzeptionen aufgezeigt und nach den sie jeweils bestimmenden Motiven, Zielsetzungen und Methoden der Verwirklichung miteinander verglichen. Zwei Ziele sollen auf diese Weise miteinander verbunden werden: eine gestraffte Analyse der gesamten außenpolitischen Entwicklung der VR China sowie eine Systematisierung der wichtigsten Aspekte von Wandel und Kontinuität in der gegenwärtigen Außenpolitik Pekings. Im Ergebnis scheinen die Aspekte des Wandels diejenigen der Kontinuität deutlich zu überwiegen. Dennoch sind Zweifel daran berechtigt, ob sich wirklich aus dem heute vorrangigen Interesse der VR China an diplomatischen Kontakten eine außenpolitische Eigen-dynamik entwickeln wird, der sich der Wille zur revolutionären Kontinuität unterordnen müßte.